HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Jahresbericht **2016**

Wer wir sind

Wofür wir einstehen

Was wir tun

Vorwort

Ralf Fücks Foto: Julia Baier

Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

2016 war kein gutes Jahr für die Demokratie. Der Austritt Großbritanniens aus der EU, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, die Entwicklung der Türkei zu einem autoritären Führerstaat, die massive Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten in zahlreichen Staaten – all diese Ereignisse sind Ausdruck eines heftigen antiliberalen Rückschrittes. Der geht einher mit einer tiefgreifenden Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse. Die aufsteigenden Mächte – allen voran China – fordern ihre Mitsprache ein. Weltweit werden multilaterale Zusammenarbeit und die universelle Geltung der Menschenrechte herausgefordert. Die alte Weltordnung ist dahin, eine neue gibt es noch nicht.

Als politische Stiftung werden wir mehr gebraucht denn je. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern, gehört zu unserem Kernauftrag. Angesichts der immer enger werdenden Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Initiativen bedeutet das, auch alternative Wege zu suchen, um unsere Partnerinnen und Partner bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftung ist es, internationale Entwicklungen für die deutsche Öffentlichkeit aufzubereiten und Hintergründe zu liefern.

Europa erlebt raue Zeiten. Der anwachsende Nationalismus stellt sich gegen das Projekt einer politischen Union. Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik scheint in weite Ferne gerückt, die latente schwelende Eurokrise spaltet Europa in Schuldner und Gläubiger. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden und die damit verbundene Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation sind eine schwere Hypothek. Unsere Vision ist ein Europa, das soziale Teilhabe und ökologische Modernisierung verknüpft und Perspektiven für die jüngere Generation öffnet. Wir wollen ein Europa, das die gemeinsame Handlungsfähigkeit stärkt und Raum für Verschiedenheit lässt. Erfreulicherweise ist im letzten Jahr das politische Interesse bei vielen gewachsen, auch die Bereitschaft, sich dem antieuropäischen Trend entgegenzustemmen.

Eines unsere zentralen Anliegen ist die soziale und ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei verknüpfen wir technische Innovation mit politischer Regulierung und individueller Verantwortung. Soziale Teilhabe und ökologische Nachhaltigkeit sind untrennbar mit der Demokratiefrage verbunden. Mit Studien, Politikvorschlägen und Diskussionsforen tragen wir dazu bei, das Bewusstsein von der Notwendigkeit und Möglichkeit dieser großen Transformation zu schärfen. Ein großer Erfolg des vergangenen Jahres war das Jugendbuch «Iss was?! Tiere, Fleisch & ich». Besonders stolz sind wir auf seine Nominierung für den Deutschen Jugendliteraturpreis 2017 in der Kategorie Sachbuch.

Ohne unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unsere Partnerinnen und Partner im In- und Ausland wäre unsere Arbeit nicht möglich. Ihnen gilt unser Dank und unsere Wertschätzung für ihren verantwortungsvollen Einsatz, den sie an vielen Orten der Welt unter schwierigen Rahmenbedingungen leisten. Ein herzliches Dankeschön geht auch an die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Gremien der Stiftung engagieren. Wir freuen uns auf den weiteren gemeinsamen Weg.

Berlin, im April 2017

Ralf Fücks **Barbara Unmüßig**
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Auf einen Blick

4 Demokratie und Menschenrechte stärken

Derzeit nehmen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft weltweit zu. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird erschwert, die Pressefreiheit eingeschränkt und Regierungskritiker/innen verhaftet. Wir waren 2016 an der Erarbeitung der Civic Charter beteiligt. Sie soll Aktivist/innen weltweit dabei helfen, für ihre Rechte und Handlungsspielräume einzutreten. Unsere Partner/innen in jenen Ländern, in denen Demokratie und Menschenrechte massiv unter Druck geraten, versuchen wir – soweit möglich – in ihrem Engagement zu unterstützen, z.B. bei der Schaffung von alternativen Medienkanälen.

12 Herausforderungen Europas bewältigen

Die Europäische Union befindet sich in einer Zerreißprobe. Vor allem der zunehmende Rechtspopulismus in vielen Ländern könnte ihr Ende bedeuten. Wir stehen zum europäischen Projekt! Wir haben uns 2016 mit den Gründen für das Erstarken der Rechtspopulisten auseinandergesetzt, die Anforderungen an eine europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik debattiert (z. B. auf der internationalen Konferenz «Grenzerfahrungen») und Strategien der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in den Blick genommen (Außenpolitische Jahrestagung).

28 Die große Transformation gestalten

Wir wollen den Übergang in eine nachhaltige Form des Wirtschaftens beschleunigen. Dafür erarbeiten wir Reformalternativen zu unterschiedlichen Themen wie Energie, Mobilität, Stadtentwicklung oder Ressourcen- und Agrarpolitik. 2016 haben wir u.a. zivilgesellschaftliche Initiativen dabei unterstützt, für Klimagerechtigkeit vor Gericht ziehen zu können. Wir haben uns um eine verstärkte innereuropäische Kooperation in Energiefragen bemüht und uns mit der Zukunft des Fliegens beschäftigt. Ein großer publizistischer Erfolg war unser Jugendbuch «Iss was?! Tiere, Fleisch und ich», das für den Jugendliteraturpreis 2017 nominiert ist.

40 Kunst und Kultur

Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Wir konzipieren und veranstalten Literaturtage, Filmreihen und Musik- und Kulturfestivals. 2016 ging es bei unseren «Deutsch-Israelischen Literaturtagen» um Fluchterfahrungen und das Ankommen in der neuen Heimat. Beim DExZA-Festival gaben Künstler/innen aus Berlin und dem südafrikanischen Johannesburg Einblick in die Poesie- und Musikszenen beider Städte. Auf den Arabischen Filmtagen gab es Dokumentar-, Kurz- und Spielfilme über starke Frauen aus dem arabischen Raum zu sehen.

42 Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

In vielen Ländern sind Künstlerinnen und Künstler durch ihren Einsatz für die Freiheit Repressionen ausgesetzt. Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bieten wir Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert zu arbeiten. Im Jahr 2016 hatten wir Schriftsteller/innen und Journalist/innen aus Syrien, Afghanistan, dem Jemen und Bangladesch zu Gast. Sie alle mussten ihre Heimat verlassen und leben in Deutschland im Exil.

43 Studienwerk

Rückenwind für junge Talente! 2016 haben wir insgesamt 927 Studierende und 215 Promovierende gefördert, davon 61 Prozent Frauen. 196 Stipendien haben wir neu vergeben. Wir wollen die Potenziale junger Menschen fördern und sie bei ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung unterstützen. Zur Weiterbildung konnten unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einer Vielzahl an Veranstaltungen auswählen. Die Themen reichten von Überwachung in der digitalen Gesellschaft über Planspiele gegen Rechtspopulismus in Europa bis hin zu Artenschutz und zur Rückkehr der Wölfe.

46 Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie

Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das Gunda-Werner-Institut (GWI) ist der Ort der Analysen und Strategien. Wie eine geschlechtergerechte Gesellschaft aussehen kann und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen, wird u.a. in dem Blog «Was ist der StreitWert» debattiert. Die Tagung «Gegner*innenaufklärung» beschäftigte sich mit den antifeministischen, geschlechtskonservativen und rassistischen Kreisen, die seit Jahren gegen Gleichstellungspolitik und emanzipative Geschlechterbewegungen mobilmachen. Auch «Hate Speach», der Hass, der sich im Internet entlädt, war Thema einer Veranstaltung.

47 GreenCampus – Politik erfolgreich machen

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Ziel ist es, ehrenamtlich Aktiven und Profis das Rüstzeug für eine erfolgreiche politische Arbeit zu vermitteln. Im Jahr 2016 war das Thema «Vorurteile und Rassismus-Sensibilisierung in der Flüchtlingsarbeit» ein besonderer Schwerpunkt. Seit 2008 hat GreenCampus eine externe Testierung (LQW – Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung).

48 Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. 2016 hat sich das Archiv an diversen Veranstaltungen zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Umweltgeschichte, beteiligt. Eine große Konferenz in Breslau widmete sich dem Dissidenten und Schriftsteller Jürgen Fuchs, der in den Gründungsjahren der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung auch als ehrenamtlicher Vorstand tätig war.

49 Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt auch Preise! Im Jahr 2016 waren dies der Friedensfilmpreis an Maher Abi Samra für seinen Dokumentarfilm «Makhdoumin» über die Ausbeutung ausländischer Hausangestellten im Libanon. Der Anne-Klein-Frauenpreis ging an Dr. Gisela Burckhardt für ihr langjähriges Engagement für die sozialen und politischen Rechte von Frauen. Mit ihrer Organisation Femnet unterstützt sie besonders Frauen in Südasien bei ihrem Kampf um gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie.

50 Prominente Gäste

Über das Jahr hinweg hatten wir eine große Reihe interessanter internationaler Persönlichkeiten zu Gast, darunter u.a. den syrischen Philosophen Sadiq Al-Azm, die Trägerin des alternativen Nobelpreises, Svetlana Gannushkina, die israelische Schriftstellerin Dorit Rabinyan und Gado, einen der berühmtesten Cartoonisten Afrikas.

52 Stiftungsmanagement

Wir finanzieren uns fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln. Im Jahr 2016 standen uns rund 62 Millionen Euro zur Verfügung. Etwa die Hälfte wurde für Projekte der internationalen Zusammenarbeit verwendet. Wir investieren aber auch in Fortbildungen für die Belegschaft und in die organisatorische Weiterentwicklung unserer Stiftung. Seit 2016 zeichnet uns das Zertifikat «berufundfamilie» als familienfreundliche Arbeitgeberin aus.

Moskau, Februar 2016: Gedenkmarsch an den ein Jahr zuvor ermordeten Oppositionellen Boris Nemzow Foto: picture alliance/NurPhoto

Demokratie und Menschenrechte stärken

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie muss erkämpft, mit Leben gefüllt und erneuert werden. Demokratie und Demokratisierung weltweit zu unterstützen und zu fördern ist ein Kernanliegen unserer internationalen Bildungsarbeit; Ausgangs- und Angelpunkt sind dabei die universellen Menschenrechte: Wir unterstützen die politische Einmischung der Bürgerinnen und Bürger, wir organisieren öffentliche Debatten, und wir streiten für gleiche Rechte der Geschlechter und für die Beteiligung von Minderheiten. Zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern arbeiten wir zum Beispiel daran, Gesetzesinitiativen zum Schutz der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen. Eine freiheitliche politische Kultur muss sich entwickeln können. Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Gruppen sowie die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten und Medien. Wir arbeiten mit unseren Partnerinnen und Partnern auch daran, Konflikte zu bewältigen und Streit in zivile Bahnen zu lenken – damit die Demokratie nicht ausgehöhlt wird oder gar zerbricht.

Zivilgesellschaft unter Druck

Eine starke Zivilgesellschaft ist unersetzlich. Sie kann politische Prozesse (mit-) gestalten, Teilhabe organisieren, Korruption und Menschenrechtsverletzungen aufdecken, den sozialen Ausgleich fördern und staatliche Rechenschaft einfordern. Sie ist auch ein Stein im Schuh derjenigen, die es mit Menschenrechten und Demokratie nicht so ernst nehmen und die ihre Macht in Politik und Wirtschaft nicht infrage gestellt wissen wollen. Derzeit nehmen Repressionen gegenüber der Zivilgesellschaft weltweit zu, selbst in vermeintlich demokratisch gefestigten oder etablierten Ländern. Die Handlungsräume werden eingeengt (Shrinking Spaces) – durch bürokratische Hürden, rechtliche Einschränkungen, Kriminalisierung, Diffamierung und auch physische Gewalt.

UN-Sonderberichterstatter Maina Kiai mahnt, das Recht auf Versammlungsfreiheit zu nutzen, sonst bestehe Gefahr, es zu verlieren.

Wir unterstützen die Civic Charter

Die Civic Charter, die Charta für politische Teilhabe, ruft Regierungen in aller Welt dazu auf, sich an geltendes Völkerrecht zu halten und grundlegende Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu garantieren und zu schützen. Die Charta wurde von zivilgesellschaftlichen Akteur/innen aus unterschiedlichen Kontinenten und Ländern sowie renommierten internationalen Organisationen gemeinsam erarbeitet. Wir haben diesen Prozess unterstützt und begleitet. 2016 wurde sie in Berlin und an anderen Orten weltweit vorgestellt. Über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen und über 800 Personen haben die Civic Charter bereits unterzeichnet. Sie soll Organisationen und Aktivist/innen auf der ganzen Welt dabei unterstützen, für ihre Rechte und Handlungsspielräume einzutreten.

Bei Fachtagungen und Diskussionen hatten wir im vergangenen Jahr zahlreiche internationale Aktivist/innen in Berlin zu Gast. Sie berichteten über die Einschränkungen ihrer Arbeit und deren Auswirkungen auf ihr Leben. Prominenter Gast bei der Podiumsdiskussion «Es wird eng: Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit» im Oktober 2016 war Maina Kiai, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Er mahnte: «Die Zivilgesellschaft muss sich ihrer selbst wieder bewusster werden. Wir sollten jeden Tag auf die Straße gehen – auch, wenn es gerade gar nichts Konkretes gibt, gegen das man protestieren muss. Wenn wir diesen Raum nicht nutzen, werden wir ihn verlieren.» Laut bleiben, zusammenhalten, nicht aufgeben – dieses Podium sendete ein klares Signal für eine Zivilgesellschaft, die sich stärker denn je behaupten muss.

Über unsere Arbeit zur Förderung von Demokratie weltweit informiert die 2016 erschienene Publikation «Für Demokratie». Sie gibt einen Einblick in die damit verbundenen Herausforderungen und Möglichkeiten. Fallbeispiele und Analysen machen das Engagement anschaulich.

Link
www.civiccharter.org

Webdossier
www.boell.de/de/dossier-shrinking-spaces

Publikation: «Für Demokratie»
www.boell.de/de/2016/03/17/fuer-demokratie?dimension1=ds_demokratieheft

Was können unsere internationalen Büros tun? Beispiele aus der Türkei, Israel, Russland, Thailand und Bosnien-Herzegowina

Als politische Stiftung mit starker Verankerung in den Zivilgesellschaften unserer Partnerländer erleben wir hautnah mit, wie demokratische Grundrechte massiv verletzt oder politische Arbeit nahezu unmöglich gemacht wird. Unsere Büros und unsere Partner/innen vor Ort arbeiten bisweilen unter schwierigen Bedingungen und können doch so einiges bewirken. Hier einige Beispiele:

Istanbul
Opposition aus der Garage

Seit dem vereitelten Putschversuch vom Sommer 2016 vergeht fast kein Tag ohne eine Meldung über festgenommene Journalist/innen. Zwar gibt es noch kleinere oppositionelle Medien, die sich tapfer behaupten, das Fernsehen wird jedoch weitgehend von regierungstreuen Sendern dominiert. Doch dort, wo es keiner vermuten würde, inmitten eines Industriegebiets in Istanbul, schlägt eines der Herzen der neuen oppositionellen Medien: Medyascope. Der ehemals angesehene Journalist Ruşen Çakır, der auf Drängen der Regierung bei CNN Türk entlassen wurde, hat dort einen Garagensender aufgebaut und sendet nun täglich politische Talkshows über das Internet. Mithilfe der Livestreaming-App Periscope, die insbesondere von jungen Leuten in der Türkei genutzt wird, diskutieren Çakır und sein Team jeden Abend mit Gästen über aktuelle politische Themen. Es geht aber auch um Sport und Kultur. Und in die Garage kommen nicht nur prominente Oppositionelle, auch einer der Mitbegründer der AKP – inzwischen bei Erdogan in Ungnade gefallen – war schon da. Das Besondere ist die Streitkultur in den Sendungen – es wird hart diskutiert, aber immer sachlich und fair. Täglich schalten rund hunderttausend Menschen ein, die mehr wollen als die staatlich verbreitete Wahrheit. Unser Büro in der Türkei unterstützt das Medyascope-Team, indem es gemeinsam Programme zu Themen wie Menschenrechten oder Außenpolitik realisiert. Demnächst gibt es Medyascope übrigens auch auf Englisch!

Büro Tel Aviv
Lobbyarbeit für die Rechte der Zivilgesellschaft

Die seit 2015 amtierende rechtsnationale Regierung Israels hat im Juli 2016 ein Gesetz verabschiedet, das Nichtregierungsorganisationen (NGO), die zu mehr als 50 Prozent ihrer Mittel von ausländischen Institutionen erhalten, zur Offenlegung verpflichtet und bei Verstoß mit hohen Bußgeldern belegt. Vertreter/innen dieser NGOs müssen außerdem bei Besuchen im Parlament spezielle Plaketten tragen. Das Gesetz fiel zwar milder aus als ursprünglich geplant, dennoch ist es ein politischer Angriff auf linke regierungskritische Organisationen, insbesondere solche, die zu Menschenrechten und Besatzung arbeiten. Rechte Gruppen, die sich oft über Privatspenden finanzieren, sind nicht betroffen. Die deutschen politischen Stiftungen, allen voran unser Büro in Tel Aviv, haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme und öffentlichen Briefen an Mitglieder der Knesset und der Regierung schon vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes klar dagegen positioniert. Nicht zuletzt der internationale Druck, gerade auch von deutscher Seite, hat zu einer Abschwächung des Gesetzesentwurfes geführt. Dennoch dürfte das Gesetz erst der Anfang einer Reihe weiterer Maßnahmen und Kampagnen sein, um die Spielräume für kritische NGOs weiter einzuschränken und das politische Klima zu verschärfen. Das NGO-Gesetz war u. a. auch Thema der «Jerusalemer Gespräche» unseres Büros in Tel Aviv sowie einer Berliner Veranstaltung mit Abgeordneten der linken Meretz-Partei.

Büro Moskau
Unterstützung der engagierten Jugend

Das sogenannte Agentengesetz, das NGOs mit ausländischer Finanzierung und «politischer Tätigkeit» als «ausländische Agenten» diskreditiert, ist im Jahr 2016 noch verschärft worden. Der Begriff der «politischen Tätigkeit» war zuvor kaum definiert. Die unklare Eingrenzung stieß auf die Kritik vieler zivilgesellschaftlicher Aktivist/innen. Doch die lange geforderte Definition, die Präsident Putin 2016 als Gesetzesänderung in Kraft treten ließ, verbesserte die Lage der NGOs keineswegs. Nach der neuen Definition ist jede öffentliche Aktivität in Bereichen wie Staatsaufbau, Gesetzeseinhaltung, Verteidigungsfähigkeit, Außenpolitik oder sozialökonomische Entwicklung einer politischen Tätigkeit gleichgesetzt – gleich ob es sich um eine Demonstration, eine öffentliche Diskussion, eine Wahlbeobachtung, die Veröffentlichung einer Meinungsumfrage oder ein sozialpolitisches Theaterstück handelt. Umso erfreulicher ist, dass es weiterhin eine lebendige Zivilgesellschaft in Russland gibt.

Unser Büro in Moskau unterstützt langjährige Partner, die alle mittlerweile zu «Agenten» erklärt wurden, und auch neue Aktive, die sich fern der

NGO-Gesetzgebung in losen Vereinigungen engagieren. Sie suchen nach weniger bearbeiteten Themen und neuen Formaten, sei es in der Stadtpolitik oder in Kunstprojekten. Die Zahl junger Menschen, die die Gesellschaft aktiv verändern wollen, scheint nicht rückläufig zu sein. Im November 2016 haben wir einige von ihnen nach Berlin zur Konferenz «Russische Alternativen» eingeladen, die in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) stattfand. Die jungen Aktiven suchen sich nicht unbedingt die großen politischen Themen für ihr Engagement aus – auch als Reaktion auf die damit verbundenen Risiken. Sie tun sich vielmehr zu Blogger-Plattformen zusammen, wo es an freier Presse mangelt, oder gründen sozial orientierte Start-up-Unternehmen wie z. B. eine Honigproduktion in einem Ural-Dörfchen, die mit dem erwirtschafteten Geld gleich einen neuen Spielplatz und die Renovierung eines Dorfkulturhauses finanziert. Das Internet dient dabei als Kommunikationsplattform und zweite Heimat. «Wir denken kurzfristig und handeln schnell und qualitativ», resümierte eine der Teilnehmerinnen der Veranstaltung. «Wenn man uns schließt, machen wir etwas Neues auf.»

«Open Day» in Jerusalem – Ein EU-Projekt für benachteiligte Kinder und Frauen stellt sich vor

Für 750 Kinder aus Ostjerusalem war der 19. Oktober 2016 ein ganz besonderer Tag. Unser Büro in Ramallah hatte zu einem «Open Day» eingeladen, um ein EU-finanziertes Projekt für benachteiligte palästinensische Kinder und Frauen vorzustellen. Auf die Kinder wartete ein vielseitiges Programm mit Clowns und Spielen. Die Frauen konnten unterdessen ihre Handarbeiten ausstellen und selbstgemachte Speisen und Kuchen verkaufen.

Das Projekt unterstützt Frauen und Kinder, die in der Altstadt und in den besonders marginalisierten Vierteln des besetzten Ostjerusalem leben. Unter der Leitung der Stiftung haben sich fünf palästinensische und internationale Partner zusammengefunden: War Child Holland und Right to Play (Kanada) setzen sich für die Rechte von Kindern ein, sie bauen z. B. behindertengerechte Kinderspielplätze. Das Arab Center for Agriculture Development unterstützt Frauen, die kleine Firmen gründen oder Geschäfte aufmachen wollen. Die Organisation Sawa hilft Frauen und Kindern, die Opfer von Gewalt werden. Sie unterhält eine telefonische Hotline und veranstaltet Workshops. ArtLab schließlich ist ein palästinensisch-italienisches Künstlerkollektiv, das Schüler/innen in Fotografie und Film ausbildet – und schon drei Jugendliche damit in Lohn und Brot bringen konnte.

Büro Thailand
Meinungsfreiheit in Südostasien fördern

In Kambodscha, Laos, auf den Philippinen, in Thailand und Vietnam garantieren die jeweiligen Verfassungen zwar ausdrücklich das Recht der Bürger/innen auf Meinungsfreiheit und Beteiligung, staatliche Zensur und Einschüchterung sind jedoch allgegenwärtig. Zu diesem Ergebnis kamen die Autor/innen einer bereits 2014 veröffentlichten Studie zum Stand der Meinungs- und Informationsfreiheit innerhalb des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Aufgrund der nationalstaatlichen Restriktionen rieten die Autor/innen der Studie internationalen Organisationen dazu, ihren Fokus verstärkt auf die Förderung regionaler Vernetzung von Aktivist/innen zu legen, die sich für politische Beteiligung und Meinungsfreiheit einsetzen. Unser Büro in Südostasien entwickelte daraufhin zusammen mit der thailändischen Foundation for Community Educational Media (FCEM) ein Austauschprogramm für Akademiker/innen, Aktivist/innen und Künstler/innen aus der gesamten Region zu Fragen bürgerschaftlichen Engagements und politischer Beteiligung. 2016 fanden erste Veranstaltungen statt, u. a. das Queer-Film-Fest in Hanoi mit Filmschaffenden aus Vietnam, Thailand und Myanmar sowie diverse Seminare und Diskussionsrunden innerhalb der Projektserie «Skylines with Flying People 3». Hier waren Künstler/innen und Akademiker/innen aus dem gesamten ASEAN-Raum beteiligt, um sich zu regionalpolitisch wichtigen Themen wie der Lage ethnischer Minderheiten, der Berichterstattung über Protestbewegungen in den Medien und der Rolle von Frauen im regionalen Kulturbetrieb auszutauschen.

Büro Sarajevo
Handlungsspielräume erweitern

Auch die instabilen Gesellschaften des West-Balkan bleiben vom weltweiten Trend der Shrinking Spaces nicht verschont. Einen guten Überblick über die aktuelle Lage gibt die Publikation «Shrinking Spaces in the Western Balkans» unseres Büros in Sarajevo. Autor/innen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien berichten über Fälle von Einschüchterung, Diskriminierung und Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Journalist/innen. Sie zeigen auf, wie komplex die Mechanismen der Druckausübung und Einschüchterung sind, und auch wie man sich dagegen wehren kann, zum Beispiel durch die Schaffung alternativer Medienkanäle. Um die Handlungsspielräume für zivile Akteur/innen zu erweitern, dokumentiert die Broschüre etliche Basisdokumente internationaler Vereinbarungen wie etwa der Vereinten Nationen, auf die sich NGOs und Aktivist/innen in ihrer Auseinandersetzung mit repressiven Kräften berufen können.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Wenn eine Diktatur endet oder ein Konflikt beigelegt wird, wird der Weg frei, um die Überlebenden zu hören, Opfer zu entschädigen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Diese Prozesse der «Wahrheitsfindung» sind Erinnerungsarbeit, damit die Menschen eines Landes ein gemeinsames Verständnis der Geschichte entwickeln können. Das ist schwierig, wenn Ressentiments weiterbestehen, der Konflikt noch schwelt und Täter und Opfer miteinander leben müssen. Wir unterstützen deshalb Bemühungen, sich über die Vergangenheit zu verständigen, Erinnerungskonflikte anzugehen und die Dokumentation der Verbrechen mit dem Einsatz für Menschenrechte zu verbinden. Hier zwei Beispiele:

Aus *Mufakkira Qanuniya* Nr. 7: Die öffentlichen Anhörungen der Wahrheitskommission in Tunesien. Ein Comic von Othman Selmi.

Kambodscha
Frauen bei den Roten Khmer

Ein Viertel der Bevölkerung Kambodschas wurde unter den Roten Khmer von 1975 – 1979 umgebracht. Auch Frauen haben für die Roten Khmer gearbeitet und waren an Verbrechen beteiligt. Ihre Gründe waren unterschiedlich. Einige hofften in Zeiten von Hungersnot auf Essen. Andere waren dem Aufruf des Königs gefolgt, der mit den Roten Khmer den Diktator Lon Nol vertreiben wollte. Wieder andere haben sich beteiligt, weil Familienmitglieder bei den Roten Khmer waren. Gemäß der Ideologie der Roten Khmer waren Frauen gleichberechtigt. Dennoch spielten traditionelle Muster weiterhin eine Rolle. So wurden Frauen in den Küchen oder in den wenigen Krankenstationen eingesetzt. Gleichzeitig waren sie auch in Kampfeinheiten oder in den Gefängnissen und Folterzentren dabei. Bis heute ist die Aufarbeitung der Vergangenheit ein politisch heikles Thema. 2016 begann unsere Partnerorganisation Kdei Karuna ein Projekt mit Frauen, die für die Roten Khmer arbeiteten. Zwei der Frauen waren Köchinnen, zwei weitere Leiterinnen von bewaffneten Fraueneinheiten. Einige der Frauen weisen Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung auf. Sie wurden zwangsverheiratet oder hatten unter den Roten Khmer Familienangehörige verloren. Diese Frauen waren nicht nur Täterinnen. Unser Büro in Kambodscha unterstützt die Aufarbeitung von Frauengeschichte, weil sich hier zeigt, dass ein simples Opfer-Täterinnen-Denken historisch falsch ist. Und weil Geschichtsschreibung in Kambodscha noch immer männerdominiert ist.

Tunesien
Aufarbeitung der Diktatur

Trotz heftiger öffentlicher Kontroversen finden in Tunesien seit dem 17. November 2016 öffentliche Anhörungen vor der Kommission für Wahrheit und Würde (L'Instance Vérité & Dignité – IVD) statt. Zahlreiche Opfer der Diktatur Ben Alis sagten ebenso aus wie andere, die seit der Unabhängigkeit Tunesiens unter Menschenrechtsverletzungen, aber auch Nepotismus und Korruption gelitten haben. Insgesamt hat die IVD über 60000 Fälle angehört und dokumentiert.

Die öffentlichen Anhörungen werden im Fernsehen übertragen. Sie stellen einen Meilenstein in dem Umgang mit den Verbrechen der Diktatur dar. Video-Aufzeichnungen der öffentlichen Anhörungen sind in voller Länge über die Website der IVD zugänglich. Zeitgleich hat das tunesische Juristennetzwerk Mufakkira Qanuniya Tunis (Agenda Legale) seine gleichnamige Vierteljahreszeitschrift vorgestellt. Die Zeitschrift ist ein Ableger des libanesischen Vorbilds *Legal Agenda*. Sie veröffentlicht mit Unterstützung unseres Büros in Tunis kritische Beiträge zu Korruptionsbekämpfung, der Aufarbeitung der Vergangenheit und Unabhängigkeit der Justiz.

Frauen- und LSBTI-Rechte stärken

Zu einer gelebten Demokratie gehört auch, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung und Identität verfolgt wird. Doch in vielen Gesellschaften geschieht genau das. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen arbeiten wir daran, dass sich das ändert. Unser wichtigstes Ziel ist es, Frauenrechte zu stärken und Gesetzesinitiativen zum Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) weltweit voranzubringen.

Türkei: Graffitis gegen Frühverheiratungen in Beyoglu, einem Stadtteil von Istanbul. Foto: Abdullah Coskun / picture alliance / AA

Türkei: Mit Lockenwicklern gegen Frühverheiratung!
In der Türkei ist die Verheiratung von Minderjährigen nichts Ungewöhnliches. Es liegen keine genauen Zahlen vor, aber NGOs gehen von mehreren Zehntausend Fällen pro Jahr aus. Zwar liegt das gesetzliche Heiratsalter bei 18 Jahren, aber mit 17 Jahren ist – ähnlich wie in Deutschland – eine Heirat mit Zustimmung der Eltern möglich, und mit 16, wenn auch ein Gericht es gestattet. Allerdings werden viele frühe Ehen informell bei Imamen geschlossen, auch wenn dies seit langem illegal ist. Die offizielle staatliche Registrierung erfolgt dann bei Volljährigkeit. Die Frauenkooperative Yaka-Koop hat mit Unterstützung unseres Büros in Istanbul im südosttürkischen Van eine Kampagne gegen Frühverheiratung initiiert. Sozialarbeiterinnen gehen an Schulen oder direkt zu den Familien. Sie informieren die Eltern über die gesetzlichen Folgen einer Heirat und helfen ihnen, Stipendien oder anderweitige Unterstützung für die Bildung ihrer Mädchen zu bekommen, damit diese in der Schule bleiben können. Denn oft werden Mädchen aus Armut in eine Heirat gezwungen. Über 4000 Mädchen wurden in den letzten Jahren erreicht, in vielen Fällen zogen die Eltern die Heiratspläne zurück. Inzwischen hat Yaka-Koop auch Kontakte zu Dorfvorstehern, Imamen, Brautmodegeschäften und Ärzten aufgebaut. Zuletzt machte sie Schlagzeilen, als sie allen Frisören im Großraum Van das Versprechen abnahmen, keine Bräute mehr unter 18 Jahren für die aufwändige Haar- und Make-up-Behandlung zu akzeptieren, ohne die keine türkische Hochzeit denkbar ist. Seitdem hängen große Schilder gegen Frühverheiratung in den Frisörsalons. Nun wollen sich die Frauen neue Verbündete suchen: die traditionellen Kapellen, die auf jeder Hochzeit auftreten. Sie sollen nur noch für Paare über 18 spielen.

Kambodscha: First Step – Hilfe für Opfer sexueller Gewalt
In Kambodscha haben sich Waisenhäuser als gute Einnahmequelle entwickelt. Oft werden Touristen dorthin geführt, um von ihnen Spenden zu kassieren. Dabei sind die Kinder dort keineswegs Waisen, sondern Teil eines Geschäfts. In vielen dieser sogenannten Waisenhäuser ist sexuelle Gewalt an der Tagesordnung. Sie geht nicht nur von der Hausleitung oder den Angestellten aus, sondern auch von den Besuchern, die unkontrolliert Zugang zu den Kindern bekommen. Sexuelle Übergriffe gibt es häufig auch in Massagesalons und es gibt Meldungen über sexuelle Gewalt von Seiten der Polizei und Sicherheitskräfte. Die Dunkelziffer ist immens, weil diese Verbrechen in der Regel nicht zur Anzeige gebracht werden. Unsere Partnerorganisation First Step betreut Jungen und adoleszente Männer, die Opfer sexueller Gewalt wurden, klärt über dieses Thema auf und hilft dabei, Traumata aufzuarbeiten und patriarchale Denk- und Verhaltensmuster zu überwinden. Die Organisation veröffentlicht Berichte und Studien über sexuelle Gewalt und betreibt Lobbyarbeit bei der Regierung.

Indien: Mehr soziale Teilhabe für Transgender
In der indischen Gesellschaft haben traditionell auch sexuelle Minderheiten ihren Platz, insbesondere Transgender-Gruppen wie die Hijras und die Jogappas. Dennoch sind sie im Alltag vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt und leben auch ökonomisch meist am Rande der Gesellschaft, als Bettlerinnen oder Sexarbeiterinnen. Ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2014, das Transgender als «drittes Geschlecht» anerkennt, erlaubt es heute, speziell für Transgender einen besseren Zugang zu staatlichen Dienstleistungen – etwa im Gesundheitsbereich – einzufordern. Um bestmögliche Teilhabe zu erreichen, dokumentieren die Solidarity Foundation in Bangalore und weitere Organisationen in fünf Bundesstaaten mit Unterstützung unseres Büros in Indien die Lebenssituation der Betroffenen und identifizieren ihre Bedürfnisse. Öffentlichkeitswirksame Aktionen sollen darüber hinaus helfen, Vorurteile gegen Transgender abzubauen. Ein Höhepunkt im Jahr 2016 waren zwei Konzerte in Bangalore und Mumbai: Jogappa-Musikerinnen traten gemeinsam mit dem bekannten Carnatic-Vokalisten T.M. Krishna auf und boten dem begeisterten Publikum eine Fusion indischer Volksmusik und südindischer Klassik.

Konferenz in Berlin: LSBTI-Rechte und Religion
Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung wird gerne mit religiösen Argumenten gerechtfertigt. Unsere internationale Konferenz «To queer to believe» im Oktober 2016 in Berlin – eine Kooperation mit der türkischen LSBTI-Bewegung KAOS GL – brachte Aktivist/innen aus verschiedenen Ländern und zugleich Vertreter/innen der drei großen abrahamitischen Religionen zusammen, um über die Vereinbarkeit von Religion und Homosexualität zu diskutieren. Dabei ging es nicht nur um die Frage, mit welchen Widerständen und Widersprüchen sich religiöse LSBTIs auseinandersetzen müssen, sondern auch, was sie mit religiösen Akteuren verbindet. Gerade im aufkeimenden rechtsnationalistischen Klima in vielen Ländern sahen Aktivist/innen die Gefahr, LSBTI-Diskriminierung religiösen Menschen und besonders Muslim/innen zuzuschreiben. Dabei machten angereiste Imame aus Frankreich oder Südafrika klar, dass es auch innermuslimisch schon lange eine Diskussion zu diesem Thema gebe. Die Idee, es gebe nur eine Wahrheit, nur «einen Islam», sei überholt. Aufgabe sei es nun, um Vielfalt zu werben. Eine Meinung, die auch bei jüdischen und christlichen Aktivist/innen auf Beifall stieß: Anstatt einen religiösen Vers gegen den anderen auszuspielen, müsse es darum gehen, was die jeweilige Religion im Kern über die Idee von Partnerschaftlichkeit und Zusammenleben aussagt.

Thailand: Genderreportagen – Kritische Analysen in einem schwierigen Umfeld
In Thailand sorgen restriktive Mediengesetze und die Einschränkung digitaler Kommunikationsrechte dafür, dass politisch relevante Genderthemen zunehmend tabuisiert werden. Journalist/innen werden spürbar verunsichert, die Selbstzensur nimmt zu. Unser Büro in Bangkok arbeitet mit kritischen und unabhängigen Online-Medien wie *Isaan Record*, *iLaw* und vor allem *Prachatai* zusammen, die unter anderem auch genderpolitische Beiträge von regionaler Bedeutung veröffentlichen. Die Artikel erscheinen sowohl in Thai als auch in englischer Sprache. Im Jahr 2016 ging es um Themen wie die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen mit Behinderungen, sexuelle Übergriffe gegen Transgender-Strafgefangene in Männergefängnissen, Menschenrechtsverletzungen gegen weibliche Strafgefangene oder die Lebensbedingungen thailändischer Arbeitsmigrantinnen in der Region.

Russland: Gender zum Sehen und Hören
Zwischen Januar und Juni 2016 entstand in Moskau der Gender-Online-Kurs, eine Folge von Filmclips mit Minivorlesungen führender russischer Expertinnen, Wissenschaftlerinnen, Praktikerinnen und Soziologinnen auf dem Gebiet der Geschlechtergleichheit und der Rechte und Pflichten von Männern und Frauen. Jede der Referentinnen widmete sich einem aktuellen Thema wie dem «Feminismus in Russland und der Welt», der «Familienpolitik» oder den «Rollenbildern, Problemen und Stereotypen der Männer und Frauen im Nordkaukasus». Die Grundsatzfrage «Was ist eigentlich Gender?» fand genauso ihre Antworten wie die Frage nach der sexuellen Identität, nach der Männlichkeit oder der Gewalt (Wie ist sie zu erkennen und wie zu bekämpfen?). Die Auftritte der Referentinnen sind zu kleinen Einheiten von fünf bis acht Minuten zusammenmontiert und mit Illustrationen und Zeichentrick versetzt worden. Zwischen April und Juni erschienen die Gender-Filmchen auf der Webseite unseres Moskauer Partners colta.ru, wo sie bereits in den ersten zwei Monaten zwischen 10000 und 40000 Mal angeschaut wurden. Viele Zuschauer wünschten sich eine zweite Staffel als Fortsetzung. Seit Mitte Dezember steht der Gender-Online-Kurs auf der Webseite unseres Moskauer Büros.

Konzert in Indien
www.youtube.com/watch?-v=b25TA9Aq9aM&t=429s

Gender-Online-Kurs
www.ru.boell.org/ru/gender-dlya-chaynikov-videolekcii

Danzig, März 2017: Demonstrant/innen unterstützen die Wiederwahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europarates. Er erhielt 27 Stimmen der EU-Staats- und Regierungschefs, nur die polnische Regierung stimmte gegen ihn. Foto: picture alliance / NurPhoto

Herausforderungen Europas bewältigen

Die Europäische Union erlebt eine schwere Zeit: Sie droht auseinanderzubrechen, die gemeinsame Währung wird zur Belastungsprobe, es gibt keine Einigkeit in der Außenpolitik und im Umgang mit den vielen Geflüchteten und Migranten. Sie geht zentrale Herausforderungen nicht beherzt an und verschärft damit ihre Legitimationskrise. In vielen Mitgliedsstaaten propagieren Rechts- wie Linkspopulist/innen einfache Lösungen. Sie wollen einen Austritt aus der EU und verlangen die Schließung der Grenzen. Damit erhalten sie in der verunsicherten Bevölkerung viel Zuspruch – in Deutschland, Frankreich, Polen, Ungarn und vielen weiteren Ländern. Sechzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge muss Europa wieder zusammenrücken, die Krise als Chance nutzen und sein Modell der liberalen Demokratie verteidigen. Schließlich hat die EU als gemeinsames Projekt ihren Mitgliedern Wohlstand, Freiheit und Frieden gebracht. Dies alles steht auf dem Spiel. Wir engagieren uns weiterhin mit unseren Partnerinnen und Partnern für die EU.

Flucht und Migration

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Eine wachsende Zahl, geflohen aus den Krisengebieten in Syrien, dem Irak und Nordafrika, sucht auch Schutz in Europa. Die europäische Politik ist in Fragen zu Flucht und Asyl tief gespalten. Es besteht große Uneinigkeit darüber, wie mit den Schutzsuchenden umzugehen ist. Auch die Frage einer fairen Verteilung der Flüchtenden unter den Mitgliedsländern ist strittig. Der Mangel an europäischem Konsens und Koordination gefährdet nicht nur das Schengen-Regime offener innereuropäischer Grenzen – er bringt die gesamte EU an den Rand einer Zerreißprobe und verstärkt die Tendenzen zur Renationalisierung europäischer Politik.

Moria (Lesbos), Griechenland: Noch immer sitzen Tausende Geflüchtete im Erstaufnahmelager auf Lesbos fest, das einem Internierungslager gleicht. Foto: Erik Marquardt

Internationale Konferenz in Berlin: Grenzerfahrungen – Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa

Die Ursachen und langfristigen Folgen der Flüchtlingsproblematik können auf nationaler Ebene kaum gelöst werden, darin sind sich Europas Regierungen einig, so unterschiedlich ihre Haltungen in der Flüchtlingspolitik sonst auch sind. Über die zentralen Fragen einer europäischen Asyl- und Migrationspolitik haben wir auf unserer europapolitischen Jahrestagung im Mai 2016 in Berlin debattiert. Schnell wurde offenkundig, dass weitreichende Gemeinschaftslösungen wie eine solidarische Umverteilung von Flüchtlingen angesichts der politischen Realitäten aussichtslos sind. Neue europapolitische Impulse erhofften sich viele stattdessen von einer bislang kaum definierten «Koalition der Willigen», die neben kooperationsbereiten Staaten auch Städte, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen umfassen könnte. Beim als notwendig erachteten Lastenausgleich auf europäischer Ebene wurden Strafzahlungen für unwillige Staaten weitgehend abgelehnt. Stattdessen gab es Vorschläge für eine stärkere Betonung positiver finanzieller Anreize, um aufnahmewillige Kommunen direkt zu unterstützen und die einheimische Bevölkerung davon zu überzeugen, geflüchtete Menschen nicht nur als eine Belastung zu sehen. Die Skepsis war dennoch groß, ob sich diese Ideen, die im Kleinen durchaus erprobt sind, auch im politisch anspruchsvolleren europäischen Rahmen umsetzen lassen können.

Webdossier «Grenzerfahrungen»
www.boell.de/de/dossier-grenzerfahrung-asyl-und-fluechtlingspolitik-europa

Webdossier «Flucht und Migration»
www.boell.de/de/dossier-flucht-asyl?dimension1=ds_flucht

Internationale Tagung in Berlin:
Das Recht auf legale Wege

Sowohl die Europäische Union als auch die USA schotten sich gegenüber Geflüchteten immer weiter ab. Sie verlagern ihre Außengrenzen in Drittländer und versuchen so, die Verantwortung abzugeben. An den Grenzen Europas und der USA haben sich zivilgesellschaftliche Netzwerke zur solidarischen Unterstützung von Menschen auf der Flucht gegründet. Neben praktischer Soforthilfe geht es den Helfenden auch darum, dass die Staaten sich ihrer politischen, völkerrechtlichen und moralischen Verantwortung stellen. Auf einer Berliner Tagung im Oktober 2016 stellten Aktivist/innen ihre Arbeit vor und diskutierten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Zu Gast war u. a. der Mexikaner Fray Tomás González Castillo, der nahe der guatemaltekischen Grenze eine Herberge für Migrant/innen betreibt. Diese finden dort Schutz vor Polizeigewalt, drohender Abschiebung und den Angriffen von Kriminellen. Kriminelle Kartelle wie die Zetas entführen Migrant/innen, fordern Lösegeld, zwingen Frauen zur Prostitution oder nutzen sie als Drogenkuriere. In Europa ist die Situation nicht ganz so dramatisch, doch auch hier nutzen kriminelle Netzwerke die Situation von Flüchtlingen und Migrant/innen aus. Der italienische Aktivist Gianfranco Crua von Carovane Migranti berichtete von sklavenähnlicher Arbeit in der Landwirtschaft, insbesondere der Tomatenindustrie. Menschen, denen ihre Pässe abgenommen wurden, werden dort unter extremen Bedingungen zur Arbeit gezwungen.

Büro Warschau:
Konferenz zu Flucht und Migration in Europa

Auf einer Konferenz unseres Warschauer Büros im April 2016 in Posen ging es um die Konsequenzen der sogenannten Flüchtlingskrise für Deutschland und die Europäische Union. Die deutschen Gäste berichteten am Beispiel von Brandenburg und Berlin über die Rahmenbedingungen und die organisatorischen Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten. Die Debatte mit polnischen Vertreter/innen staatlicher Institutionen, der Wissenschaft und Aktivist/innen verlief spannend und kontrovers, sie ließ aber auch ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber dem deutschen Herangehen an europäische Lösungen erkennen. Dem wollen wir künftig mit weiteren sachlichen Debatten begegnen. Unser Büro in Warschau hat zudem die Ausstellung «Exilium» von Marta Bogdańska unterstützt, die in den Libanon geflüchtete Syrer/innen porträtiert. Ab 2017 wird die Ausstellung mit Workshops für Schüler/innen verbunden, die von Personen mit Migrationserfahrung geleitet werden.

Webdossier
«Wie schaffen die das?»

www.boell.de/de/dossier-fluechtlingspolitik-der-bundeslaender?dimension1=ds_flucht

Büro Prag: Ausstellung
«Die Angst vor dem Unbekannten»

Unser Prager Büro unterstützte in der Kunsthalle Bratislava das umfangreiche Rahmenprogramm zur Ausstellung «The Fear of the Unknown» (Die Angst vor dem Unbekannten), kuratiert von Lenka Kukurová. Künstler/innen aus der Slowakei, Tschechien, Polen, Rumänien, Österreich und Deutschland setzen sich darin mit den Erfahrungen von geflüchteten Menschen auseinander, reflektieren aber auch, wie Politik und Gesellschaft in Europa auf die sogenannte Flüchtlingskrise reagieren. Das Begleitprogramm umfasste neben Podiumsdiskussionen und Führungen auch Workshops für Schulklassen und Studierende sowie Lehrertrainings. Vor dem Hintergrund der aufgeladenen Debatte zur EU-Flüchtlings- und Asylpolitik war die Ausstellung ein wichtiger Ort für einen offenen und differenzierten Dialog zum Thema.

Büro Washington:
«Welcoming Communities Exchange»

Ein Austauschprogramm unseres Büros in Washington für integrationspolitisch Aktive soll helfen, eine effektive «Willkommensinfrastruktur» für Migrant/innen und Flüchtlinge aufzubauen und die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern. 2016 reiste eine Gruppe aus Deutschland zu einem nationalen Integrationsgipfel nach Atlanta und besuchte ihre Pendants in St. Louis (Bissouri), Boise (Idaho), Clarkston (Georgia), Columbus und Dayton (Ohio). Die deutschen Gäste waren sehr beeindruckt von der Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Geflüchteten. Auch davon, dass sie ermuntert werden, ihr kulturelles Erbe zu pflegen, während sie gleichzeitig «neue Amerikaner» werden. Beim Gegenbesuch in Deutschland wirkte besonders nachdrücklich der Besuch von Pirna und Altenberg, wo sich mutige Bürgermeister und Freiwillige trotz massiver Anfeindungen tatkräftig für geflüchtete Menschen engagieren. Auf einem Symposium in Berlin zum Abschluss des Austausches präsentierten die teilnehmenden Gemeinden einen lokalen «Aktionsplan Integration» und gründeten ein Alumni-Netzwerk, um auch künftig in Verbindung zu bleiben.

«Ich bin der Meinung, daß man Menschenleben retten soll, wo man sie retten kann.»

Heinrich Böll, aus:
Auch einen Zuhälter retten, 1981

Rechtspopulistische Bewegungen

Die gesellschaftliche Stimmungslage in Deutschland und anderen Ländern ist gereizt. Viele Menschen sind tief verunsichert. Die Auswirkungen von ökonomischer Globalisierung und weltweiter Migration, die digitale Revolution, die Auflösung der traditionellen Geschlechterrollen und die Angst vor einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten verursachen großes Unbehagen. Die Rechtspopulisten versprechen Sicherheit durch Abschottung. Sie fordern den autoritären Staat als Schutzmacht der kleinen Leute und verkaufen einfache Antworten auf komplizierte Probleme. Und sie appellieren an Gefühle wie Angst, Wut, Stolz.

Studie: «Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland»
Klassisch rechtsextreme Einstellungen haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren kaum verändert, so die Ergebnisse der «Mitte»-Studie 2016. Gleichzeitig wächst die Abwertung von Asylbewerber/innen, Muslimen und Sinti und Roma. Aus der sozioökonomischen Lage allein lassen sich die Abwertung sozial schwacher Gruppen und die Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen nicht erklären. Offensichtlich sind mehrere Faktoren maßgeblich: das Gefühl sozialer Entwertung, rassistische Ressentiments, postdemokratische Ohnmacht und Nichtrepräsentation. «Mitte»-Studien werden seit 2002 alle zwei Jahre von einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker, beide von der Universität Leipzig, durchgeführt. Sie sind Langzeitbeobachtungen für die politische Diskussion und Bildungsarbeit, die autoritäre und rechtsextreme Einstellungen im Zeitverlauf abbilden. Die aktuelle «Mitte»-Studie entstand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.

Tagung in Dresden: Schön deutsch?
Auf der Tagung «Schön deutsch?» des Bundesverbandes Mobile Beratung und des Stiftungsverbundes der Heinrich-Böll-Stiftungen im April 2016 in Dresden ging es um die Frage, wie Rassismus und Rechtspopulismus in der zivilgesellschaftlichen Arbeit begegnet werden kann. Angesichts des hohen Maßes an gesellschaftlicher Entsolidarisierung ist nicht davon auszugehen, dass die Bruchlinien in der Gesellschaft dadurch gekittet werden können, dass zeitweise weniger Flüchtlinge kommen. Wer die Reichweite rechter Narrative blockieren will, so David Begrich von Miteinander e.V., muss neue, andere Politikvorschläge entwickeln und muss kommunizieren, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt organisiert werden kann. Um Ideen für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu entwickeln, hatte der Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen bereits 2015 die Fachkommission «Ideologien der Ungleichwertigkeit» eingesetzt. Ihre Ergebnisse liegen nun vor.

Netzwerk: Europäische Strategien gegen Rechtsextremismus
In einem gemeinsamen Projekt mit der Amadeu Antonio Stiftung unterstützen wir Nichtregierungsorganisationen aus Ost-, Mittel- und Südeuropa, die gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kämpfen, sich zu vernetzen. Im Jahr 2016 luden wir Aktivitist/innen aus der Tschechischen Republik sowie der Slowakei nach Berlin und Dresden ein. Der Umgang mit geflüchteten Menschen und Beispiele gelingender Integration auf kommunaler Ebene bildeten die Schwerpunkte dieser Reise. Die Treffen mit deutschen Kooperationspartner/innen sind stets ein integraler Bestandteil des Programms.

Prag: Internationale Konferenz zu Populismus in Europa
«Die Demokratie lebte lange Zeit von einem diffusen Legitimitätsgefühl», so Prof. Dr. Heinz Bude auf einer internationalen Populismus-Konferenz im Mai 2016. «Es gab viel zu kritisieren, aber am Ende sagten die Leute: Im Prinzip ist schon alles in Ordnung. Jetzt sagen das immer weniger Menschen. Das ist schon eine Situation, die einen Resonanzraum für Populismus schafft.» Wissenschaftler/innen aus über 20 Ländern erörterten in Prag Wesensmerkmale populistischer Bewegungen und Parteien und

Link zur «Mitte»-Studie
www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig

Kommissionsbericht
www.boell.de/de/2016/04/15/ideologien-der-ungleichwertigkeit

«Auf der Suche nach der grünen Erzählung» III: Was ist die grüne Idee von Teilhabe und Gerechtigkeit?

Cem Özdemir plädiert für eine schnelle Eingliederung der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt.

Gerechtigkeit ist ein Begriff, auf den sich alle politischen Strömungen beziehen. Die dritte Ausgabe unseres Kongresses «Auf der Suche nach der grünen Erzählung» im März 2016 in Berlin stellte die Frage nach seiner spezifisch «grünen» Auslegung und legte den Schwerpunkt auf das Prinzip der Teilhabe. Zu Beginn sprachen der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, und die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor über die grüne Teilhabeidee in der Einwanderungsgesellschaft. Özdemir betonte die Bedeutung einer schnellen Einbindung Zugewanderter in den Arbeitsmarkt, Kaddor wies auf Widersprüchlichkeiten im Umgang mit Zugewanderten hin und nannte als Beispiel den Begriff «Migrationshintergrund», der selbst für deutsche Staatsbürger/innen der dritten Generation verwendet werde. Deutschland müsse endlich seinen Status als Einwanderungsgesellschaft anerkennen und entsprechende Strukturen, zum Beispiel ein Einwanderungsministerium, schaffen. Verpflichtende Integrationsangebote seien aufgrund von mangelnden Mitteln zu wenig vorhanden.

Beim Abschlusspodium zu grünem Wachstum und Postwachstum wies der Ökonom und Präsident der DIW Berlin, Marcel Fratzscher, darauf hin, dass in der Marktwirtschaft immer ein gewisses Maß an Ungleichheit herrsche, dass aber zu große Chancenungleichheiten beim Einkommen, Vermögen und sozialer Mobilität weniger Wachstum für die Wirtschaft und weniger Wohlstand bedeuten würden. Stiftungsvorstand Ralf Fücks sah in der Entkopplung des wirtschaftlichen Wachstums vom Naturverbrauch die Kernthese der grünen industriellen Revolution. Dem «Klima der Angst», das zuvor diskutiert wurde, begegnete er mit Realutopien: «Man braucht schon große Erzählungen», allerdings keine «geschlossene Ideologie, sondern Leitlinien von gesellschaftlicher Zukunft und Veränderung.»

untersuchten die Ursachen für deren Erstarken in einzelnen europäischen Ländern und Regionen. Auch die Präsidentschaftswahlen in Österreich, die Brexit-Kampagne sowie das von der ungarischen Regierung initiierte Referendum über die EU-Flüchtlingsquoten wurden kommentiert. Die Konferenz fand in Zusammenarbeit unseres Prager Büros mit der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität und dem Goethe-Institut Prag statt.

Grüne Akademie:
Analyse der neurechten Bewegungen

Die Erfolge der Rechtspopulisten in Deutschland und Europa beschäftigten auch die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. In der Vortragsreihe «Auf der Höhe – Diagnosen zur Zeit» analysierte der Publizist Micha Brumlik im April die Ideologie der neurechten Bewegungen in Frankreich, Ungarn, Deutschland und Russland. Deren Ziele seien so simpel wie drastisch: ethnische Homogenität statt Diversität; völkische Mythen von Blut und Heimaterde statt Aufklärung; und statt Westbindung das Bündnis mit Putins Russland.

Bei der Sommerakademie im September ging es u. a. um die Frage, ob ein inklusives Verständnis von Heimat Halt bieten könne in einer Welt, die geprägt ist von Unsicherheit, Wandel und stetiger Beschleunigung. Inklusive Heimat definiert sich nach Stiftungsvorstand Ralf Fücks über freiwillige Bindungen und politisches Engagement. Dieses Heimatverständnis komme ohne den exklusiven Bezug auf Topoi wie «Volk» und «Nation» aus, es zielt nicht auf Rückzug und Abwehr, sondern auf die Zugehörigkeit zur Bürgergesellschaft.

Blog
http://reconnecting-europe.boellblog.org/

Link zu Böll.Thema
www.boell.de/de/2016/09/29/boellthema-22016-die-grosse-verunsicherung

Webdossier «Rassismus und Rechtspopulismus»
https://goo.gl/klVgjE

Videomitschnitte der «Grünen Erzählung»
www.boell.de

Digitalisierung

Eine Welt digitaler Techniken verändert die Kommunikationsbeziehungen, die sozialen Beziehungen und damit auch die sozialen Verhältnisse in der Gesellschaft auf fundamentale Weise. Wir stehen erst an der Schwelle des Verstehens dieser komplexen und alle Lebensbereiche verändernden Revolution. Die technischen Möglichkeiten, die unser Leben auch erleichtern und schöner machen, werden in großer Geschwindigkeit erweitert, immer neue Schwellen des Mach- und Denkbaren werden permanent überschritten.

Der Journalist Wolf Lotter fordert dazu auf, die digitale Transformation als große Chance zu begreifen.

Dialog in Berlin: netz:regeln 2016 – Digitale Transformationen. Potenziale des neuen Maschinenzeitalters

Die digitale Transformation bringt neben vielen Risiken auch klare Gewinne: einen individuellen Zugang zu weltweitem Wissen und Bildungsangeboten, die Teilhabe an globalen Wirtschaftsströmen und die Möglichkeit, über Länder- und Sprachgrenzen hinweg zu kommunizieren. Bei unserem 7. digitalpolitischen Dialog in Kooperation mit der Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V.) ging es um Digitalisierung in den Bereichen Mobilität, Gesundheit, Logistik und Finanzwirtschaft. Wolf Lotter vom Wirtschaftsmagazin *brand eins* forderte u. a. dazu auf, die digitale Transformation als große Chance zu begreifen und alle Kräfte darauf zu verwenden, dass möglichst viele Menschen über die Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, ein selbstbestimmtes, selbständiges Leben zu führen. Kurzum: eine ökonomische und technische Bildungsoffensive, deren Ziel es ist, das kritische Denken und Analysieren zu schärfen, um sich unter komplexen Bedingungen besser zurechtzufinden.

Tagung in Berlin: Update im Betriebssystem – Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Unsere Tagung «Update im Betriebssystem» im Oktober 2016 in Berlin beschäftigte sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt. Nach Einschätzung des Technologieanalysten und Autors Ulrich Sendler werden Arbeitsprozesse durch die zunehmende Vernetzung von Geräten, Sensoren etc. via IP-Netz künftig kostengünstiger und schneller ablaufen als die herkömmliche Industriearbeit. Der Rechtswissenschaftler Prof. Wolfgang Däubler prognostizierte, dass in Zukunft die menschliche Arbeit vor allem für kreative und kommunikative Prozesse gebraucht werde, wofür wichtige Voraussetzungen Freiheit und Sicherheit seien. Er forderte daher eine Anpassung der arbeitsrechtlichen Bedingungen. Christiane Benner, zweite Vorsitzende der IG Metall, stellte klar, dass soziale Tätigkeiten nicht «robotisierbar» seien. Sie plädierte dafür, dass Arbeit durch intelligente Zeitpolitik besser verteilt werden müsse. Flexibilität könne auch mit gut organisierter, rechtlich geregelter Leiharbeit gestaltet werden. Benner weiter: «Gesetzliche Grundlagen sind nötig, um tarifli-

böll.brief «Grüne Ordnungspolitik» #2
www.boell.de/de/2016/10/21/boellbrief-gruene-ordnungspolitik-2-die-chancen-von-industrie-40

Fachgespräch über «Hate Speech» (v.l.n.r.): Helga Hansen, Jasna Strick und Anne Wizorek Foto: SeeSaw Agency / Yehuda Swed (CC BY SA)

che Möglichkeiten zu gestalten. Arbeit 4.0 braucht Sozialstaat 4.0!». Die Tagung fand in Zusammenarbeit mit GewerkschaftsGrün und UnternehmensGrün statt.

Transatlantischer Austausch über digitale Kommunikation in Zeiten des Rechtspopulismus
Politischer Populismus fordert unsere Demokratien heraus. In der heißen Phase des US-Wahlkampfs tauschten sich die Teilnehmenden eines Dialogprogramms unseres Washingtoner Büros über die Frage aus, wie digitale Kommunikationsmittel am effektivsten eingesetzt werden können, um populistischer Rhetorik entgegenzutreten. Eine Delegation von Bündnis 90/Die Grünen traf sich in New York unter anderem mit dem Progressive Coders Network, dessen Diskussionsforum auf der Reddit-Plattform zu einer digitalen Bewegung für Bernie Sanders führte. In Washington diskutierte die Delegation unter anderem mit «Emilys List» zur Frage, wie gendersensible digitale Kommunikation effektiv gestaltet und sexistische Online-Angriffe abgewehrt werden können. In der Analyse des Erfolgs von Donald Trump und seiner populistischen Widerläufer in Europa werden derartige transatlantische Austausche auch in den kommenden Jahren von großer Bedeutung sein.

Fachgespräch in Berlin zu sogenannter Hate Speech
In den sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter gehört Hass mittlerweile für manche zum guten Ton. Das Gunda-Werner-Institut (GWI) der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt sich seit längerer Zeit mit sogenannter Hate Speech und den Möglichkeiten, gegen diese vorzugehen. Zuletzt ging es um die Frage, ob eine Verbandsklage für Frauenverbände ein mögliches Rechtsmittel wäre. Nachdem die staatliche Seite jahrelang fast nichts gegen digitale Gewalt gegen Frauen unternommen hat, ist es an der Zeit, neue Rechtsmittel zu fordern. Das GWI hat im Rahmen eines Fachgespräches die Möglichkeiten dazu ausgelotet. Dabei zeigte sich, wie wichtig es ist, dass die Betroffenen durch Verbandsklagen Unterstützung bekommen. Verbände könnten ihnen bei einem Prozess beistehen oder sie ganz vertreten.

Berlin: Die digitale Müllabfuhr
Täglich werden Millionen Bilder in die sozialen Netzwerke geladen, die wir nie zu Gesicht bekommen. Bilder von Gewalt und Pornografie, aber auch solche, die die sozialen Netzwerke schlicht als «unangemessen» einstufen. Gesichtet und aussortiert werden die Fotos und Videos u. a. von Billiglöhner/innen auf den Philippinen. In unserer Veranstaltung «Die digitale Müllabfuhr» am 26. April 2016 verfolgte Theaterregisseur Moritz Riesewieck in einer Lecture-Performance die Spur der digitalen Putzkolonnen bis auf die Philippinen. Im anschließenden Gespräch diskutierte er mir Prof. Sarah T. Roberts, University of California, und Geraldine de Bastion, Vorsitzende der Digitalen Gesellschaft e. V., über die Arbeitsbedingungen der «Content Moderators» und das von den sozialen Netzwerken «kuratierte Internet». Infolge unserer Veranstaltung, unserer Session bei der re:publica und vieler Medienberichte nahm Staatssekretär Gerd Billen, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz und Leiter der Task-Force «Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet», in einem Fernsehinterview des NDR Stellung und verlangte von Facebook mehr Anstrengungen bei der Löschung rechtswidriger Inhalte.

Lecture Performance «Digitale Müllabfuhr»
www.youtube.com/watch?v=9sQyS7LnqJU

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner/innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Performances und Ausstellungen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2016:

Demokratiedialog

Baden-Württemberg: Aktualität und Erneuerung – Ein Update der Parteien in Zeiten des Populismus
Politische Parteien sind zentrale Institutionen einer Demokratie. Wenn sie ihrer Funktion auch in Zukunft gerecht werden wollen, müssen sie sich erneuern. Denn eine starke Demokratie braucht starke demokratische Parteien – das gilt in besonderem Maße angesichts der populistischen Herausforderung. Bei einem «Demokratiedialog» im Oktober in Stuttgart diskutierten rund 150 Teilnehmende über den Auftrag, die Herausforderungen und die Zukunft der politischen Parteien. Mit dabei waren u. a. Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Soziologin Jasmin Siri, die Europaabgeordnete Rebecca Harms, der Politikwissenschaftler Ulrich Eith und die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bayerischen Landtag, Margarete Bause. Der Demokratiedialog fand in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung Bayern und dem Heinrich-Böll-Stiftungsverbund statt.

Filmtour

Bayern: Projekt A – Eine Reise zu anarchistischen Projekten in Europa
Die Petra-Kelly-Stiftung organisierte zusammen mit den beiden Regisseuren Marcel Seehuber und Moritz Springer eine Bayern-Tour des Dokumentarfilms «Projekt A». Der mit dem Publikumspreis des Filmfestes München ausgezeichnete Film war in elf Städten zu sehen, darunter auch und gerade in Orten abseits der Metropolen (z. B. Trostberg, Dorfen, Aschaffenburg, Burghausen, Landshut). Die Tour war ein großer Erfolg, über 1200 Menschen von 16 bis 85 Jahren wollten mehr über die politische Idee der Anarchie erfahren. Vorgestellt wurden diverse Projekte gemeinschaftlichen Arbeitens – vom Münchner Kartoffelkombinat bis zum «Parko Narvarinou» in Athen, einem zum öffentlichen Park umfunktionierten Parkplatz. Die anschließenden Diskussionen mit den Regisseuren zeigten, dass es eine große Bereitschaft gibt, sich für derartige Projekte auch selbst zu engagieren. Insofern: ein echtes Mutmachprojekt!

Mitmachworkshop

Berlin: Restlos glücklich? Was wir gegen Lebensmittelverschwendung alles tun können
Jedes Jahr landen in Deutschland mehr als 10 Millionen Tonnen genießbare Lebensmittel auf dem Müll. Diese enorme Verschwendung belastet den globalen Ressourcenverbrauch, schadet der Umwelt und begünstigt den Klimawandel. Das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung hat gemeinsam mit den Kooperationspartnern Prinzessinnengarten und Restlos glücklich e.V. einen interaktiven Mitmachworkshop konzipiert, bei dem sich Theorielernen mit praktischer Feldforschung, Nahrungsmittelsammlung und gemeinsamem Kochen und Essen verbindet. Die Teilnehmenden entwickeln ein Verständnis dafür, wie sie mit ihrem Nahrungsmittelkauf- und Verbrauchsverhalten direkten Einfluss nehmen können, und sie erfahren mehr über die Haltbarkeit und Lagerung von Lebensmitteln. Denn: Wenn wir weniger verschwenden, schonen wir Menschenleben, Wasser, Erde und Klima.

Dokumentation
www.boell-bw.de

Filmtour
www.projekta-film.net/de

Tanzprojekt

Brandenburg: Dancing to Connect Refugees
Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg führte im Oktober 2016 zusammen mit der Battery Dance Company aus New York das Tanzprojekt «Dancing to Connect Refugees» durch. Fünf Gruppen mit jeweils 20 Jugendlichen, von denen bis zu 50 Prozent Flüchtlinge waren, erarbeiteten in fünf Tagen eine Performance zu den Themen Flucht, Ankommen und Integration. Sprachbarrieren, sei es zwischen den New Yorker Künstler/innen und den Jugendlichen oder den Jugendlichen untereinander, konnten leicht überwunden werden, denn die gemeinsame Sprache war der Tanz. Die Zusammenarbeit schaffte Vertrauen und Respekt untereinander. Die Performance wurde mit großem Erfolg in Brandenburg an der Havel und in Magdeburg aufgeführt. Das amerikanisch-deutsche Projekt wird durch das ERP-Programm des Wirtschaftsministeriums gefördert und im Jahr 2017 fortgesetzt.

Debatte

Bremen: Religion und Politik auf Achill Island in Irland
In den 1990er Jahren schien es, als würde sich die moderne Trennung von Religion und Politik im Zuge der Globalisierung und ihrer ökonomischen, politischen und kulturellen Verflechtungen weltweit durchsetzen. Aber die Globalisierung brachte zugleich den Siegeszug des neoliberalen Kapitalismus, der Gemeinschaft, Gesellschaft und soziale Verantwortlichkeit dem Eigeninteresse opferte – Religion gewann infolgedessen wieder an Bedeutung. Die Heinrich-Böll-Stiftung Bremen hat sich auf der irischen Insel Achill Island mit dem Thema Religion beschäftigt. Die Insel verbindet die Stiftung mit ihrem Namensgeber, denn sie war für Heinrich Böll eine zweite Heimat. Dort schrieb er u. a. die «Ansichten eines Clowns» – seine Auseinandersetzung mit der Katholischen Kirche. Zugleich gehört die Insel zu einem Land, das bis in die 1990er Jahre hinein einen gewaltsamen Religionskonflikt kannte. Als Ideengeber für die Debatte waren eingeladen: Claus Leggewie, Antonia Grunenberg, Hermann Rasche und Manfred Berg.

Ausstellung

Hamburg: Wer braucht Feminismus?
«Wer braucht Feminismus?», so die Frage einer Ausstellung, die von der Landesstiftung Niedersachsen in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut und einigen Landesstiftungen entwickelt wurde und seit 2014 in verschiedenen Bundesländern zu sehen war. 2016 auch in Hamburg, und dort an einem besonderen Ort: dem stadtweit bekannten Einkaufszentrum Mercado. Dort wurden die Menschen quasi unvermittelt während ihres Einkaufs auf das Thema gestoßen. Täglich gab es die Möglichkeit, mit dem Organisationsteam der Ausstellung während einer «Sprechstunde» ins Gespräch zu kommen. Neben der Ausstellung fanden eine Reihe von Veranstaltungen statt: Es ging u. a. um die Themen Feminismus in der Arbeitswelt, Sexismus im Alltag und Solidarität mit geflüchteten Frauen. Bei der Veranstaltung «Feminismus heute: Was brauchen und was wollen wir?» diskutierte vor allem eine jüngere Generation von Feministinnen über einen zeitgemäßen Feminismus. Was sie verband, war ein intersektionaler Blick auf Feminismus, der Aspekte von u. a. Klasse, Ethnie und Gender verknüpft.

Diskussionsreihe

Hessen: Europa in Bewegung
Die EU steht vor einer Bewährungsprobe existenziellen Ausmaßes. Die Auseinandersetzungen um Griechenland und die europäische Austeritätspolitik, die Entscheidung für einen Brexit in Großbritannien und das zähe Ringen um eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik zeigen, wie groß die Differenzen innerhalb der EU sind. In den einzelnen Mitgliedstaaten finden teilweise tiefgreifende Umbrüche statt, die deren politische Parteiensysteme und Gesellschaften erheblich verändern. Die Reihe «Europa in Bewegung» der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen beleuchtet die Umbruchprozesse in einzelnen europäischen Ländern und fragt besonders nach den Kräften, die demokratische Reformen in ihren jeweiligen Ländern tragen und Renationalisierungstendenzen entgegentreten können. Die ersten Veranstaltungen 2016 richteten ihren Blick nach Spanien, Frankreich, Polen, Großbritannien und Ungarn.

Dokumentation
ruedel.boell@arcor.de

Link
www.boell-hessen.de/reihe/europa-in-bewegung

Diskussion und Markt der Möglichkeiten

Mecklenburg-Vorpommern: Welcome to Rostock!
Die Veranstaltung «Welcome to Rostock!» im Februar 2016 thematisierte die Flüchtlingspolitik in Rostock und mobilisierte für gesellschaftliches Engagement. Der Syrer Eyad Alabsi, der seit zwei Jahren in Rostock lebt, Vertreter/innen der Hansestadt, einer Gemeinschaftsunterkunft und der Initiative «Rostock hilft» diskutierten, inwiefern Flüchtlingshilfe durch ehrenamtliches Engagement abgedeckt werden kann, wo die Grenzen des ehren- und hauptamtlichen Engagements liegen und welche Art von Unterstützung zivilgesellschaftliches Engagement in der Arbeit mit Geflüchteten braucht. Auf einem Markt der Möglichkeiten präsentierten sich zahlreiche Initiativen – vom Deutsch-Crashkurs über Lernpatenschaften zum Upcycling-Atelier und Kultur-Tandem. Die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichte zudem die Broschüre «Fakten zu Flucht & Asyl in Mecklenburg-Vorpommern» sowie die Initiativenübersicht «Rostock miteinander».

Workshopreihe

Nordrhein-Westfalen: Politische Bildung für und mit Geflüchteten
Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen gehören seit jeher zum Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen. Mit der hohen Zahl an Geflüchteten und der Herausforderung ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft stellt sich für die Stiftung als Anbieterin politischer Bildungsarbeit die Frage: Welche Angebote benötigen wir jetzt, und was muss politische Bildung leisten, um zu einem eigenständigen, demokratischen Engagement von Menschen mit Fluchterfahrung in Gesellschaft und Politik anzuregen? Im Gespräch mit Geflüchteten und ihren Unterstützer/innen entwickelte die Stiftung in fünf Workshops Konzepte für politische Bildung rund um das Thema Flucht. Die Ergebnisse wurden unter anderem auf dem Landesforum der DVPB zum Thema «Politische Bildung im Kontext von Migration» vorgestellt. Die für 2017 zu diesem Thema angedachten Projekte orientieren sich an den gewonnenen Erkenntnissen und berücksichtigen vor allem die Besonderheiten der Zielgruppe.

Veranstaltungsreihe

Niedersachsen: Klimaschutz, Postwachstum, Landwirtschaft und Mobilität
Anlässlich des UN-Klimagipfels in Paris beschäftigte sich die Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen zum Auftakt einer neuen Veranstaltungsreihe im Dezember 2016 mit den Folgen des Klimawandels. Prof. Dr. Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, warnte in seinem Vortrag eindringlich vor den Folgen der Erderwärmung. Über einen möglichen Beitrag Niedersachsens zum Klimaschutz diskutierten im Anschluss Umweltminister Stefan Wenzel, die Geschäftsführerin der Klima-Allianz Christiane Averbeck, der Geschäftsführer der Stadtwerke Stade Christoph Born und Dr. Matthias Miersch, MdB und umweltpolitischer Sprecher der SPD. Gefordert wurde u. a. eine Landwirtschaftswende im Agrarland Nummer eins, d. h. eine Senkung der Fleischproduktion sowie eine fleischärmere Ernährung. Am Ende stand der Appell, dass Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft JETZT handeln müssen, um schlimmste Klimafolgen zu verhindern. Die Reihe wird mit den Themen «Postwachstum» in Lüneburg, «Landwirtschaft» in Osnabrück und «Mobilität» in Braunschweig fortgesetzt. In einer abschließenden Konferenz werden die Themen zusammengeführt.

Diskussionsreihe

Rheinland-Pfalz: Was wurde … aus dem sozialen Wohnungsbau?
In der Reihe «Was wurde aus …» greift die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz in Vergessenheit geratene Themen auf. Im September 2016 ging es um bezahlbaren Wohnraum. Der wird in urbanen Gegenden immer knapper, und das nicht nur in Großstädten wie Hamburg oder Berlin. Wohnraum ist ein zentraler Aspekt aller sozialen Fragen: von der Unterstützung Alleinerziehender bis zum altersgerechten Wohnen und der Unterbringung von Geflüchteten. Und dabei geht es nicht nur um das «Dach über dem Kopf», sondern um soziale Teilhabe. Es braucht Konzepte, um den Wohnraum in Städten zugänglich und bezahlbar zu machen. Dr. Björn Egner, Politikwissenschaftler an der TU Darmstadt, und Oliver Bördner, Leitstelle Wohnen der Stadt Mainz, diskutierten unter anderem darüber, wie energetische Sanierung fair gestaltet werden kann, wie Integration gelingen kann, auch wenn Mietpreise eine Mischung von Milieus verhindern, und wie in Universitätsstädten die Studierenden bezahlbar wohnen können, ohne andere schwache Gruppen aus dem Stadtbild zu drängen.

Link
www.slu-boell.de

Lesungen

Saarland: Böll & Hofstätter
Seit sieben Jahren präsentiert die Heinrich-Böll-Stiftung Saar mit dem Buchhändler Ludwig Hofstätter zeitgenössische Literatur. Zwei Träger des deutschen Buchpreises waren 2016 in Saarbrücken zu Gast. Frank Witzel las aus seinem Roman «Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969» und Guntram Vesper aus seiner Chronik «Frohburg». Im September kam Judith Hermann nach Saarbrücken. Sie las vor ausverkauftem Haus aus ihrem neuen Erzählband «Lettipark». Harvard-Professor Sven Beckert diskutierte mit dem Publikum die Thesen seiner preisgekrönten Untersuchung «King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus». Die Veranstaltungen wurden im Kulturmagazin des saarländischen Rundfunks gesendet.

Wanderausstellung

Sachsen: «Ich bin kein Etikett!»
Die Wanderausstellung «Ich bin kein Etikett!» von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen beschäftigt sich mit Vorurteilen und ihren Konsequenzen. Es geht um Themen wie Antisemitismus, Rassismus, Ableism (Ablehnung von Menschen mit Behinderung), Homophobie, Islam-Hass und Antiromaismus. In der Ausstellung verdeutlichen persönliche Statements von Betroffenen: Menschen sind keine Etiketten. Negative Zuschreibungen verletzen, grenzen aus und verhindern Chancengleichheit. Über eine Medienstation ergänzen Videoclips die präsentierten Inhalte. Die Ausstellung will informieren, zum Perspektivenwechsel einladen und dazu anregen, eigene «Etikettierungen» zu überdenken. Sie kann kostenfrei ausgeliehen werden, eine Unterstützung eines Begleitprogramms ist möglich.

Hate Slam

Sachsen-Anhalt: Mit Herz gegen Hetze
Viele Journalistinnen, Bloggerinnen und Slammerinnen, die sich mit Sexismus und Rassismus beschäftigen, sind unglaublich hasserfüllten Kommentaren und Angriffen ausgesetzt. Diese Hassreden sind aggressiv, beleidigend und oft bedrohlich. Sie haben das Ziel, Frauen zum Schweigen zu bringen. Drei Autorinnen und Slam-Poetinnen, Ninia LaGrande, Hengameh Yaghoobifarah und Nhi Le, haben zum Hate Slam im Dezember 2016 in Halle eine Auswahl ihrer Hasszuschriften vorgelesen. Mit bunten Herzen und akustischer Begleitung zeigte sich das Publikum im Saal solidarisch und setzte dem Hass Lachen und Liebe entgegen. Zum Ende des Slams folgte eine kurze Gesprächsrunde unter den Gästen, bei der der Umgang mit Hassnachrichten und Strategien zur Bewältigung besprochen wurden.

Aktionswoche

Schleswig-Holstein: Die atomaren Katastrophen mahnen zum verantwortlichen Handeln weltweit
Die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein hat sich mit einem umfangreichen Informations- und Diskussionsangebot an der europäischen Aktionswoche «Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima» vom 23. bis 29. April 2016 beteiligt. An fünf Schulen schilderten Schüler/innen und Liquidator/innen aus der Ukraine, Belarus und Japan sowie der Leiter eines Strahlenmessinstituts in Minsk die Lebenssituationen in ihren Ländern nach dem GAU und diskutierten mit den Schüler/innen. Daneben gab es Vorträge zu Energiethemen, Informationsmaterial und Filme zu regenerativen Energieformen und zwei Ausstellungen zu den Gefahren der Atomenergie. Die Reihe mit über 20 Veranstaltungen, die auf großes Medieninteresse gestoßen ist, stand unter der Schirmherrschaft des schleswig-holsteinischen Umweltministers Robert Habeck.

Studie

Thüringen: Bildung für nachhaltige Entwicklung
Die außerschulische Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gehört für grüne politische Stiftungen und Bildungsträger zum «Kerngeschäft». Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen untersuchte Mandy-Singer Brodowski vom Wuppertal Institut am Beispiel Thüringens die Geschichte der außerschulischen Umweltbildung / BNE und leitete Empfehlungen ab, wie diese in Thüringen künftig gestärkt werden kann. So empfiehlt die Studie, die Förderung der außerschulischen BNE neu und partizipativ zu gestalten. Gleichzeitig sollte sie mit der Umsetzung der landesweiten Nachhaltigkeitspolitik und den Sustainable Development Goals (SDG) verknüpft werden, aber offen bleiben für kritische Themen, die nicht in der Nachhaltigkeitsstrategie oder den SDGs erwähnt werden (z. B. Bildungsangebote zu Degrowth). Zudem soll die Rolle der Hochschulen als Impulsgeber für BNE gestärkt werden.

Link
www.weiterdenken.de

Aufzeichnung
www.youtube.com/watch?v=53Mb7S39qu8

Publikation
https://goo.gl/ib5Tq7

Europa und die Außen- und Sicherheitspolitik

Außen- und Sicherheitspolitik ist wieder zu einem zentralen Thema der europäischen Politik geworden. Gewalttätige Konflikte in der Nachbarschaft Europas, der anhaltende Migrationsdruck, die Machtallüren Russlands sowie ein gewaltbereiter Extremismus sind die aktuellen Herausforderungen für die Europäische Union und ihre Partner. Zudem schrumpft die Bedeutung der EU auf weltpolitischer Bühne. Das verstärkt die Gefahr, dass Europa selbst zum Spielball geopolitischer Interessen wird.

Wolfgang Ischinger (Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz)

Dr. Angela Stent (Georgetown University, Washington, D.C.)

Berlin: Außenpolitische Jahrestagung – Europa in einer friedlosen Welt

An den Grenzen Europas ist ein neuer Krisenbogen entstanden – vor allem die Konfrontation mit Russland, der Krieg in Syrien und die vielen Geflüchteten fordern die Europäische Union heraus. Ein geeintes Vorgehen scheint in weite Ferne gerückt. Viele EU-Mitgliedstaaten beharren auf dem Primat ihrer nationalen Sicherheitsinteressen. Auf unserer 17. Außenpolitischen Jahrestagung diskutierten internationale Fachleute wie der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, die Russlandexpertin Angela Stent von der Georgetown University, der Direktor von Carnegie India, C. Raja Mohan, oder der russische Wirtschaftswissenschaftler Evgeny Gontmakher, mit welchen Strategien die EU diesen Herausforderungen begegnen sollte. Recht schnell stellte sich zumindest eine normative Zielsetzung heraus: Die EU müsse eine Außenpolitik vertreten, die sich gleichermaßen an internationalen Normen, westlichen Werten und europäischen Interessen orientiert. Als größte Bewährungsprobe wurde die aktuelle Konfrontation mit Russland ausgemacht. Mit der Forderung nach Anerkennung russischer Einflusssphären im postsowjetischen Raum stelle Moskau nicht nur die Souveränität einzelner Staaten infrage, sondern die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung insgesamt. Aber ohne Russland werde sich Sicherheit in Europa nicht organisieren lassen; im Hinblick auf die Gültigkeit der Helsinki-Prinzipien der OSZE könne es allerdings keine Kompromisse geben, so das mehrheitliche Fazit der Diskussion.

Deutlich wurde auch, dass sich Europa außen- und sicherheitspolitisch nicht einfach von den derzeitigen Problemlagen in Nahost und Nordafrika abschotten kann. Neben einer deutlichen Verbesserung der humanitären Hilfe und dem Kampf gegen den Dschihadismus müsse Europa verstärkt Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung sowie wirtschaftliches Wachstum in der Region fördern, so Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. Nur so könnten politisch legitimierte Institutionen entstehen und damit ein Mangel beseitigt werden, der als Hauptursache der chronischen Instabilität in der Region gilt.

Genshagen: Konferenz zur Verbesserung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Nordafrika

Demokratisierung, Kampf gegen Terrorismus, «Flüchtlingskrise» – die europäische Außen- und Entwicklungspolitik steht nach den Umbrüchen von 2011 vor neuen Aufgaben im Maghreb. Bislang fehlt es an einer langfristigen, umfassenden Strategie. Auf einer Fachkonferenz in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und der Stiftung Genshagen brachten wir im Juni eine kleine

Publikation «Europa und die neue Weltordnung»
https://goo.gl/nDE4IX

Konferenzbericht
https://goo.gl/Kr20DF

Gruppe von Entscheidungsträger/innen und Expert/innen aus Deutschland, Frankreich und Nordafrika zusammen, um gemeinsam nach Wegen für eine bessere Zusammenarbeit zu suchen. Dabei wurde deutlich, dass in Tunesien, Libyen, Algerien und Marokko viele europäische Projekte unkoordiniert nebeneinanderher bestehen und Akteure parallel oder sogar konträr agieren, wodurch sehr viel Geld, Zeit und Energie verlorengehen. Hinzu kommt, dass die deutsche und französische Nordafrikapolitik zu oft auf kurzfristige Resultate angelegt ist und somit häufig Symptome statt Ursachen angeht. Grenzsicherung statt Fluchtursachenbekämpfung ist hier nur eines von vielen Beispielen. Aus nordafrikanischer Perspektive kam die Kritik, dass bilaterale Beziehungen nicht auf Augenhöhe geführt würden und so die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu wenig wahrgenommen werden. In der europäischen Außenpolitik müsse ein radikales Umdenken stattfinden, so das Ergebnis der Fachkonferenz. Die politischen Ansätze in Nordafrika müssen enger verzahnt und aufeinander abgestimmt werden. Ansonsten fördern Frankreich und Deutschland das, was sie eigentlich verhindern wollen: Instabilität und Unsicherheit.

Berlin: 11. Grünes Russland-Forum

Das alljährliche «Grüne Russland-Forum» für liberale Fachleute und Mandatsträger/innen aus dem grünen bzw. grünnahen Spektrum fand im September 2016 in Berlin statt. Während bei früheren Treffen das europäische Friedensprojekt stets als positiver Referenzrahmen diente, war diesmal die Sprengkraft der antieuropäischen, antiliberalen und isolationistischen Kräfte auf dem gesamten Kontinent allzu deutlich. Doch das Heraufbeschwören einer Kalten-Kriegs-Situation schürt nur Ängste. Auf dem Treffen bestand Einigkeit darin, dass Werte wie gemeinsame Verantwortung attraktiv bleiben müssen, auch wenn das europäische Sicherheitsmodell aufgrund der russischen Kriegshandlungen in der Ukraine und Syrien derzeit auf dem Prüfstand steht.

Kiewer Gespräche: Neu gegen alt – Die Ukraine im Wandel

Im Juni 2016 war die Jahreskonferenz der «Kiewer Gespräche» erneut zu Gast in der Heinrich-Böll-Stiftung. In diesem Forum diskutieren ukrainische und deutsche Akteur/innen der demokratischen Zivilgesellschaft über die gesellschaftlichen Entwicklungen der Ukraine und ihr Verhältnis zu Europa. 2016 waren u. a. der ukrainische Abgeordnete Serhij Leschchenko und der Politologe Yevhen Hlibovytskyy in Berlin. Während die beiden die aktuelle Regierung noch überwiegend auf der Seite der «alten» korrupten Kräfte sahen, stellte der Chef der Unterstützungsgruppe für die Ukraine bei der Europäischen Kommission, Peter Wagner, der ukrainischen Regierung auch gute Noten aus: wirtschaftliche Stabilisierung, Abschaffung korruptionsanfälliger Energiesubventionen, transparente Ausschreibung staatlicher Aufträge, Polizeireform und vieles mehr. Zu verdanken sei dies vor allem engagierten Reformer/innen in den Ministerien und der wachsamen Zivilgesellschaft im Zusammenspiel mit den Bedingungen, die vonseiten der EU und des IWF an die Hilfe für die Ukraine geknüpft wurden. Hinsichtlich des Konflikts im Donbass und der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zeigten die deutschen Diplomaten Zweckoptimismus. Menschenrechtsaktivist/innen wie Oleksandra Matviichuk waren hingegen überzeugt, dass sich ohne politischen Willen in Moskau für eine Verbesserung der Sicherheits- und Menschenrechtslage im Donbass eine Debatte über eine politische Lösung mit Lokalwahlen erübrige.

Büro Warschau: Die Welt erklären in zwei Tagen

Die Veranstaltung «World in Focus. Warsaw international gathering» unseres Büros in Warschau vermittelte an zwei Tagen über 500 interessierten Bürger/innen Wissen über aktuelle Herausforderungen der internationalen Politik. In zahlreichen Paneldiskussionen mit hochrangigen Expert/innen aus 15 Ländern ging es um Themen wie die Zukunft des Westens, die Folgen der US-Präsidentschaftswahlen für Europa, die russische Propaganda im Westen oder Islamismus und multikulturelle Gesellschaften in Europa. Für Lehrer/innen wurden Workshops zu Migration und Multikulturalität an den Schulen angeboten. Mittels einer «lebendigen Bibliothek» konnten die Bürger/innen mit in Polen wohnhaften Flüchtlingen und Migrant/innen in direkten Kontakt kommen. In der Fotoausstellung «Exilium» von Marta Bogdańska waren Porträts von in den Libanon geflüchteten Syrer/innen zu sehen.

Berlin: Transatlantischer Austausch

Der ungewöhnliche Verlauf der US-Vorwahlen, die multiplen Krisen der EU, weltweite Fluchtbewegungen und die kaum absehbaren Auswirkungen der Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellen auf beiden Seiten des Atlantiks zentrale Herausforderungen der nächsten Jahre dar. Auf unserer Fachkonferenz «Zukunft Transatlantica» im Juli 2016 in Berlin brachten wir junge Stimmen aus den USA und Europa mit anerkannten Fachleuten und Politiker/innen zusammen. Ziel war es, neue Wege für transatlantische Kooperationen in den Bereichen Migration, Demokratie, Business Innovation, Ökologie und Sicherheitspolitik auszuloten. Mit dabei waren u. a.: Audrey Singer, Urban Institute, Washington, D.C., Rahul Sagar, Princeton University (Singapur), Wendy R. Anderson, Center for a New American Security, Washington, D.C., Fyodor Lukyanov, Russia in Global Affairs, Russia.

Im Jahr 2016 fortgeführt haben wir unsere beliebten «Transatlantic Breakfasts» in Berlin. Gäste aus den USA sprechen zu Themen, die für das transatlantische Verhältnis wichtig sind. Helga Flores

Ein Mitglied der Syria Civil Defence bei der Präsentation des Netflix-Films «Die Weißhelme»
Foto: Janine Escher Photography

Trejo von Latino-Outreach der Hillary-Clinton-Kampagne berichtete zum Beispiel von der Stimmung unter den Minderheiten im US-Wahlkampf, der Politikwissenschaftler Prof. J. D. Bindenagel sprach über die Hinterlassenschaften der Sicherheitspolitik des Präsidenten Obama, Prof. Peter Skerry vom Boston College stellte seine provokanten Thesen zur Migrationspolitik in den USA vor, und kurz vor den US-Wahlen analysierte Bruce Stokes vom Pew Research Center die Wählerumfragen und ließ die Ergebnisse von Jürgen Trittin kommentieren. Ein ganz besonderes Frühstück gab es am Morgen nach der US-Präsidentschaftswahl. Alle vier Jahr richten wir dieses Event anlässlich der US-Wahlen aus. Dieses Mal hatten wir mehr als 500 Besucher/innen. Eine Videozuschaltung unserer Büroleiter in Washington (Bastian Hermisson) und Brüssel (Klaus Linsenmeier) bot den Teilnehmenden erste Stimmungsberichte.

Berlin: Gespräch mit dem syrischen Philosophen Sadiq Al-Azm

Im April 2016 hatten wir zusammen mit dem Centre Marc Bloch die Gelegenheit, einen der letzten öffentlichen Auftritte des großen syrischen Philosophen Sadiq Al-Azm auszurichten. Sadiq Al-Azm verstarb im Dezember 2016 nach kurzer schwerer Krankheit. Im Gespräch mit dem Schriftsteller und Orientalisten Navid Kermani analysierte er aus syrischer Innensicht den Konflikt, seine Folgen und die internationalen Dynamiken. Dabei sah er noch immer Möglichkeiten, den Konflikt aus dem Innern heraus zu lösen. Doch machten Sadiq Al-Azm und Navid Kermani auch deutlich, dass der Syrienkrieg nicht nur die Bevölkerungen vor Ort angehe. Auch für Europa sei es eine dringende Aufgabe, zu einem Ende des Konflikts in seiner unmittelbaren Nachbarschaft beizutragen.

Berlin: Diskussion über Folter und sexualisierte Gewalt in Syrien

Folter und sexualisierte Gewalt vor allem gegen Frauen und minderjährige Jugendliche gehören zum Alltag in syrischen Gefängnissen. Welche Rolle diese Menschenrechtsverletzungen bei den Friedensverhandlungen in Genf spielen, darüber diskutierten Aktivist/innen, Jurist/innen und Vertreter/innen des Auswärtigen Amts auf einer Podiumsdiskussion des Gunda-Werner-Instituts im Juli 2016 in Berlin. Mit dabei war die Juristin Joumana Seif, die an den Genfer Friedensgesprächen teilgenommen hatte. Sie äußerte sich kritisch: «Wir sollen der Versöhnung mit dem Kriegsverbrecher Bashar al Assad zustimmen. Wie aber ist Versöhnung möglich, wenn es keinerlei Rechtssicherheit gibt? Wie sieht Frieden ohne Recht aus?» Der Menschenrechtsanwalt Mazen Darwish plädierte dafür, dass Europa und damit auch Deutschland ihre außenpolitische Werteorientierung auch im Kontext von Syrien deutlicher äußern. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes konnte in dieser Hinsicht kein Defizit erkennen und versicherte, dass Deutschland sich im Rahmen der Möglichkeiten ausreichend für den Frieden in Syrien engagiere.

«Die Weißhelme» – die mutigen Helfer in Syrien

Die Syria Civil Defence, eine Gruppe von etwa 3000 Freiwilligen, Frauen und Männern, retten unabhängig von religiöser oder politischer Zugehörigkeit Menschen aus zerstörten Häusern, oft unter Gefahr ihres eigenen Lebens. Sie helfen auch beim Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur und klären die Bevölkerung über Sicherheitsmaßnahmen bei Luftangriffen auf. Und sie werden nicht müde, ein Ende der Kampfhandlungen in ihrem Land zu fordern. Die Mitglieder der Gruppe sind als «Die Weißhelme» bekannt geworden. Für ihren herausragenden Mut und ihr humanitäres Engagement wurden sie 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Wenige Tage vor der Preisverleihung waren Mitglieder der Gruppe bei uns zu Gast.

Neuer Anlauf zur atomaren Abrüstung

Bisher ist es den UN-Konferenzen zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages nicht gelungen, die nukleare Abrüstung voranzubringen. Immer mehr atomwaffenfreie Staaten und Aktivist/innen versuchen nun, der Abrüstungsdebatte über völkerrechtliche Ansätze und über das Argument der humanitären Auswirkungen von Atomwaffen neuen Schwung zu verleihen. Und tatsächlich kommt wieder Bewegung in die Verhandlungen.

Mobilisierung für ein weltweites Verbot von Atomwaffen

Einen großen Anteil an der wiederbelebten Abrüstungsdebatte hat die junge zivilgesellschaftliche Organisation ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons). Sie bringt die nukleare Bedrohung wieder ins öffentliche Bewusstsein und mobilisiert für ein weltweites Verbot von Atomwaffen. Die ICAN-Campaigner/innen haben auch in großem Maß dazu beigetragen, dass am 27. März 2017 in New York die Verhandlungen zum völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen beginnen – ein historisches Momentum im Prozess der Nuklearpolitik. In zwei Runden wollen die Vereinten Nationen bis zum 7. Juli 2017 einen Vertrag zur internationalen Ächtung verhandeln. Damit wird eine Lücke im Völkerrecht geschlossen: Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht verboten sind. Die UN setzt damit einen politischen Kontrapunkt zu den jüngsten Ankündigungen Russlands und der USA, nuklear aufzurüsten.

Seit 2014 fördern wir ICAN Deutschland, den deutschen Zweig der Organisation, sowohl finanziell als auch strategisch, z. B. indem wir Kontakte zu Partner/innen der Stiftung oder zum Deutschen Bundestag herstellen.

Nachwuchskräfte für die nukleare Rüstungskontrolle

Die Abrüstungsdebatte wird seit Jahrzehnten vornehmlich von denselben Männern in Ost und West bestimmt. Mit unserem Projekt «N.EX.T. | Nuclear Expert Talks» in Kooperation mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH) wollen wir Nachwuchskräfte aufbauen. Eine 15-köpfige Projektgruppe mit Mitgliedern u. a. aus Russland, der Ukraine, Rumänien, den USA, Großbritannien, Ungarn und Deutschland hat sich im November 2016 erstmals in Berlin getroffen, um Konzepte zur Überwindung des Stillstands in der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle vorzustellen und zu diskutieren. Die jungen Akademiker/innen standen dabei im Austausch mit etablierten Expert/innen. Die Ergebnisse werden in Kooperation mit dem renommierten «Bulletin of the Atomic Scientists» als Perspektivbericht veröffentlicht. Dazu sind Vorstellungen für 2017 zwischen Berlin, Brüssel, Washington und Moskau geplant.

15 Jahre FriEnt – der Direktor der britischen Friedensorganisation Conciliation Resources, Jonathan Cohen, erläuterte im September 2016 in Berlin die Prioritäten, die eine neue Agenda für Frieden setzen müsse.

15 Jahre FriEnt

Vertrauensvolle staatlich-zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit an den Schnittstellen von Frieden und Entwicklung – dafür steht die Arbeitsgemeinschaft FriEnt seit nunmehr 15 Jahren. Von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen gegründet, ist FriEnt eine einzigartige Vernetzungs- und Lernpartnerschaft. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit 2007 Mitglied. Das Jahr 2016 hat vor Augen geführt, dass Friedensförderung wichtiger ist denn je. Krisen, Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit, Unsicherheit, Korruption und Staatszerfall prägen viele Länder. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, Menschenrechte werden verletzt. Das stellt entwicklungs- und friedenspolitische Akteure vor Herausforderungen. Als Brücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Politik und Praxis bietet FriEnt ein Forum für das Nachdenken über friedenspolitische Strategien. Im Kern geht es um die Frage, wie entwicklungs- und friedenspolitisches Engagement in einer zunehmend komplexeren und multipolaren Welt weiterhin konstruktive Beiträge leisten kann.

Website
www.frient.de

Keynote
www.frient.de/2016/a-new-agenda-for-peace/

Ende Gelände – Großaktion zivilen Ungehorsams im Lausitzer Braunkohlerevier für den Klimaschutz
Foto: Jannis Große/Flickr.com (CC BY-NC 2.0, http://bit.ly/2p5BC0B)

Die große Transformation gestalten

Wir wollen den Übergang in eine kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Ökonomie beschleunigen. Denn das ist die Herausforderung unserer Zeit: Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleichzeitig den Klimawandel. Deshalb setzen wir uns für eine grüne Energierevolution, eine umweltfreundliche Landwirtschaft und eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Deutschland versucht das bereits und geht seit einiger Zeit den Weg einer grünen Transformation der Wirtschaft. Die Energiewende zeigt, wie der Ausstieg aus fossilen Energieträgern in einer erfolgreichen Exportnation gelingen und darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen kann. Doch das allein reicht nicht. Auch andere Wirtschaftsbereiche wie Verkehr, Wohnen, Chemie oder Maschinenbau stehen am Beginn eines Umbaus.

Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation überall – zu Hause in Deutschland und auch an unseren internationalen Standorten. Wir streiten für eine drastische Senkung des Ressourcenverbrauchs, für einsehbare Verträge in der Rohstoffindustrie und für Rechenschaftspflichten der großen Bergbaukonzerne. Wir suchen nach Wegen, die Nutzung natürlicher Ressourcen so zu gestalten, dass die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig die Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden.

Klimakrise, Energiewende, grüne Mobilität

Schwere Unwetter, Dürren, das Abschmelzen der Gletscher – der Klimawandel drängt zum Handeln. Kaum eine Regierung kann sich dieser Einsicht noch verweigern. Auch die Wirtschaft beginnt sich zu bewegen. Dennoch greifen die Selbstverpflichtungen zu kurz, die für den Klimagipfel in Paris (COP 21) formuliert wurden. Die Weltwirtschaft ist nach wie vor fossil ausgerichtet, auch wenn erneuerbare Energien derzeit enorme Wachstumsraten erleben. Der Ausstieg aus der Kohle, der fossilen Energiequelle Nr. 1, ist eine vordringliche Aufgabe.

UN-Klimakonferenz in Marrakesch: UNFCCC-«Familienfoto», organisiert von Greenpeace
Foto: Takver/Flickr (CC BY-SA 2.0, http://bit.ly/2p0TfDk)

Der Klimagipfel in Marrakesch: Internationale Klimadiplomatie

Vom 7. bis zum 18. November 2016 fand in Marrakesch die 22. UN-Klimakonferenz (COP) statt. Im Wesentlichen ging es dort um die Interpretation der Vereinbarungen von Paris (COP 21) und das Ausbuchstabieren des «Paris rule book» – also einer Art Bedienungsanleitung für die Umsetzung der verschiedenen Beschlüsse. Zum Beispiel wurde darüber diskutiert, wie die Länder ihre jeweiligen nationalen Anstrengungen zum Klimaschutz, zur Klimafinanzierung, zur Anpassung etc. an das UN-Klimasekretariat melden sollen und inwiefern sie für eine mangelnde Umsetzung zur Rechenschaft gezogen werden können. Bei diesem Thema wurde hart und emotional verhandelt. Viele Länder argumentieren, dass die Elemente der nationalen Klimapläne freiwillig seien und folglich die Berichterstattung über deren Fortschritte ebenfalls dem Gutdünken der Länder unterliegen sollte. Für die internationale Zivilgesellschaft war vor allem eine Frage wichtig: Inwiefern gelingt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die hart erkämpften Formulierungen zu Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit, gerechten Gesellschaftsumbrüchen und anderen wichtigen Prinzipien aus der Präambel des Paris-Abkommens in den einzelnen Umsetzungsschritten und -instrumenten verankert werden können? Und welche Staaten sind willens, diese Agenda zu verfechten? Offenbar noch zu wenige. So ging es in Marrakesch in Sachen Menschenrechte nur in winzigen Schritten vorwärts.

Wir haben den Gipfel mit einer 48-köpfigen Delegation aus Mitarbeiter/innen und Partner/innen aus 14 Ländern kritisch begleitet. Besondere Aufmerksamkeit widmeten wir den ausschließlich technologiefixierten scheinbaren Lösungen für das Klimaproblem und der Klimafinanzierung. Diese Themen haben wir in zahlreichen Veranstaltungen gemein-

Webdossier der Klimakonferenz
www.boell.de/de/dossier-zum-klimagipfel-cop-22-marrakesch

sam mit unseren Büros in Rabat, Washington, D.C., Brüssel, Belgrad und Kiew in Marrakesch auf die Agenda gesetzt. Kurz vor der COP 22 erschien das Heft «Kurswechsel 1,5°» zusammen mit dem BUND und Misereor auf Deutsch und Englisch. Darin zeigen wir die Risiken auf, die in den vermeintlichen, oft zitierten Lösungen des Klimaproblems liegen, und stellen diese nachhaltigen und gerechten Alternativen gegenüber.

Klimawandel vor Gericht: Juristische Verfahren gewinnen an Bedeutung

Weltweit werden immer mehr Klagen wegen Klimaschäden eingereicht. In einem 2016 in Zusammenarbeit mit dem Climate Justice Programme (CJP) veröffentlichten Bericht haben wir die steigende Zahl der angestrengten Klimawandelrechtsfälle dokumentiert. Mit Blick auf die Zahl der potenziellen Kläger/innen und den Zeitrahmen könnten Klimaprozesse andere Klagewellen, z. B. gegen die Tabak- oder Asbestindustrie, bald in den Schatten stellen. Bei einem Expertentreffen, das wir gemeinsam mit unserem Büro in Bangkok und dem Climate Justice Programme im Juni 2016 in Thailand veranstaltet haben, tauschten sich Jurist/innen, NGO-Campaigner/innen und Fachleute aus 20 Ländern (vor allem aus der ASEAN-Region) untereinander aus und brachten neue rechtliche Initiativen für Klimagerechtigkeit in der Region auf den Weg. Ein ähnliches Treffen planen wir für 2017 in Afrika. Eine Konferenz mit Klimaexpert/innen und Anwält/innen aus Singapur, den Philippinen, Thailand, Malaysia und Indonesien im Oktober 2016 in Jakarta führte bereits zu Vereinbarungen darüber, wie unser Büro in Thailand regionale Klimainitiativen unterstützen kann. Zum Beispiel wird es die Möglichkeit juristischer Verfahren gegen Verursacher von Luftverschmutzung durch Brandrodung in Indonesien sondieren.

Folgeschäden des Braunkohlenbergbaus in Deutschland: Wer zahlt?

Langfristige Gewässernachsorge, Bergschäden, der Verlust biologischer Vielfalt und der Klimawandel sind Folgen des Braunkohlenbergbaus, für deren Kosten die Gesellschaft bereits heute zum Teil aufkommt. Zur Wiedernutzbarmachung der beanspruchten Flächen sind die Tagebaubetreiber hingegen per Gesetz ausdrücklich verpflichtet. Allerdings ist fraglich, ob die unternehmensinternen Rückstellungen sicherstellen, dass die Kosten tatsächlich von den Verursachern getragen werden. In Kooperation mit der Klima-Allianz, dem BUND und der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir die sogenannte Rückstellungsstudie beim FÖS und IASS beauftragt. Die Studie erklärt, inwiefern das Finanzierungsmodell von unternehmensinternen Rückstellungen zur Wiedernutzbarmachung von Braunkohlentagebauen risikoreich ist und Gefahr läuft, das Verursacherprinzip auszuhebeln. Bundes- und Landesregierungen könnten sofort mittel- und langfristige Maßnahmen ergreifen, damit Folge- und Langzeitschäden von den Betreibern wie Vattenfall/EPH, RWE und Mibrag nicht auf die Gemeinschaft abgewälzt werden. Eine Zusammenfassung der Studie erschien im Oktober 2016 als böll.brief in der Reihe «Grüne Ordnungspolitik».

Gestresst und gespalten: Die Lage der Atomindustrie weltweit

Der «World Nuclear Industry Status Report (WNISR)» liefert seit 2007 jährlich einen fundierten Lagebericht zur Atomkraft. Der Bericht wird von einem Autorenteam koordiniert, von dem Energie- und Atomexperten Mycle Schneider verfasst und von der Heinrich-Böll-Stiftung kofinanziert. Im November 2016 wurde er auf einer Podiumsdiskussion der Stiftung erstmalig in Deutschland vorgestellt. Mycle Schneider referierte zentrale Erkenntnisse, eine davon ist: Mit Atomkraft lässt sich kaum noch Geld verdienen. Gegenüber anderen Energiequellen wie Sonne und Wind ist Atomkraft wenig konkurrenzfähig. Die grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms, die Klima-Expertin Claudia Kemfert und Christian Meyer zu Schwabedissen, ehemals Areva, kommentierten den Bericht. Die Kontroverse reichte von der ingenieurwissenschaftlichen Begeisterung für Kernspaltung bis hin zur totalen Ablehnung, auch aufgrund des militärisch-nuklearen Komplexes.

Mehr Effizienz in Energiefragen durch grenzüberschreitende Kooperation

Bis 2030 will die EU-Kommission den Anteil an erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 27 Prozent erhöhen. Eine verbesserte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene könnte dieses Ziel erreichbar machen oder sogar noch übertreffen. Unser Brüsseler Büro will den Austausch erneuerbarer Energien zwischen Regionen in Europa und weltweit durch ein neu gegründetes Netzwerk befördern. In Brüssel fanden 2016 bereits verschiedene Veranstaltungen statt, bei denen sich Entscheider/innen über Beispiele von Zusammenarbeit in europäischen Grenzregionen informieren konnten. Das Büro in Brüssel organisierte auch eine Studienreise in die Nordseeregion: Die Teilnehmenden aus acht europäischen Ländern lernten nachhaltige Städteplanung in Dänemark kennen, informierten sich über den Austausch erneuerbarer Energien unter den Gemeinden Emmen (NL) und Haaren (D), besuchten Offshore-Windparkprojekte in der Nordsee

Bericht «Climate Justice»
www.boell.de/de/node/291493

böll.brief «Am Ende ohne Kohle?»
https://goo.gl/zw8bsH

Studie «European Power Market Integration»
https://goo.gl/IpdwWd

und Nachbarschaftsprojekte im belgischen Gent. Die Reise motivierte und inspirierte die Teilnehmenden, auch in ihren Heimatregionen europäische Projekte ins Leben zu rufen.

Ein weiteres Besucherprogramm, organisiert von unseren Büros in Brüssel und Tunis, brachte Entscheidungsträger/innen aus der Europäischen Union, führende Energiefachleute aus Nordafrika und Nahost (MENA-Region), Klimaaktivist/innen und Privatleute in Brüssel zusammen. Bei diesem Treffen ging es hauptsächlich darum, wie verbesserte regulatorische Mittel Investitionsanreize schaffen können und wie die Energiewende partizipativer werden kann, d. h. wie Regulatoren, Übertragungsnetzbetreiber, Versorger erneuerbarer Energien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger/innen miteinbezogen werden können.

Eine von unserem Warschauer Büro in Auftrag gegebene Studie stellt heraus, wie durch regionale Zusammenarbeit lokale Potenziale vervielfacht werden können. Ein deutsch-polnisches Konsortium untersuchte die Bedeutung einer stärkeren Integration der Strommärkte in der Ostseeregion für die Wettbewerbsfähigkeit des polnischen Strommarkts sowie die Konsequenzen für die europäische, deutsche und polnische Energiepolitik. Sowohl beim Ausbau der Übertragungsnetze als auch bei der Förderung erneuerbarer Energien oder der Kapazitätsmechanismen würde eine regionale Harmonisierung wesentlich zur Effizienz und stärkeren Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Märkte beitragen.

Studie zu «Energiearmut» in Griechenland

Immer mehr private Haushalte in Griechenland sind ohne Stromversorgung, weil sie ihre Rechnung nicht bezahlen können. Eine Studie unseres Büros in Griechenland zeigt auf, wie energie- und sozialpolitische Zielsetzungen besser koordiniert werden können. Energetische Sanierung und Energiewende müssen gerade den wachsenden ärmeren Teil der Menschen in Griechenland finanziell entlasten; viele Maßnahmen laufen eher auf das Gegenteil hinaus. Deshalb lohnt der Blick auf europäische Vorzeigemodelle wie Dezentralisierung und Mieterstromprojekte, die das Soziale mit dem klimapolitisch Notwendigen verbinden können. Die Studie macht Vorschläge an die Regierungsebene zur Bekämpfung der Energiearmut, sie informiert Kommunen und Energieunternehmen über mögliche Geschäftsmodelle, sie skizziert Anreize für Mieter und Vermieter zur Steigerung der Energieeffizienz in Wohnungen und Häusern und sie zeigt Wege zur kostengünstigen Nutzung kooperativ erzeugter erneuerbarer Energien auf.

«Grundkurs Energiewirtschaft für Frauen» in Berlin

In Berlin haben wir 2016 zweimal einen «Grundkurs Energiewirtschaft für Frauen» angeboten. Das zweitägige Seminar war beide Mal innerhalb von zwei Tagen restlos ausgebucht. Es richtete sich speziell an Mitarbeiterinnen von Verbänden und Nichtregierungsorganisationen – also an Frauen, die sich gut mit energiepolitischen Fragen und Strategien auskennen, aber noch Fortbildungsbedarf zu Fragen haben wie: Warum steigen die Strompreise, wenn doch mehr Strom aus erneuerbaren Energien auf den Markt kommt? Was wird wie an der Strombörse gehandelt? Wer regelt die Netze, und wie teuer ist die Infrastruktur? Welche Flexibilitätsoptionen gibt es im Stromsektor?

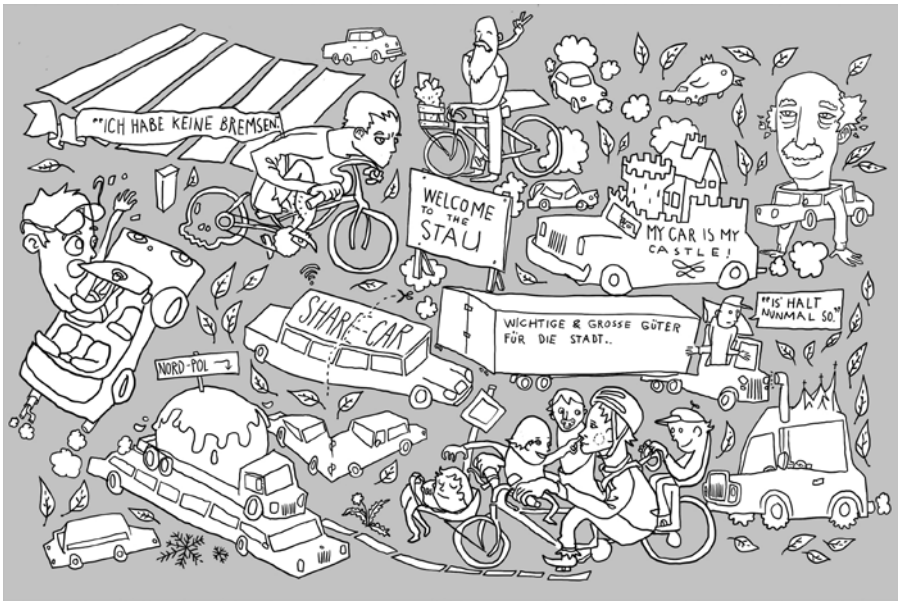
Frauen als Akteurinnen des Wandels in polnischen Bergbauregionen

Unser Büro in Warschau setzt in Kooperation mit dem Collegium Civitas auf die tragende Rolle der Frauen bei der sozialökonomischen Transformation Polens. Mit einem mehrjährig angelegten Projekt soll das Bewusstseins für nachhaltige Entwicklung vor allem bei Frauen in der Kohleregion Oberschlesien gefördert werden; die regionale Vernetzung und Strategiefähigkeit von Aktivistinnen wird weiter ausgebaut. Im Rahmen des Projekts werden auch die sozialen Hintergründe und persönlichen Beweggründe von bürgerschaftlich aktiven Frauen untersucht. Die Erkenntnisse fließen später in Bildungsmaterialien und Publikationen ein sowie in die Konzeption von Veranstaltungen, die das lokale bürgerschaftliche Potenzial von Frauen für nachhaltige Entwicklung freisetzen und in andere Regionen übertragbar machen sollen.

Die Zukunft des Fliegens

Rund 3,3 Milliarden Flugreisen werden derzeit pro Jahr unternommen. In 20 Jahren wird sich diese Zahl – ebenso wie die Anzahl der Flugzeuge – verdoppelt haben. Vor allem die gesunkenen Flugpreise und das Anwachsen der Mittelschichten weltweit tragen dazu bei. Fliegen ist ein Motor der Globalisierung und ein wichtiger Teil der Lebenswelt vieler Menschen geworden. Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen fliegen besonders viel – und das mit schlechtem Gewissen. Sie verkörpern geradezu den Konflikt um das Fliegen: Freiheit und Globalisierung gehen einher mit steigendem Ressourcenverbrauch und der vermehrten Emission von Klimagasen. Für uns ein Anlass, zusammen mit Vertreter/innen der Flugzeugindustrie, der Politik und Nichtregierungsorganisationen nach Wegen für nachhaltigeres Fliegen zu suchen. Bei zahlreichen Fachgesprächen ging es um technologische Aspekte, wie die Produktion alterna-

Publikation
«Oben – Ihr Flugbegleiter»
www.boell.de/oben



Grüne Mobilitätskonferenz in Berlin: Wie smart und grün ist die Mobilität in der Stadt?
Illustration: Roland Brückner, bitteschoen.tv

tiver Treibstoffe, die Möglichkeiten und Grenzen der Gewichtsreduktion der Flugzeuge, Chancen der Digitalisierung im Flugzeugbau, modernste Turbinentechnik, elektrisches Fliegen und anderes mehr, aber auch um wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen. Bei den Gesprächen zeigte sich die große Lücke zwischen dem selbstauferlegten Reduktionsziel der Industrie und den bisher realisierten CO_2-Einsparungen. Neben neuer Technik werden auch politische Lösungen dringend gebraucht: Zum Beispiel ein «Single European Sky», d. h. ein einheitliches europäisches Flugmanagement, weniger regionale Flughäfen in Deutschland, mehr gut ausgebaute Strecken für schnelle Zugverbindungen und ein wirksames Instrument zur CO_2-Reduktion des Flugverkehrs auf globaler Ebene. Ein Fazit der Fachgesprächsreihe, das die Uneinigkeiten der Partner und vor allem die immensen Herausforderungen gerade in diesem Feld der Mobilität deutlich werden lässt, ist in unserer Publikation «Oben» nachzulesen.

Grüne Mobilität für Berlin

Stau auf der A 100 stadteinwärts, Abgasschwaden, keine Parkplätze – Stress pur. Auf einer Konferenz im Juni haben wir am Beispiel Berlins ergründet, wie der Umbau in Richtung CO_2-freie Mobilität gelingen könnte. Verkehrs- und andere Bürgerinitiativen aus Berlin stellten ihre Ideen zu folgenden Themen vor: Neuaufteilung des Straßenraums, integrierte Mobilitätsdienste mit eFahrzeugen, Alternativen für den Wirtschaftsverkehr, Steuerung der Pendlerverkehre, zukunftsweisende Radverkehrspolitik und die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs. Mit den 150 meist jüngeren Teilnehmenden wurden die Ideen auf Praxistauglichkeit geprüft und weiterentwickelt, danach von politischen Entscheider/innen und Verbändevertreter/innen bewertet. Inzwischen hat die Regierung Berlins gewechselt, und viele Vorschläge aus der Veranstaltung werden nun umgesetzt, zum Beispiel das neue Radverkehrsgesetz und der CO_2-freie Lastenverkehr.

Böll.Talks: Immer in Bewegung?

Inspiriert von US-amerikanischen TED.Talks haben wir die Vortragsreihe «Immer in Bewegung?» mit dem neuen Format Böll.Talk in Szene gesetzt. Mobilität gilt als Inbegriff von Freiheit. Da Mobilität meist per Auto, Schiff und Flugzeug realisiert wird, entsteht durch Massenmobilität ein riesiges ökologisches Problem. Die «Talks» fragen kritisch nach und suchen nach Lösungen für dieses Dilemma: Welche Alternativen gibt es, Mobilität zu vermeiden und umweltfreundlicher zu machen? Wie gelingt Vermeidung und Verlagerung von Verkehr? Inwiefern hilft Digitalisierung? Böll.Talk heißt, dass die Vortragenden freistehend Geschichten erzählen, die persönlich und anekdotisch sein dürfen. Böll.Talks werden mit mehreren Kameras aufgezeichnet und nachträglich untertitelt. So entstehen barrierefreie Videos, die über Facebook, Soundcloud und unsere Mediathek verbreitet werden.

Webdossier «Grüne Mobilität»
https://goo.gl/EC3LeC

Ressourcenpolitik

Rohstoffreichtum führt nicht automatisch zum Abbau von Armut. Im Gegenteil: In vielen rohstoffreichen Ländern konzentriert sich die wirtschaftliche Macht in den Händen weniger. Die Umwelt wird zerstört, und die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es braucht daher Transparenz und Verantwortung im Rohstoffsektor und ein Bewusstsein in der Bevölkerung hinsichtlich der Gefahren und Folgen der Rohstoffausbeutung. Höchst problematisch ist auch die industrielle Landwirtschaft. Vor allem die Massentierhaltung hat erhebliche Auswirkungen auf Klima und Umwelt. Naturschutz wird ökonomischen Interessen untergeordnet, immer mehr Ökosysteme werden zerstört, und Arten gehen für immer verloren.

Südafrika: Masiko Somi und seine Frau Magumede verklagen die Bergbauindustrie auf Entschädigung für die Erkrankung an Silikose.
Foto: Thom Pierce

Chile: #SECOS – Kampagne zur Rückeroberung des Wassers als Gemeingut

Eine zunehmende Zahl von Gemeinden in Chile kann nur noch über Tankwagen mit Trinkwasser versorgt werden. Mit der Kampagne #SECOS will unsere Partnerorganisation Modatima die privatisierten Wasserrechte für die Allgemeinheit zurückerobern. Ein gutes Dutzend der prominentesten Film- und Fernsehschauspieler/innen Chiles unterstützt sie dabei. Für den Kurzfilm «Secos» stellte der renommierte Fotograf Tomás Munita die Nutzungsrechte für eine Serie von Fotografien chilenischer (Wüsten) Landschaften und ausgetrockneter Flussläufe zur Verfügung. Der Film zeigt in einer beklemmenden Ästhetik die Verletzungen des Grundrechts auf Wasser durch die Avocado-Exportindustrie. Die Schauspieler/innen klagen in Form eines antiken Chors die perverse Logik des privatisierten Wassermarktes und die skandalöse Tatenlosigkeit des chilenischen Staates an. Ergänzt wird der Film durch Interviews mit betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen. Der Film feierte im Dezember 2016 in Santiago de Chile seine Premiere.

Community Protocols zur Stärkung der Rechte lokaler Gemeinschaften beim Rohstoffabbau

Viele Länder in Afrika und anderen Regionen des globalen Südens sehen den Bergbau als eine der wenigen Chancen, ihre Wirtschaft anzukurbeln. Trotz der Arbeitsplätze, die Bergbauunternehmen anzubieten haben, tragen sie jedoch nur selten zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den betroffenen Gemeinschaften bei. Stattdessen sehen diese sich mit Umsiedlungen, Umweltverschmutzungen sowie der Gefährdung ihrer Lebensgrundlage konfrontiert. Am Verhandlungstisch werden sie kaum als legitime Partei wahrgenommen, meist bestimmen die Regierung und die Unternehmen den Ton. «Community Protocols» sollen dies ändern. Unser Projektpartner Natural Justice hat drei Jahre lang Gemeinschaften in Argentinien, Indien, Kenia und Simbabwe darin unterstützt, bei geplanten Bergbau- oder Infrastrukturprojekten ihre Wertvorstellungen, wünschenswerte Vorgehensweisen und Prioritäten in solchen Protokollen festzuhalten. Die Protokolle legen Rechte und Verantwortlichkeiten im Gewohnheitsrecht sowie im staatlichen und internationalen Recht als Grundlage für das Engagement externer Akteure

Community Protocol Tool Box
http://za.boell.org/2016/05/10/community-protocols-toolbox

wie Regierungen, Unternehmen oder die Zivilgesellschaft fest. Wenn auch nicht überall gleichermaßen von Erfolg gekrönt, so hat das Projekt doch gezeigt, dass, wenn Betroffene ihre Stimmen gemeinschaftlich und strukturiert zum Ausdruck bringen, es für andere schwieriger wird, diese einfach zu ignorieren. Unsere «Community Protocol Tool Box» ist ein Kompendium von Handreichungen, das es Gemeinschaften ermöglicht, ihre eigenen Community Protocols zu erstellen.

Südafrika: Der Preis des Goldes – Sammelklage gegen die Bergbauindustrie

Die südafrikanische Goldbergbauindustrie steht derzeit vor Gericht. In einer historischen Sammelklage verlangen 56 Kläger/innen – Bergleute und Witwen verstorbener Bergleute – eine angemessene Entschädigung für die Erkrankung an Silikose, auch «Staublunge» genannt. Es ist eine tödliche Krankheit, die durch das Tragen von Schutzmasken vermeidbar wäre. Die Kläger/innen repräsentieren Hunderttausende erkrankter Arbeiter in einer Industrie, die über ein Jahrhundert lang das Recht auf Gesundheit vernachlässigt und ihre Arbeiter bei Krankheit kaum entschädigt hat. Last und Kosten der medizinischen Versorgung haben die Unternehmen den ohnehin verarmten Familien und insbesondere deren Frauen aufgebürdet. Hier setzt die Arbeit unseres Projektpartners Sonke Gender Justice an. Als zugelassener «Freund des Gerichts» (Amicus Curiae) will Sonke sicherstellen, dass Entschädigungszahlungen auf Witwen und deren Familien übertragen werden. Ein Rechtsaspekt, der die Bergbauindustrie jetzt vor die oberste Rekursinstanz des Landes gebracht hat. Hierbei geht es Sonke nicht nur um individuelle Rechtshilfe für einzelne Betroffene. Sonke will die öffentliche Aufmerksamkeit auf die verborgene Seite der Silikose-Pandemie lenken und für einen gesellschaftlichen Wandel werben. Mit einer breitangelegten Medienkampagne, Fotoausstellungen und Demonstrationen macht Sonke deutlich, dass der an der Börse notierte Preis des Goldes, das bei uns für Wohlstand und Schönheit steht, von Tausenden von Frauen im südlichen Afrika mit einem Leben in Verzweiflung und Armut bezahlt wird.

Mexiko: Mehr Mitspracherecht für Frauen bei Bergbauprojekten

In Mexiko hat sich die Gemeinde Capulalpam erfolgreich gegen die Wiedereröffnung des Bergwerks vor Ort gewehrt. Eine von unserem Büro in Mexiko geförderte Studie hat die Erfahrungen dieser Gemeinde dokumentiert. Wir wollen vor allem für Frauen die Möglichkeiten verbessern, in den nach indigenem Gewohnheitsrecht organisierten Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen der Gemeinde vertreten zu sein. Mit der Studie wendeten wir uns auch an die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, die in Mexiko zum Thema Bergbau und Extraktivismus arbeiten. In Workshops haben wir Möglichkeiten und Methoden erarbeitet, wie das Genderthema auch bei ihnen auf die Agenda gesetzt werden kann. Die Initiative soll 2017 fortgesetzt werden.

Mexiko: Wir brauchen die Vielfalt – Biodiversitätskonferenz in Cancún

Die Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt (CBD) ist ein Versuch, biologische Vielfalt zu erhalten, sie nachhaltig zu nutzen und einen gerechten Vorteilsausgleich aus der Nutzung genetischer Ressourcen zu erzielen. Im Dezember 2016 fand in Cancún, Mexiko, die 13. Vertragsstaatenkonferenz der CBD statt. Einer der größten Zankäpfel der Konferenz war die Synthetische Biologie. Diese extreme Form der Gentechnik ist in ihren potenziellen Risikofolgen nicht ausreichend erforscht und könnte alle drei Ziele der Konvention untergraben. Streitpunkt war zudem das «Geoengineering», d.h. der Eingriff in geochemische oder biogeochemische Kreisläufe der Erde. Wir haben die Konferenz mit einem kleinen Team im Vorfeld und vor Ort begleitet. Zum Beispiel haben wir einen Capacity Building- und Strategieworkshop zum Thema «Synthetische Biologie» für Delegationen aus Entwicklungsländern und zivilgesellschaftliche Organisationen angeboten, um deren Verhandlungspositionen gegenüber den Industrieländern mit mächtiger Biotechnologie-Lobby zu stärken. Die Verhandlungen selbst haben wir in enger Zusammenarbeit mit der Civil Society Working Group on Synthetic Biology begleitet. Darüber hinaus haben wir diverse deutsch-, spanisch- und englischsprachige Publikationen zu den Themen Synthetische Biologie, Geoengineering und Neue Ökonomie der Natur veröffentlicht.

Südafrika: Wem gehört der Rooibusch?

Rooibusch-Tee («Roter Busch-Tee») ist auf der ganzen Welt wegen seines guten Geschmacks und seiner antioxidanten Wirkung beliebt. Kaum jemand weiß, dass die Zedernbergregion in Südafrika der einzige Landstrich ist, wo der Rooibusch wächst. Sein Anbau ist historisch eng mit den indigenen Khoi- und San-Gemeinschaften verbunden, die die Pflanze seit Jahrhunderten wegen ihrer vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten schätzen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine millionenschwere Teeindustrie entwickelt, an der kleine Produzenten (darunter viele Khoi und San) jedoch nur geringfügig Anteil haben. Mit Unterstützung unserer Partnerorganisation Natural Justice verhandelt der Nationale

Böll.Thema: «Biologische Vielfalt»
https://goo.gl/siGL9E

Webdossier «UN-Biodiversitätskonferenz»
https://goo.gl/5Cm1F2

Webdossier «Synthetische Biologie»
https://goo.gl/JfBdd9

Video
https://goo.gl/niWFVM

Khoi-San-Rat derzeit mit der Rooibuschindustrie Vertragsvereinbarungen für einen Vorteilsausgleich aus. Hierbei appelliert der Rat nicht nur an das gute Gewissen der Industrie, sondern stützt sich auch auf bestehende Gesetzgebungen, die Inhabern von traditionellem Wissen eine Kompensation für die Kommerzialisierung durch Dritte zusprechen. Die Verhandlungen verlaufen bisher recht zäh und ihr Ausgang ist noch ungewiss. Dennoch ist die Tatsache, dass alle Interessensgruppen gemeinsam an einem Tisch sitzen, ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Webdossier: Neue Ökonomie der Natur

Über die Inwertsetzung von Natur wird weltweit kontrovers diskutiert. Die Debatte erhitzt die Gemüter, weil es eben um mehr geht als nur um Umweltschutz. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir die begrenzten Ressourcen miteinander teilen und was das «gute» Leben überhaupt ist. Seit vielen Jahren arbeiten wir zu diesem Thema, veröffentlichen Beiträge und organisieren Veranstaltungen. 2016 ging ein multimediales Webdossier auf Deutsch und Englisch online, das kritische Perspektiven und Analysen bietet. Es beschreibt, was sich hinter dem Konzept der «Grünen Ökonomie» verbirgt und warum der Ansatz gerade in den letzten Jahren auf breites Interesse in Wirtschaft und Politik trifft. Das Dossier nennt zentrale Akteure und Institutionen, die den Diskurs prägen, und beleuchtet Widersprüche und fragwürdige Annahmen.

Buchvorstellung: Inside the Green Economy – Welches Wirtschaftsmodell brauchen wir?

Die «Grüne Ökonomie» will ein neues Leitbild für den Ausweg aus den ökologischen und sozialen Krisen sein. Sie verspricht die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie und sie bedient die Erwartung, unser hohes Wohlstandsniveau halten zu können. Doch die Grüne Ökonomie ist Hoffnung und Streitfall zugleich: Denn die Suche nach Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen, die einerseits die Grenzen des Planeten respektieren und andererseits Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen bedeuten, muss weit über die vorliegenden Konzepte der Grünen Ökonomie hinausgehen. Im September 2016 stellten Barbara Unmüßig, Lili Fuhr und Thomas Fatheuer ihr Buch «Inside the Green Economy – Promises and Pitfalls», eine aktualisierte Ausgabe ihres bereits 2015 erschienenen Titels «Kritik der Grünen Ökonomie» vor. Das Buch unterzieht die Grüne Ökonomie einer kritischen Prüfung, testet ihre Versprechen, erörtert ihre Möglichkeiten, beschreibt die Konsequenzen, nennt ihre blinden Flecke – und skizziert einen Weg, um globale Krisen auch unter sozialen Gesichtspunkten zu meistern. Mit Tim Jackson, Autor von «Wohlstand ohne Wachstum», und Gerhard Schick, Autor von «Machtwirtschaft – nein danke!», diskutierten die Autor/innen über Wirtschaftsmodelle, die die Grenzen des Planeten respektieren und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen bieten.

Berlin: Landwirtschaft anders – Unsere Grüne Woche

In Berlin treffen sich jedes Jahr Anfang Januar die Vertreter/innen der Agrarindustrie auf der «Internationalen Grünen Woche», der weltgrößten Agrarmesse. Für uns ein Anlass, einen kritischen Blick auf die Landwirtschaft von heute zu werfen. In unserer Veranstaltungsreihe «Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche» diskutierten wir über Alternativen in der globalen Agrarpolitik und informierten über agrarpolitische Hintergründe, zum Beispiel über die Lage der Milchbauern in Deutschland. Der aktuelle Milchpreis ist so niedrig, dass Landwirte nicht einmal mehr ihre Produktionskosten decken können und immer mehr Betriebe aufgeben.

In weiteren Diskussionsrunden ging es um nachhaltige Tierhaltung und die Zukunft der Fleischproduktion. Wie auch in den vergangenen Jahren öffneten wir am Tag der großen Demonstration «Wir haben es satt» unser Haus und luden mehrere Tausend Menschen ein, sich bei unserem Suppn' Talk aufzuwärmen und weiter zu diskutieren.

Publikation: «Iss was?! Tiere, Fleisch und ich»

Immer mehr Menschen – auch Kinder und Jugendliche – wollen wissen, wie die Tiere auf ihrem Teller gelebt haben, wie sie geschlachtet und gefüttert wurden. Auf der Verpackung im Supermarkt steht so etwas nicht. Wir haben daher im März 2016 das Jugendbuch «Iss was?! Tiere, Fleisch und ich» veröffentlicht. Es präsentiert verständlich und anschaulich die wichtigsten Informationen zum Thema Fleisch und zeigt, dass persönliche Entscheidungen oft eine große Tragweite haben. Gestaltet von der Kinderbuchillustratorin Gesine Grotrian führt das Buch entlang von einfachen Fragen sachlich und visuell reizvoll vor Augen, wie unser Konsum von Fleisch mit Umwelt, Gesundheit, Klima, den Tieren und Gerechtigkeit und Hunger zusammenhängt. Inzwischen wurde es für den Jugendliteraturpreis 2017 nominiert. Das Buch und die einzelnen Grafiken sind auch als Unterrichtsmaterial gut geeignet.

Webdossier «Neue Ökonomie der Natur»
https://goo.gl/z5UCr4

Webdossier «Kritik der Grünen Ökonomie»
https://goo.gl/QkCmGp

Dossiers und Fleischatlanten
www.boell.de/fleischatlas

Publikation
www.boell.de/isswas

Stadtplanung und nachhaltige Entwicklung

Städte sind der Ernstfall für nachhaltige Entwicklung: wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Mit ihrer räumlichen Verdichtung, ihrer kulturellen Vielfalt, ihrem innovativen Potenzial und ihrer lebendigen politischen Öffentlichkeit bergen sie alle Voraussetzungen für eine bessere Zukunft. Aber auch Krisen und Konflikte können in Großstädten kulminieren. Sie können beides sein: eine menschliche Hölle und ein Ort des sozialen Aufstiegs, der individuellen Freiheit und der politischen Partizipation.

Bau einer Schnellbustrasse für die Anbindung an den internationalen Flughafen in Rio. Foto: Tânia Rego – AgBr (CC BR BY 3.0, http://bit.ly/2pbNejx)

Konferenz: Co-producing sustainable cities? Habitat III

Bis 2050 könnten zwei Drittel der Menschen in Städten wohnen – diese globale Urbanisierung nachhaltig zu gestalten, ist eine enorme Herausforderung, bietet aber auch große Chancen für eine lebenswerte Zukunft. Im Oktober 2016 fand in Quito, Ecuador, die UN-Konferenz Habitat III («Third United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development») statt, die sich mit den Herausforderungen der Urbanisierung beschäftigte. Wir haben die Konferenz zum Anlass genommen, auf einer eigenen Konferenz «Co-producing sustainable cities?» über die Bedingungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung nachzudenken. Auf den Panels zu Wohnungspolitik, Abfallwirtschaft und Mobilität diskutierten Vertreter/innen von Lokalregierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Indien, Brasilien, Südafrika und einigen europäischen Staaten mit 150 Teilnehmenden über ihre jeweiligen Ansätze einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung.

Studienreise: Gendersensible Stadtplanung

In Kooperation mit dem Netzwerk WPS Prague (Women Public Space Prague) organisierte unser Prager Büro eine dreitägige Studienreise nach Wien zum Thema «Gendersensible Stadtplanung». Die 20 Teilnehmenden aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn und der Ukraine informierten sich über Projekte gendersensibler Stadtplanung, wie sie in der Stadt Wien seit über 20 Jahren umgesetzt werden. Inspiriert durch die Reise gab das Prager Büro im Anschluss gemeinsam mit WPS Prague den Comic «How to Design a Fair-Shared City?» heraus, der die komplexe Problematik aus Sicht unterschiedlicher Zielgruppen beleuchtet. Der Comic zeigt Alltagssituationen, in denen Menschen auf Hindernisse stoßen, die durch eine genderblinde Stadtplanung bedingt sind, und schlägt zugleich Lösungen vor, die durch einen differenzierten Blick und mit einfachen Maßnahmen die Lebensqualität in Städten und Gemeinden erhöhen können.

Olympische Spiele in Rio – Die Kehrseite der Medaille

Die Bilanz der letzten Fußball-WM in Brasilien war ernüchternd: Mindestens 8,5 Mrd. Euro hatte das Sportgroßereignis das Land gekostet, doch der positive volkswirtschaftliche Wachstumsimpuls blieb aus. Stattdessen: immense öffentliche Ausgaben für Baumaßnahmen, hohe Gewinne für die FIFA und (multi-)nationale Baukonzerne, Räumungen und Polizeigewalt. Mit den Olympischen Sommerspielen 2016 hatte Brasilien die Chance, aus den Fehlern der WM zu lernen und zu zeigen, dass ein Sportgroßereignis auch positive Impulse für die Allgemeinheit geben kann. Doch Olympia hat das fortgesetzt, was mit der WM begann. Die Stadt Rio de Janeiro wurde zum Spielfeld politischer und (privat-)wirtschaftlicher Interessen. Politik und Bagger haben erneut sozial schwache Bevölkerungsgruppen verdrängt.

Wir haben anlässlich der Olympischen Spiele ein umfangreiches Webdossier zusammengestellt. In drei Sprachen (Deutsch, Portugiesisch und Englisch)

Video
https://goo.gl/B4fl34

Podcast Böll.Fokus
https://goo.gl/svemPN

Comic «How to Design a Fair Shared City?»
https://goo.gl/Cgt6QP

Essay «Kehrseite der Medaille»
https://goo.gl/jH7cTQ

Nigeria: Chief Edwin Ogar der Ekuri-Gemeinschaft.
Bald soll der Regenwald einer Autobahn weichen.
Blog:http://supercrossriver.blogspot.com.ng/

bieten wir Artikel, Videos und Infografiken zu Themen wie Kosten, Sicherheit, Vertreibungen, Nachhaltigkeit und der Rolle von Frauen im Spitzensport. Unser Büroleiter in Rio, Dawid Bartelt, veröffentlichte den Essay «Die Kehrseite der Medaille» – eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der WM und der Olympischen Spiele. Er zeigt darin, wie sehr sich Sportgroßereignisse mittlerweile als Geschäftsmodell etabliert haben – auf Kosten der sozial Schwachen und der Menschenrechte.

Widerstand gegen eine geplante Autobahn durch den Regenwald im Osten Nigerias

Im Osten Nigerias möchte der Gouverneur eine 6-spurige Autobahn durch den Regenwald bauen. Dazu hatte er im Januar 2016 einen Landstreifen von 20 km Breite konfisziert, vom Atlantischen Ozean mehr als 250 km ins Landesinnere hinein. Viele der angrenzenden Gemeinden sahen das «Entwicklungsprojekt» anfangs positiv, weil sie Straßenbau mit wirtschaftlichem Aufschwung gleichsetzten. Nach vielen dörflichen Debatten hingegen wurde vielen klar, dass die Autobahn ihre Lebensgrundlage raubt. Mehr als 180 Gemeinden und fast 25 Prozent des Bundeslandes sollen für die Autobahn geopfert werden – ein Biodiversitäts-GAU in einem Bundesland, wo hunderte von einzigartigen Pflanzen und Tieren vorkommen. Unser Büro in Nigeria hat Umweltaktivist/innen und Medien bei ihrer Aufklärungsarbeit über die Folgen des Projekts unterstützt. Gleichzeitig hat es auch der Landesregierung seine Expertise zu dezentraler Energieversorgung mit Erneuerbaren und dem wirtschaftlichen und sozialen Nutzen von Biodiversitätsschutz angeboten. Die Infografiken, Fact Sheets, Dokumentarfilme und Landkarten des Büros wurden von internationalen Medien genauso verwendet wie von lokalen Aktivist/innen, die teilweise wegen ihres Engagements bedroht wurden. Ein Jahr später, im Januar 2017, verschmälerte die Regierung den konfiszierten Landstreifen von 20 km auf 100 Meter Breite. Dennoch warnen einige NGOs und Gemeinden weiterhin vor den verheerenden Auswirkungen des Schnittes durch den jahrhundertealten Urwald.

Gegengipfel anlässlich der Tagung des UNESCO-Weltkulturerbekomitees in Istanbul

Ob die antike syrische Stadt Palmyra oder die Buddhastatuen im afghanischen Bamiyan – immer häufiger werden Kulturdenkmäler zum Ziel in bewaffneten Konflikten. Sowohl im Irak- als auch im Syrienkrieg haben bewaffnete Gruppen Antiquitäten ins Ausland geschafft, um militärische Operationen und Anschläge zu finanzieren. Der Schutz von Kunst- und Kulturdenkmälern – schon lange Aufgabe der UNESCO – gehört seit der Verabschiedung der Sustainable Development Goals im Jahr 2015 zu den Zielen, die sich die Weltgemeinschaft für die Schaffung einer lebenswerten Zukunft gesetzt hat. Für die Türkei, ein Land, in dem sich antike Stätten römischer, byzantinischer, seldschukischer, osmanischer und Überreste einiger der frühesten Zivilisationen der Welt aneinanderreihen, stellt dieses Ziel eine besondere Herausforderung dar. Der Schutz dieses Kulturerbes kollidiert nicht nur häufig mit dem neoliberalen Wachstumskurs der türkischen Wirtschaftspolitik, in den kurdischen Gebieten geraten Weltkulturerbestätten auch in die Schusslinie von PKK und türkischen Sicherheitskräften. So wurden Teile der antiken Altstadt von Diyabakir in heftigen Kämpfen zerstört. Die Regierung planierte den Rest und plant jetzt die Errichtung einer Touristenattraktion – Anwohner/innen fürchten eine Art antikes Disneyland. Doch in den offiziellen Berichten, die die türkische Regierung bei der 40. Sitzung des UNESCO-Weltkulturerbekomitees im Juli 2016 in Istanbul präsentierte, fand sich davon fast kein Wort. Unser Büro in Istanbul organisierte mit türkischen Partnern und World Heritage Watch einen zivilgesellschaftlichen Gegengipfel und verfasste einen Schattenbericht zur Lage des Weltkulturerbes in der Türkei, der der UNESCO übergeben wurde. Die Konferenzvorträge und das Schlussdokument können in englischer Sprache bei World Heritage Watch heruntergeladen werden.

Webdossier «Olympische Spiele in Rio»
https://goo.gl/Zmt3iy

World Heritage Watch-Bericht
https://goo.gl/jcSt9D

Globale und alternative Wirtschaftsgovernance

Ökonomisch ist die Welt eng zusammen gewachsen. Doch die Erträge aus Produktion, Handel und Dienstleistungen fließen zum größten Teil in eine Richtung, weil es zu wenige international gültige und faire Abkommen gibt. Auch bei bilateralen Absprachen dominiert meist das Recht des Stärkeren. Wir brauchen also mehr internationale Kooperation, Regeln für die Finanzmärkte und eine gerechte und ökologisch verträgliche Investitions- und Handelspolitik. Die G20 und die BRICS als ein Teil von ihr sind die bestehenden Säulen globaler Governance. Das kann nicht genügen. Aktuell konzentriert sich aber unsere Arbeit auf die Analyse der Politik dieser Vereinigungen mit einem besonderen Blick auf deren Investitionspolitik in unseren Partnerländern.

G20 im Fokus: Unser Infoportal zur deutschen Gipfelpräsidentschaft in Hamburg

Im Dezember 2016 hat Deutschland die G20-Präsidentschaft von China übernommen, und im Juli 2017 wird in Hamburg das Gipfeltreffen der Staatschefs stattfinden. Darauf haben wir uns auf unterschiedliche Weise vorbereitet. Mit internationalen Partner/innen-Netzwerken formulierten wir Kritik an der Politik der G20 und erarbeiteten Forderungen, die in den Arbeitsprozess bis zum Gipfel einfließen. Weil die G20 und ihre Politik in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, haben wir ein Infoportal erstellt, das alle wichtigen Fragen beantwortet. Es bietet mit über 80 Infografiken und vergleichenden Karten, Informationsblättern zur Arbeitsweise der G20 und Themenanalysen einführende und vertiefende Informationen zur G20. Einsteiger/innen finden hier genauso wie Profis Antworten auf die Fragen, wer die G20 ist und was sie tut. Auch Lehrer/innen und Journalist/innen finden hier für ihre Arbeit einen reichen Schatz an Daten und Fakten.

Unter Beobachtung: Der BRICS-Gipfel in Indien

Im Oktober 2016 fand der alljährliche BRICS-Gipfel im indischen Goa statt. Auch wenn mehrere der fünf größten Schwellenländer der Welt, die sich unter dem Acronym BRICS zusammengefunden haben, derzeit schwere wirtschaftliche Probleme haben, so tut doch dies den Erwartungen an BRICS kaum Abbruch – gerade in Indien. BRICS hat inzwischen eine eigene Entwicklungsbank, die New Development Bank (NDB), aufgebaut. Unsere Büros in den BRICS-Staaten und ihre Partner beobachten seither den NDB-Entstehungsprozess, vor allem im Hinblick auf die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Hier sollte die NDB die besten Praktiken der Entwicklungsfinanzierung aufgreifen und möglichst ausweiten. Unser Büro in Indien unterstützte 2016 das Voluntary Action Network of India (VANI) bei der Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Umfeld des von der indischen Regierung geförderten «Civil-BRICS»-Forums, das in Delhi vor dem Treffen der Regierungschefs stattfand. Verschiedene Partner der Stiftung waren auch beim «People's BRICS»-Forum vertreten, einer Gegenveranstaltung in Goa, auf der sich vor allem Organisationen trafen, die den von den BRICS-Staaten verfolgten expansiven Wachstumsstrategien kritisch gegenüberstehen.

Infrastrukturprojekte in ASEAN – Transparenz und nachhaltige Investitionen

Unser Büro in Thailand kooperiert bereits seit mehreren Jahren mit Inclusive Development International (IDI), einer Organisation, die ökonomische Trends und Finanztransaktionen analysiert, die für Investitionen im Infrastruktursektor der ASEAN-Staaten maßgeblich sind. Im Hinblick auf die hohen Investitionen Chinas erstellten wir in Kooperation mit IDI zwei Grundlagenstudien zur Rolle Chinas als einflussreichstem Investor in der Region. Der erste Bericht informiert über die Entwicklungsbanken, Fonds und politischen Initiativen, mit deren Hilfe China seine Infrastrukturprojekte umsetzt. Die zweite Studie enthält Informationen zu den Sozial- und Umweltstandards, an die die chinesischen Investitionen gebunden sind. Wichtige Passagen aus den Berichten übersetzten wir in regionale Sprachen wie Thai, Khmer, Vietnamesisch und Burmesisch und stellten sie lokalen Aktivist/innen zur Verfügung. Nach Anfragen von Graswurzelgruppen aus der ASEAN-Region erstellten wir zudem 22 Investitionsanalysen zu ökologisch und sozial nachträglichen Projekten, auf deren Basis die betroffenen Kommunen Rechtsmittel und Kampagnen vorbereiten können. Zusätzlich unterstützt eine interaktive Website die Aktivist/innen und Anwält/innen bei der Planung von Kampagnen, Maßnahmen und Klagen.

Infoportal
www.boell.de/G20

Kunst und Kultur

Auch Kunst kann eine Form der politischen Bildung sein: Sie schärft die Wahrnehmung, trainiert die Intuition und inspiriert zu kreativer Einmischung. Der Namensgeber der Stiftung, Heinrich Böll, war ein Künstler und öffentlicher Intellektueller, dessen Werk und Wirken wir zu seinem hundertsten Geburtstag ein Jahr lang würdigen. Gültig bleibt, was er schon vor vielen Jahren schrieb: «Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.»

Berlin: Deutsch-Israelische Literaturtage
Anfang November 2016 fanden die 10. Deutsch-Israelischen Literaturtage statt, kuratiert und organisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Goethe-Institut. Unter dem Titel «Im Neuland» lasen Schriftsteller/innen aus Israel, Deutschland und Österreich Auszüge aus ihren Romanen und sprachen über Flucht und Migration, insbesondere über das Ankommen und das neue Leben in der «fremden Heimat». Bei der Eröffnung in den ausverkauften Kammerspielen des Deutschen Theaters antwortete Daniel Kehlmann auf die Frage nach der Einmischung von Schriftstellern in tagespolitische Angelegenheiten: «Es gibt keine Pflicht, sich als Schriftsteller mit irgendetwas auseinanderzusetzen. Es gibt keine Verpflichtung für Schriftsteller, nur die, so gut wie möglich zu schreiben.» Die Kraft der Kunst bestehe vielmehr darin, aus der Kunst heraus den Dialog über die Welt anzuregen. «Literatur», so der israelische Autor Etgar Keret, «stärkt den stärksten Muskel im Menschen: die Empathie.»

Berlin: [Digitale] Bühnen des Extremismus
Am 8. Mai 2016 fand unsere Konferenz «Theater und Netz» in Zusammenarbeit mit dem Kritikblog www.nachtkritik.de zum vierten Mal statt. Mit großem Zuspruch des Fachpublikums aus Theater- und Netzwelt forschte die Tagung zu Radikalisierungsphänomenen in der digitalen und analogen Welt. Zur Eröffnung lieferten sich der Regisseur Nicolas Stemann und der Grünen-Politiker Jürgen Trittin ein Streitgespräch über Methodik und Inhalt politischer Theaterarbeit heute. Ein zweiter Programmhöhepunkt waren die «#Cyberräuber». Die Teilnehmer/innen konnten sich auf eine virtuelle Reise in die Welten von Schillers Räubern begeben und dabei in die Handlung eingreifen. Das von der Stiftung geförderte Projekt ist 2017 zu den Schillertagen in Mannheim und zum Kunstfest Weimar eingeladen.

Berlin: DExZA-Musikfestival
Lyrik, performative Poesie und Hip-Hop aus Johannesburg und Berlin waren auf dem DExZA-Festival in Berlin zu hören. Die Texte und Sounds, geschrieben und komponiert im Rahmen eines literarisch-musikalischen Austauschprojekts, gaben Einblicke in die Poesie-, Spoken-Word- und Musikszenen beider Städte. Bei der Eröffnungsveranstaltung mit Lesung, Performance und Konzert auf der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung wurden südafrikanische Gedichte zu deutschen Rap-Lyrics vorgetragen, deutsche Spoken-Word-Verse flossen in südafrikanische Poesie und Hip-Hop. Aus Johannesburg waren Lwazilubanzi Mthembu (Singer-Songwriter), Afurakan (Spoken Word, Hip-Hop), Charl Pierre Naude (Autor) und Vuyelwa Maluleke (Dichterin) mit dabei, aus Berlin kamen Amewu (Hip-Hop), Mara Genschel (Autorin), Dalibor Marković (Spoken Word) und El Congo Allen (Trompete/Percussion).

Beirut: Jogging – ein Stück von Hanane Hajj Ali
«Jogging», so der Titel eines Theaterstücks der renommierten libanesischen Schauspielerin Hanane Hajj Ali, das 2016 in Beirut mit viel Erfolg aufgeführt wurde. Die Handlung: Bei ihrem täglichen Lauf durch Beirut sinniert Hanane über ihre Hassliebe zu der Stadt. Dabei kommt sie auf die antike Gestalt Medea, die das, was sie am meisten liebte (ihre Kinder), aus Hass (auf ihren Mann) getötet hat. Kann eine Mutter ihre Kinder töten?, fragt sie sich und schlüpft in drei verschiedene Rollen: sich selbst, konfrontiert mit einer Krebsdiagnose bei ihrem siebenjährigen Sohn; Yvonne – eine Christin in den Bergen, die ihre Töchter vergiftet hat, damit diese nicht das gleiche Schicksal zu durchleiden hätten wie sie. Und Zohra, deren drei Söhne als Märtyrer im Libanon und in Syrien starben. Ein unglaubliches Ein-Frau-Stück, das viele Tabus im Libanon verletzt und kontroverse, überwiegend aber sehr positive Reaktionen hervorgebracht hat. Es hat eine Debatte angestoßen über religiöse Überzeugungen und Weltanschauungen und inwieweit diese auf Leben und Tod mit persönlichen Schicksalen verknüpft sein dürfen. Unser Büro in Beirut hat die Produktion finanziell unterstützt und kofinanziert derzeit die Tour des Stückes durch den Libanon.

Berlin: Arabische Filmwoche «Yallah»
Frauen in der arabischen Welt werden in westlichen Medien häufig als schwach und unterdrückt dargestellt. In der Realität sind sie trotz schwieriger Umstände oft sehr stark: Sie managen ihre Familien und sichern nicht selten allein deren Überleben, sie engagieren sich politisch und sozial, wehren sich gegen traditionelle Rollenbilder oder kämpfen für mehr Demokratie. Junge, meist säkulare Frauen rebellie-

DExZA-Festival in Berlin mit Künstler/innen aus Südafrika und Berlin

Die Singer/Songwriterin Lwazilubanzi Mthembu

Die Poetin Vuyelwa Maluleke (Mitte) und Gäste Foto: Olad Aden CC

ren gegen gesellschaftliche Zwänge und fordern ihre Rechte und Freiheiten ein. Auch bei religiösen oder konservativen Frauen gibt es eine neue Generation, die selbstbewusst für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben eintritt. Während unserer Arabischen Filmtage im November 2016 in Berlin präsentierten wir Dokumentar-, Kurz- und Spielfilme bekannter wie junger Filmemacherinnen aus Marokko, Tunesien, Ägypten, Palästina, Jordanien, dem Libanon, dem Jemen und Saudi-Arabien. Sie zeigen auf vielfältige Weise die starken und mutigen Frauen in der arabischen Welt – in Filmen, die berühren und zum Nachdenken anregen.

Berlin: «Y'en a marre» – Jugendprotest in Senegal

Als der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade im Jahr 2011 erneut kandidieren wollte, machten ihm die Bürger/innen einen Strich durch die Rechnung. «Y'en a marre» (Wir haben es satt) entwickelte sich von einem Protest gegen Stromausfälle zur Mobilisierungsparole gegen die unrechtmäßige Amtsverlängerung. Innerhalb eines Jahres schaffte es diese Jugendbewegung, die Bevölkerung zu einer Vielzahl von Protestaktionen zu mobilisieren. Von Beginn an nutzten die vier Gründungsmitglieder von «Y'en a marre», alles Musiker, ihre Kontakte zu anderen Rappern. Diese bauten in Dakar, aber auch in vielen kleinen Städten lokale Gruppen auf. Die senegalesische Filmemacherin Rama Thiaw stieß schon früh zum Gründerzirkel und dokumentierte die Ereignisse. So entstand ein mitreißendes filmisches Porträt einer Protestbewegung. Anlässlich der Berlinale 2016 veranstalteten wir ein Mittagsgespräch und sprachen mit Rama Thiaw und einem der Mitbegründer von «Y'en a marre» über das Erfolgsrezept der Jugendbewegung und wie diese sich im Laufe der Zeit verändert hat.

Moskau: «NOW. Wie ist die Gegenwart konstruiert» – Festival

In Russland sind die Freiräume für offene Diskussionen über gesellschaftliche und politische Themen erheblich zusammengeschrumpft. Aber gerade junge Russ/innen suchen nach Antworten auf die drängenden Fragen im Lande und global – und das nicht nur im Internet. Das bewies auch das Festival «NOW» Anfang November in Moskau. Mehr als 3000 Menschen besuchten den dreitägigen Gedanken- und Diskussionsmarathon im Foyersaal des zeitgenössischen Kunstmuseums Garage im Gorki-Park. Tausende verfolgten ihn live im Internet. Mit diesem Festival versuchten unser Moskauer Büro und sein Partner colta.ru, mögliche Antworten auf Fragen zu finden wie: Warum sind nationale und religiöse Identität so wichtig geworden? Wie beeinflussen die neuen Kommunikationsmittel und Arbeitsformen unser Bewusstsein? Was erwartet uns morgen? Vorlesungen wechselten sich ab mit Filmvorführungen und Podiumsdiskussionen. Mit dabei waren auch international bekannte Intellektuelle wie Karen Armstrong, Guy Standing, Franco Berardi und Daniel Miller.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. ermöglichen wir Künstler/innen, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen. Seit 2012 sind vor allem syrische Künstler/innen mit ihren Familien im Heinrich-Böll-Haus zu Gast. Ihre Heimat wurde größtenteils zerstört, die meisten konnten nicht zurückkehren. Auch unsere Gäste aus dem Jemen, dem Irak und Bangladesch leben in Deutschland im Exil.

Stipendiaten im Heinrich-Böll-Haus (v.l.n.r.): Omar Al Jaffal, Taqi Akhlaqi, Raed Wahesh und Ahmed Katlish

Unsere Gäste 2016

Sura Alloush (Syrien), geb. 1980, arbeitet als freie Schriftstellerin, Journalistin und Literaturübersetzerin für internationale Zeitschriften und Webseiten, unter anderem auch für die in Deutschland auf Arabisch erscheinende Flüchtlingszeitschrift *Abwab*. In Syrien veröffentlichte sie zwei Poesiebände.

Colette Bahna (Syrien), geb. 1961, arbeitet als freie Schriftstellerin, Journalistin und Drehbuchautorin. In Syrien wurde sie mit bedeutenden Literaturpreisen ausgezeichnet. Ihre Sammlungen mit Kurzgeschichten sind in diverse Sprachen übersetzt worden. Bahna ist Jury-Mitglied des Nile Festivals für Dokumentarfilme und des Adoni Festivals für syrische TV-Dramen.

Galal Alahmadi (Jemen), geb. 1987 in Saudi-Arabien, arbeitet als Schriftsteller, Journalist und Redakteur bei verschiedenen arabischen Zeitschriften. Er ist einer der bekannten jungen Dichter Jemens und wurde bereits mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Yemeni president's prize for poetry 2011 und dem Abdulaziz al-Maqalih's prize for poetry 2014.

Noor Kanj (Syrien), geb. 1990, studierte Informatik und Wirtschaftswissenschaften in Syrien. Sie hat für verschiedene arabische Zeitschriften geschrieben. Ihre Lyrik wurde im arabischsprachigen Sammelband «Neue Syrische Dichtung» veröffentlicht.

Mahmudul Haque Munshi (Bangladesch), geb. 1987, arbeitet als Blogger und Online-Aktivist. Er initiierte die Bewegung «Shahbag», die für ein Verbot religiös bestimmter politischer Parteien eintritt. Er fordert die Rückkehr zu einem säkularen Bangladesch und setzt sich für die Rechte von Minderheiten und der indigenen Bevölkerung ein. Fünf seiner Mitblogger wurden von islamistischen Fanatikern auf offener Straße brutal ermordet.

Sayed Mohammad Taqi Akhlaqi (Afghanistan), geb. 1986, arbeitet als Schriftsteller und Journalist. Er schreibt für eine talibankritische Tageszeitung. Sein «Afghanisches Tagebuch» für den NDR, Interviews und Publikationen sowie die Aufführung seiner Theaterstücke machten ihn auch in Deutschland bekannt.

Hinweis

Sie können das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich durch die Übernahme einer Patenschaft unterstützen. Mit Ihrer Hilfe können wir Schriftsteller/innen und Künstler/innen zu uns einladen.

I Ulrike Cichon **E** cichon@boell.de

Lesetipp

«Weg sein – hier sein», Texte aus Deutschland, Anthologie, Secession Verlag für Literatur, Zürich, 2016. Mit Beiträgen von syrischen Gästen aus dem Heinrich-Böll-Haus.

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d. h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken, Potenziale zu fördern und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten zu begleiten. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.

Teilnehmende am Eröffnungsseminar «Ansichten einer Stiftung» im April 2016

Wer wird gefördert?

Unter 1760 Bewerber/innen wählte das Studienwerk 196 Stipendiat/innen in einem dreistufigen Verfahren neu aus. Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 1142 Personen, davon 927 Studierende und 215 Promovierende. 61 % der Geförderten sind Frauen. Insgesamt 16 % studieren an Fachhochschulen, an Kunst- oder Musikhochschulen. Wir förderten 228 Studierende in den MINT-Fächern, davon 116 Frauen und 112 Männer sowie 48 Promovierende in den MINT-Fächern, davon 26 Frauen und 22 Männer.

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1054 Stipendiat/innen unterstützt werden, davon 193 Promovierende. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 286 (27 %) eine Migrationsgeschichte, und 452 (43 %) kommen aus einem nichtakademischen Elternhaus.

Über Mittel des Auswärtigen Amtes konnten 88 internationale Stipendiat/innen gefördert werden, davon 22 Promovierende. Unsere regionalen Förderschwerpunkte sind Mittel- und Osteuropa, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und die MENA-Region (hier vor allem Ägypten, Libanon, Marokko, Tunesien und Syrien). 31 % unserer internationalen Stipendiat/innen kamen aus dem Ausland (außerhalb der EU), davon die meisten aus Russland (14), gefolgt von Syrien (9), Ukraine (6) und Ägypten (5).

Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Mit unserem Veranstaltungsprogramm regen wir zur politische Debatte an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, befähigen zum interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und befördern das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiat/innen.

Vor allem wollen wir ihre Selbstorganisation und ihr selbständiges Denken und Handeln fördern. Die Programme der stipendiatischen Arbeitsgruppen und der lokalen Initiativen, die Adhoc-Treffen u. a. zeigen, wie kreativ, vielfältig interessiert und fachlich kompetent unsere Stipendiat/innen sind.

Zu unserer ideellen Förderung gehören auch die Beratung zur Studienplanung oder Berufsorientierung sowie Angebote zur Vernetzung. Dazu trägt insbesondere unser Mentoring-Programm «Grün vernetzt» bei: Mentor/innen beraten Studierende und Promovierende in der Abschlussphase sowie Alumni darin, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln und klarer ihre Ziele anzugehen. Mentor/innen sind vor allem Alumni, aber auch Mitarbeiter/innen der Heinrich-Böll-Stiftung und andere Personen aus dem Umfeld der Stiftung.

Eigenverantwortlich organisierte Arbeitsgruppen von Stipendiat/innen 2016:

- AG Digitaler Wandel (neu)
- AG Energie (neu)
- AG Flucht und Asyl (neu)
- AG Forschen Verantworten
- AG Gender und Feminismus
- AG Theorie – Gesellschaft – Politik
- AG Wilder Osten
- AG Wirtschaftspolitik

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2016

Das Veranstaltungsprogramm wird für und mit unseren Stipendiat/innen entwickelt und umgesetzt. Besonders nachgefragt waren das Seminar «Überwachung in der digitalen Gesellschaft», ein Empowerment-Workshop «Finding your voice» und ein Debatten-Coaching in englischer Sprache. Derzeit beschäftigt viele Stipendiat/innen die Flüchtlingspolitik. Sie war auch Thema des «Alumni-Salons», dem jährlichen Zusammentreffen der Ehemaligen mit über 150 Teilnehmenden. Der inhaltliche Bogen reichte von Fluchtursachen und der Lebenssituation von Geflüchteten über Engagement, Integration und Teilhabe bis hin zu Zukunftsszenarien für eine europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Die meisten Veranstaltungen stehen allen Stipendiat/innen offen, da wir die Begegnung und das gemeinsame Lernen in heterogen besetzten Lerngruppen ermöglichen wollen. Wir haben aber auch zielgruppenspezifische Veranstaltungen: Im Rahmen einer Studienreise nach Weimar setzten sich internationale Stipendiat/innen mit unterschiedlichen Facetten der deutschen Geschichte auseinander. Studienanfänger/innen konnten das Seminar «Wie starte ich erfolgreich ins Studium?» besuchen. Auch für Nachwuchsjournalist/innen im Stipendienprogramm «Medienvielfalt, anders» gab es eigene Veranstaltungen, z. B. zum Erwerb von journalistischem Handwerkszeug oder zur «Journalistischen Ethik». Hier ging es u. a. um Undercover-Journalismus und um die Vereinbarkeit von ethisch begründetem Journalismus mit wirtschaftlichem Druck.

Zu den Veranstaltungen, die Themen und Fragestellungen aus den Nachhaltigkeitswissenschaften und Methoden aus dem Ansatz von «Bildung für nachhaltige Entwicklung» aufnehmen, gehörten z. B. Planspiele zu »Kampf gegen Rechtspopulismus in Europa», ein Seminar über «Menschenrechte lokal und global. Das Recht auf Wasser im Kontext von Armut und Ungleichheit» oder ein Seminar zum Aufbau von Green Offices an Hochschulen. Eine neu konzipierte Veranstaltung beschäftigte sich mit «Jägern, Wölfen und der Politik». Hier ging es um die Auswirkungen von Artenschutz auf die Landes- und Kommunalpolitik. Ein Höhepunkt des Seminars war die von Theo Grüntjens geführte Exkursion ins «Wolfsgebiet» und das Aufspüren von Wolfsspuren.

Auch bewährte, jährlich wiederkehrende Veranstaltungen fanden statt – darunter die Einführungsseminare für neu in die Förderung aufgenommene Stipendiat/innen, das Promovierendenforum sowie die einwöchige Sommerakademie «Campus» in Bad Bevensen, diesmal zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa mit Terroranschlägen, «Flüchtlingskrise», Brexit u. a. Der Campus bietet Stipendiat/innen die Möglichkeit, eine Woche lang selbstorganisiert oder mit externen Referent/innen an verschiedenen Themen zu arbeiten. Zum Auftakt sprach Klaus Linsenmeier, Leiter unseres Büros in Brüssel, mit den Stipendiat/innen über die Bedeutung und Zukunft Europas. Literarischer Höhepunkt war die Lesung der Schriftstellerin und ehemaligen Stipendiatin Shida Bazyar, die aus ihrem 2016 erschienenen Roman «Nachts ist es leise in Teheran» las.

Das Netzwerk der Stipendiat/innen wird durch den Aus- bzw. Aufbau von Hochschulgruppen, den Lokalen Initiativen, an den Hochschulstandorten sukzessive weiter gestärkt. Unsere Stipendiat/innen sind dort wichtige Botschafter/innen unserer Förderphilosophie und Multiplikator/innen für die Werte und Ziele der Stiftung. Zu den vielfältigen Aktivitäten der Lokalen Initiativen zählen beispielsweise eine Podiumsdiskussion zum Thema «Angst vor dem Nachbarn – Was hat sich seit der Kölner Silvesternacht verändert? Eine Kontroverse um Medien und Gesellschaft», organisiert von der Lokalen Initiative Köln und mit mehr als 180 Teilnehmenden, der Besuch des Deutschen Freimaurermuseums oder ein gemeinsamer Moscheebesuch. Auch im europäischen Ausland gründen sich Lokale Initiativen: Am Schumacher College in Dartington, South Devon, trafen sich Stipendiat/innen aus verschiedenen britischen Hochschulen, um die Transition Town-Bewegung und ihre Projekte, Erfolge und Grenzen am Beispiel der Stadt Totnes kennenzulernen.

Foto: privat

Çiğdem İpek wurde von 2004 bis 2006 als Studentin der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert. Sie ist Referentin im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Bundeskanzleramt. Zuvor hat sie u. a. beim Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration gearbeitet. Ihre Schwerpunkte sind Vielfalt und Partizipation in der Schule und Ausbildung, Migration, Zugehörigkeit und Identität in der Einwanderungsgesellschaft. Freiberuflich ist sie als Autorin, Referentin und Moderatorin zu diesen Themen tätig.

Foto: Fraunhofer ISE

Anna Heimsath war sowohl Studien- als auch Promotionsstipendiatin. Sie studierte Produktionstechnik in Bremen, wo sie in Physik zum Thema «Verlustmechanismen von Spiegeln für solarthermische Kollektoren» promovierte. Seit 2006 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fraunhofer ISE, wo sie zu solarthermischen Kraftwerken forscht. Seit 2016 leitet sie die Gruppe Konzentrierende Kollektoren und Optiken am Fraunhofer ISE. Außerdem engagiert sie sich für interkulturelle Bildung als Vorstand im Verein VorOrt e.V. und für demokratische Schulen in der European Democratic Education Community.

Foto: Fritz Schumann

Jan Philipp Albrecht war von 2005 bis 2008 Studienstipendiat und ist seit 2009 Mitglied der grünen Europafraktion im Europäischen Parlament. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses, innen- und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion und Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments zum Staat Israel. Seine Schwerpunkte sind Datenschutz, Digitalisierung, Strafrecht und Rechtsextremismus. Seit 2010 lehrt er Europäisches IT-Recht an der Universität Wien. Jan Philipp Albrecht ist Mitglied in der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Thematische Schwerpunkte in der Promotionsförderung

Forschungscluster zur Transformationsforschung:

- Schwerpunkt Nachhaltigkeitsforschung, alle Fächer
- Mehrere Partner: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie; Mercator Research Institute on Global Commons und Climate Change; das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik; das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung
- Ziel: Umsetzung eigener Veranstaltungsideen, interdisziplinärer Dialog; Transfer Wissenschaft - Öffentlichkeit; Forschen in gesellschaftlicher Verantwortung; wissenschaftliche Politikberatung

Schwerpunkt Grüne Geschichte:

- Promotionsstipendien zur Geschichte, politischen Konstitution und Orientierung der Grünen
- alle Fächer (Schwerpunkt Zeitgeschichte und Politik- und Sozialwissenschaften)

Aktuelle Ausschreibungen
www.boell.de

Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt als feministischer Leuchtturm: Feminismen sind Teil der grünen Bewegung und haben hier einen festen Platz. Es bietet Diskussionsraum für unterschiedliche Orientierungen und Ansätze – von den Theorien und Praxen weltweiter feministischer Frauenbewegungen über geschlechterdemokratische und genderpolitische Konzepte, die eher auf Veränderung in gesellschaftlichen Organisationen zielen und männerpolitische Ansätze mit einbeziehen. Das GWI sucht nach Antworten auf die nach wie vor ungelösten Fragen der Geschlechtergerechtigkeit.

Sebastian Scheele auf der Tagung «Gegner*innenaufklärung»

Informationen und Analysen zu Antifeminismus
Islamfeindlichkeit, Homophobie und die Ablehnung von vermeintlicher «Gender-Ideologie» verbinden rechtspopulistische Parteien sowie nationalkonservative und fundamentalistische Gruppierungen. Antifeministische, geschlechtskonservative und rassistische Kreise mobilisieren zum Teil seit Jahren gegen Gleichstellungspolitik und emanzipative Geschlechterbewegungen. Die Tagung «Gegner*innenaufklärung» im Mai 2016 warf einen Blick auf diese Akteur/innen, ihre Netzwerke und ihren gesellschaftlichen Einfluss. Sie bot rund 230 Teilnehmenden Gelegenheit, sich über Strategien im Umgang mit Antifeminismen auszutauschen. Der Hass der «Gegner*innen» entlädt sich auch im Internet. Im Schwerpunkt «Feministische Netzpolitik» legt das GWI einen Fokus auf Hate Speech (siehe Seite 19).

Reproduktive Rechte stärken
Nach der Bundestagswahl 2017 wird es voraussichtlich ein neues Fortpflanzungsmedizingesetz geben. Marktliberale Gesetzesentwürfe liegen schon fertig in den Schubladen. Im Mai lud das GWI zum Fachgespräch mit der Frage: Was sind queer-feministische Forderungen an ein Reproduktionsmedizingesetz? Reproduktive Rechte werden oft nach Ressorts getrennt diskutiert. Wie können Bündnisse zwischen frauen-, behinderten- und queer-politischen Positionen aussehen? Das Fachgespräch bildete den Auftakt für weitere Beratungen ab 2017, für die bereits Expertisen in Auftrag gegeben wurden.

Männlich, fremd – gefährlich?
Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht waren ein Thema, das das GWI bis zum Ende des Jahres beschäftigte. Zweimal lud es zu «StreitWert – Politik im Dialog». Im März hieß es: «Männlich, fremd – gefährlich? Die Legende vom schwarzhaarigen Mann als Täter»; im November bildete eine GWI-Studie zu den TV-Nachrichten in ARD und ZDF in der Silvesternacht die Grundlage für die Feststellung: «Lessons (Un)learned». Köln machte deutlich: Rassistische Strukturen wirken auch in der Mitte der Gesellschaft. Das vom GWI bearbeitete Thema «Rassismus und Männlichkeiten» wurde im September mit einer Tagung vertieft, die von einem großen Veranstaltungsbündnis getragen wurde.

Online-Dokumentation
https://goo.gl/Bjwjkh

Webdossier
www.gwi-boell.de/de/babys-machen

GreenCampus

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen wir seit zehn Jahren die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung und Organisationsberatung für politische Organisationen und für Gestalter/innen – von ehrenamtlich Aktiven bis hin zu Profis. Dazu gehört auch die Verantwortung des internen Weiterbildungsprogramms der Stiftung. So leisten wir einen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für die erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.

Tupoka Ogette, Empowerment-Expertin und Trainerin bei GreenCampus

Ein besonderer Schwerpunkt unseres Programms 2017 war das Thema «Vorurteile und Rassismus-Sensibilisierung in der Flüchtlingsarbeit». Was es damit auf sich hat, beantwortet GreenCampus-Trainerin Tupoka Ogette:

Woher kommen überhaupt Vorurteile und Stereotypen, und welche Bedeutung haben sie?
Vorurteile haben wir alle ständig. Sie «helfen» unserem Gehirn, Zeit zu sparen und mehr Platz und Raum für andere Vorgänge zu schaffen. Das Problem bei Vorurteilen ist: Wir schließen von einer oder mehreren Personen einer bestimmten Gruppe auf alle Personen dieser Gruppe und von der ganzen Gruppe dann wieder auf die eine Person. Das ist immer falsch. Dessen sollten wir uns bewusst sein.

Wie kann man erkennen, inwiefern man selbst Vorurteile hat?
Ich glaube, dass wir eigentlich ziemlich genau wissen, wann wir Vorurteile haben und dass wir welche haben. Wir haben aber gelernt, dass Vorurteile etwas Schlechtes sind. Dementsprechend tun wir oft so, als hätten wir keine, bzw. haben Angst, uns unseren eigenen Vorurteilen zu stellen. Und dies wiederum verhindert den so wichtigen Dialog darüber, wo sie herkommen, wie sie Menschen schaden und wie wir sie abbauen können. Der erste Schritt wäre also für mich, tief Luft zu holen und einmal mutig in mich hineinzuhören. Was rassistische Sprache und Handlungen betrifft, ist Wissen Macht: Je mehr ich um rassistische Strukturen weiß und je mehr Perspektiven ich mir dazu anhöre oder anlese, desto informierter werde ich.

Wie geht man mit Unsicherheiten am besten um?
Unsicherheiten sind Teil von Veränderungen. Ich persönlich freue mich immer, wenn Menschen in diesem Kontext unsicher sind, und ermutige Teilnehmende in den Workshops auch, sich dieses Gefühl anzueignen bzw. sich nicht so sehr erschrecken zu lassen von dem Gefühl der Unsicherheit. Gesellschaftliche Zustände und Konstrukte, die seit vielen Jahrhunderten existieren und in denen ich mein Leben lang sozialisiert wurde, lassen sich nicht über Nacht demontieren. Das braucht Zeit – und Aushandlungsprozesse, die wiederum mit Gefühlen wie Angst, Sorge, Wut oder Unsicherheit einhergehen. Daher mein Appell: Mut zur Unsicherheit!

«Eine sehr interessante, bewegende, lehrreiche, persönliche, kreative, alltagstaugliche, praktische und unterhaltsame Fortbildung, die mir noch lange im Gedächtnis bleiben wird und aus der ich sehr viel mitnehmen kann.»

Rückmeldung einer Teilnehmerin

Programm

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter: www.greencampus.de
T 030 / 285 34-144

Lesetipp

«exit RACISM. Rassismuskritisch denken lernen» von Tupoka Ogette, erschienen 2017 im Unrast Verlag

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Beiträge zur Umweltgeschichte

Das Archiv war im Jahr 2016 an diversen Veranstaltungen zur Zeitgeschichte beteiligt, hauptsächlich im Bereich Umweltgeschichte. Es lieferte eigene Beiträge über die Geschichte der Grünen im Rahmen des Berlin-Brandenburgischen Colloquiums für Umweltgeschichte und kooperierte mit Berliner Hochschulen. Dadurch konnte zum Beispiel der US-amerikanische Umwelthistoriker John R. McNeill in die Stiftung eingeladen werden, wo er über die globale Umweltgeschichte referierte. Höhepunkte aber waren die Jürgen-Fuchs-Konferenz Anfang November in Breslau und im Dezember die internationale Konferenz über die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für die praktische Umweltpolitik.

Erwerbungen, Erschließung und Nutzung

Basis für jegliche Nutzung des Archivs sind der Erwerb, die Bewertung und Erschließung der Archivalien. Diese Kernaufgaben des Archivs bleiben für Außenstehende eher unsichtbar. Die umfangreichste Erwerbung des Jahres 2016 war eine Nachlieferung der grünen Fraktion im Europäischen Parlament. Weitere Archivalien hat das Archiv von der Bundespartei, der Bundestagsfraktion, den Landesverbänden und Landtagsfraktionen der Bündnisgrünen erhalten. In diesem Zusammenhang, und das unterscheidet 2016 von früheren Jahren, wurden erstmals digitale Archive in größerem Umfang systematisch an das Archiv übergeben. Bei der Erschließung der Archivalien haben, wie in früheren Jahren, Studierende der Fachhochschule Potsdam die Mitarbeiter/innen des Archivs sehr unterstützt, sei es in Form von Praktika oder durch Erschließungsübungen der Fachhochschule. Davon haben so unterschiedliche Archivalien wie die Presseerklärungen des Bundesvorstands, Sachakten der Grünen zur Friedensbewegung, Akten von Landesgeschäftsstellen sowie nicht zuletzt die der Dokumentationsstelle Guatemala aus den 1980er und 1990er Jahren profitiert.

Beständeübersicht

Die Übersicht über die Archivbestände im Archivportal Europa wächst kontinuierlich. Dafür werden regelmäßig neue Beschreibungen zu den Personen und Institutionen sowie zu den Archivunterlagen ins Netz gestellt. Einige Archivbestände bestehen ausschließlich aus archivierten Internetseiten, beanspruchen im Magazin deshalb keinen Raum. Solche Bestände werden durch das neue Archivportal erst sichtbar.

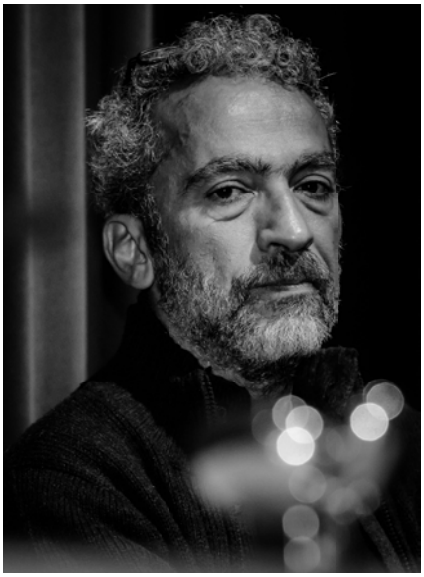
Archivportal
www.archivesportal-europe.net/de/

Archivjahrbuch 2016
https://goo.gl/lZNsCw

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Friedensfilmpreis, der Anne-Klein-Frauenpreis, der Hannah-Arendt-Preis sowie alle zwei Jahre der Petra-Kelly-Preis. Die beiden letztgenannten Preise wurden 2016 nicht vergeben.

Dr. Gisela Burckhardt, Kämpferin für Frauenrechte in der globalen Textilindustrie



Maher Abi Samra, Filmemacher aus dem Libanon

Anne-Klein-Frauenpreis: Dr. Gisela Burckhardt
Der Anne-Klein-Frauenpreis 2016 ging an Dr. Gisela Burckhardt für ihr langjähriges Engagement für die sozialen und politischen Rechte von Frauen. Mit ihrer Organisation FEMNET unterstützt sie besonders Frauen in Südasien bei ihrem Kampf um gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Dabei hat Dr. Gisela Burckhardt die Konzerne und die politisch Verantwortlichen ebenso im Blick wie die Verbraucher/innen. Denn die billigen Blusen, Hosen und Shirts haben ihren Preis. Hinter dem schönen Style verbirgt sich das hässliche Gewand der Ausbeutung: Millionen Textilarbeiterinnen müssen unter menschenunwürdigen Bedingungen schuften. Tausende haben ihr Leben dabei verloren – etwa bei dem Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch im April 2013 oder dem Brand der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises 2012. So beschämend die Zustände in den Textilfabriken sind, so herausragend ist Gisela Burckhardts Engagement für die Änderung der Verhältnisse. Der Anne-Klein-Frauenpreis wurde zum 5. Mal vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert.

Friedensfilmpreis: Maher Abi Samra
Der 31. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele in Berlin ging an den Dokumentarfilm «Makhdoumin» von Maher Abi Samra. Im Libanon kommen auf vier Millionen Einwohner/innen rund 200000 ausländische Hausangestellte. Der Film öffnet die Türen zu einer Agentur, die im Libanon Dienstmädchen aus dem Ausland an Privathaushalte vermittelt, und zeigt, wie Menschen als Ware gehandelt werden. «Gute» Hausangestellte, das macht der Film gleich am Anfang klar, sollen ihre Arbeit still und gehorsam verrichten. Nicht nur der Pass und die persönliche Freiheit werden den Frauen aus Asien und Afrika genommen, ihnen wird im wahrsten Sinne des Wortes das Recht auf ein Dasein, auf eine eigene Existenz abgesprochen. Maher Abi Samra schärft auf subtile Weise den Blick für ein System der Entrechtung, in dem Frauen rund um die Uhr folgsam und unsichtbar ihren Dienst verrichten müssen. Der Friedensfilmpreis ist mit 5.000 Euro und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert.

Prominente Gäste aus aller Welt

Foto: dpa

Sadiq Al-Azm – der vielfach ausgezeichnete Philosoph lehrte in Damaskus und Beirut, in Princeton und in Berlin. Seine Bücher, die er auf Arabisch und Englisch veröffentlichte, sind in den meisten arabischen Ländern verboten. Bei einer Diskussion im April tauschte er sich mit dem deutsch-iranischen Schriftsteller, Essayisten und Orientalisten Navid Kermani und der Politikwissenschaftlerin Basma Kodmani, Mitglied der Verhandlungsdelegation der syrischen Opposition in Genf, über den Konflikt in Syrien, seine Folgen und die internationalen Dynamiken aus. Al-Azm, der vier Jahre im deutschen Exil verbrachte, ist im Dezember 2016 in Berlin verstorben.

Foto: Stephan Röhl

Henri Tiphagne – der Anwalt und Gründer der indischen Nichtregierungsorganisation People's Watch verteidigt seit fast vier Jahrzehnten Aktivist/innen vor Gericht. Für seinen Kampf für ein gerechteres Indien hat er 2016 den Menschenrechtspreis von Amnesty International bekommen. Bei uns berichtete er im April auf der Veranstaltung «Zivilgesellschaft in Gefahr» über Handlungsräume für Engagement am Beispiel Indiens.

Foto: Stephan Röhl

Foto: Adriana Vichi / Assoziation A

Luiz Ruffato – er ist nicht nur einer der interessantesten zeitgenössischen Schriftsteller Brasiliens, sondern auch ein guter Beobachter mit einem Blick für soziale Verwerfungen. In seinem Buch «Ich war in Lissabon und dachte an dich» beschreibt er zum Beispiel den täglichen Überlebenskampf eines mittellosen Migranten in Lissabon. Im Gespräch «Brasilianische Einsichten» mit dem Literaturkritiker und Herausgeber Michael Kegler im Februar nahm er eine kritische Bestandsaufnahme zur Lage seines Landes vor, das eine der schwersten Krisen der Nachdiktaturzeit durchlebt.

Foto: Stephan Röhl

Gado – ist der berühmteste Cartoonist Afrikas. Er veröffentlicht in verschiedenen Zeitungen weltweit, unter anderem in der *Washington Times*, dem *Standard* und der *Japan Times*. Mit richtigem Namen heißt er Godfrey Mwampembwa und ist auf die Auswirkungen sozialer, politischer und kultureller Konflikte auf das Individuum spezialisiert. Politisch vereinnahmen lässt er sich allerdings nie. Bei uns war er im Mai zu Gast bei der Diskussion «LOL – Laugh Out Loud!» über die Macht und Ohnmacht politischer Satire in Afrika.

Siyanda Mohutsiwa – ist Autorin und Bloggerin aus Botswana, bekannt unter dem Namen Siyanda-Panda. Mit ihrem Hashtag #IfAfricaWasABar hat die 23-Jährige gezeigt, wie man in nur 140 Zeichen durch Satire begeistern und schlagartig internationale Aufmerksamkeit erlangen kann. Mit ihren Tweets regt sie einen interafrikanischen Diskurs an und bringt verschiedenste Menschen miteinander in Dialog. Auch sie war zu Gast bei der Diskussion «LOL – Laugh Out Loud!».

Foto: Stephan Röhl

Marta Sánchez – ist die Organisatorin der Karawane der mittelamerikanischen Mütter. Bereits seit 17 Jahren überqueren Mütter aus Nicaragua, Guatemala, Honduras und El Salvador von Guatemala aus die Grenze nach Mexiko. Sie wollen auf ihre verschwundenen Söhne und Töchter aufmerksam machen und ziehen einen Teil der Route von Migrant/innen entlang – in der Hoffnung, vielleicht eine Spur von ihnen zu finden. Marta Sánchez war im Oktober zu Gast auf der Tagung «Das Recht auf legale Wege».

Foto: Stephan Röhl

Dorit Rabinyan – ist eine israelische Schriftstellerin. Ihr Roman «Wir sehen uns am Meer» über eine unerfüllte Liebe zwischen einer Jüdin und einem Palästinenser gehört zu den meistgelesenen Büchern Israels, als Schullektüre ist er dort allerdings verboten. Rabinyan war bei uns zu Gast bei den 10. Deutsch-israelischen Literaturtagen, wo es vor allem um israelische und deutsche Erfahrungen im Umgang mit Einwanderung ging.

Foto: Stephan Röhl

Svetlana Gannushkina – ist Trägerin des Alternativen Nobelpreises. Als Vorsitzende der Flüchtlingshilfsorganisation Bürgerunterstützung und des Netzwerks Migration und Recht engagiert sich Gannushkina für Menschenrechte in Russland. Unter anderem ist sie auch bei Memorial und in der Tschetschenienhilfe tätig. Die Petition «Putin muss gehen» unterschrieb sie 2010 und wurde mehrfach für den Friedensnobelpreis nominiert. 2016 stand sie für die regierungskritische Partei Jabloko auf der Regionalliste Tschetschenien für die Duma. Ebenfalls 2016 erhielt sie den alternativen Nobelpreis und war zu Gast bei der Sommerschule der Heinrich-Böll-Stiftung Russland.

Foto: Stephan Röhl

David Usupaschwili – ist Präsident des georgischen Parlaments. Bereits 1994 engagierte er sich zivilgesellschaftlich, indem er die Vereinigung junger Rechtsanwälte Georgiens mitbegründete. Auch an der Rosenrevolution 2003 wirkte er mit. Nachdem er sich 2011 der Partei Georgischer Traum angeschlossen hatte, wurde er 2012 zum georgischen Parlamentspräsidenten gewählt. Angesichts der Parlamentswahlen in Georgien im Herbst 2016 hielt er im Juni bei uns einen Vortrag über die aktuelle innen- und außenpolitische Situation in Georgien.

Foto: Stephan Röhl

Christina Thürmer-Rohr – im November 2016 ist die Feministin, Publizistin und Musikerin 80 Jahre alt geworden. Sie gehört zu den Pionierinnen für Frauen- und Geschlechterforschung an deutschsprachigen Hochschulen. Wie kaum jemand sonst trieb sie die feministischen Debatten voran. Wir feierten mit der einflussreichsten Feministin im deutschsprachigen Raum Geburtstag und haben Weggefährt/innen und andere Feminist/innen eingeladen, ihre Lieblingspassagen aus dem Werk von Thürmer-Rohr vorzulesen.

Stiftungsmanagement

Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: hbs

Organisationsstruktur
Die Mitgliederversammlung hat im November 2016 ein neues Vorstandsteam der Heinrich-Böll-Stiftung gewählt. Barbara Unmüßig wurde für eine weitere Amtszeit bestätigt und Dr. Ellen Ueberschär neu in den Vorstand gewählt. Ralf Fücks trat nach über 20 Jahren Tätigkeit für die Stiftung nicht mehr zur Wahl an. Er wird gemeinsam mit Barbara Unmüßig und Dr. Livia Cotta die Geschicke der Stiftung noch bis 30. Juni 2017 leiten. Danach übernimmt Dr. Ellen Ueberschär sein Vorstandsamt.

In der Tarifpolitik gab es 2016 erfreuliche Nachrichten für unsere Auslandsmitarbeiter/innen: Die Stiftung ist dem Manteltarifvertrag der politischen Stiftungen für Auslandsmitarbeiter/innen beigetreten und wird künftig bei den Verhandlungen der Tarifparteien mit am Tisch sitzen.

Zusammenarbeit im Stiftungsverbund
Für die Arbeit der 16 Landesstiftungen setzten wir wie in den Vorjahren 20 Prozent der zur Verfügung stehenden Globalmittel ein. Ein in der Landesstiftung Sachsen 2016 eingerichtetes Kompetenzzentrum für Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit wird mit finanziellen Beiträgen des Stiftungsverbunds unterstützt. Die Kolleginnen und Kollegen in Dresden werden in den kommenden Jahren für den gesamten Verbund zu diesem Thema beratend zur Verfügung stehen.

Zudem haben wir 2016 das Heinrich-Böll-Jahr 2017 vorbereitet. Anlässlich des 100. Geburtstages unseres Namensgebers wird es zahlreiche Veranstaltungen, Projekte und eine Wanderausstellung geben.

Familienfreundliche Stiftung
2016 haben wir das Zertifikat «berufundfamilie» erhalten. Dieses Zertifikat wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und von zahlreichen Behörden bzw. Ministerien angestrebt und geführt. Die Auditierungsstelle zeichnet damit familienbewusst orientierte Arbeitgeber/innen aus. Ein Prädikat, das nun auch die Heinrich-Böll-Stiftung offiziell schmückt. Nach unserer Definition ist «Familie überall dort gegeben, wo insbesondere für Partnerinnen und Partner, für Kinder oder Verwandte Verantwortung (Erziehung, Beziehung und Pflege) getragen wird». In einem partizipativen Prozess mit Stiftungsleitung, Interessenvertretungen und Mitarbeiter/innen haben wir uns für die nächsten drei Jahre erste Ziele gesetzt: So sollen u. a. die Führungskompetenzen hinsichtlich Vereinbarkeitsfragen gestärkt werden, bei Beschäftigten mit häufigen Dienstreisen wollen wir die Notwendigkeit der Aktivitäten fortlaufend reflektieren, und Mitarbeiter/innen mit pflegebedürftigen Angehörigen erhalten Informationen über zuständige externe Stellen zur Beratung bzw. Leistung.

Die Auditorin stellte uns ein sehr gutes Zeugnis aus: Vereinbarkeitsthemen waren bei uns schon vor der Auditierung so weit, als hätten wir bereits ein oder zwei Auditierungszyklen hinter uns. Wir sind stolz auf den guten Verlauf und das positive Ergebnis dieses partizipativen Prozesses, der unser familienbewusstes Engagement nun noch besser sichtbar werden lässt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in der Schumannstraße 8 in Berlin. Foto: Jan Bitter

Die Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** hat die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes inne. Er besteht aus neun Personen (die Mitgliederversammlung wählt aus ihren Reihen sieben, die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zwei Personen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde gegründet. In den letzten beiden Jahren förderte sie die mexikanische Frauenorganisation Mesa de Mujeres und finanzierte Zelte für jesidische Geflüchtete in der Türkei. Im Jahr 2016 förderte TuWas die Organisation Women Now For Development mit rund 25.000 €, um syrische Sozialarbeiterinnen zu qualifizieren für die Traumatherapie mit vertriebenen Frauen und Kindern. Gemeinsam können wir noch mehr bewirken, dafür benötigt TuWas weitere Zustiftungen und Spenden!

TuWas
Stiftung für Gemeinsinn

→ Mehr unter *www.tuwasstiftung.de* und im beiliegenden Infoflyer.

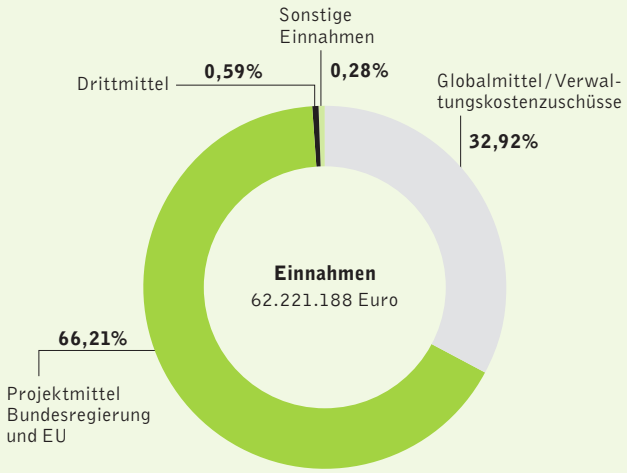
Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit
Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert etc. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten oder der Betrieb unserer Gebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z. B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

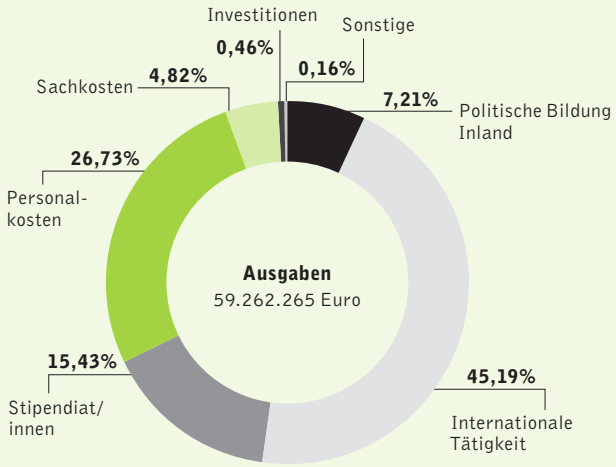
Neben den öffentlichen Mitteln hat die Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie Green Campus.

Transparenz
Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfgesellschaft bestätigen lassen.

Finanzieller Jahresbericht
Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt und von lokalen Wirtschaftsprüfgesellschaften geprüft worden sind. Er wird voraussichtlich im September 2017 auf unserer Webseite veröffentlicht werden.

→ www.boell.de/de/stiftung-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft





Einnahmen 2016
Die Einnahmen der Stiftung aus öffentlichen Fördermitteln betrugen 2016 insgesamt 62,2 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von ca. 8,4 Prozent, der insbesondere auf zusätzliche Mittel für die internationale Arbeit zurückzuführen ist. Erfreulich ist insbesondere die Entwicklung der Drittmittel – hier konnten die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht werden. Hintergrund ist die gezielte Unterstützung unserer Arbeit in den Bereichen Geschlechterdemokratie und Klimawandel.

Ausgaben 2016
Mehr als zwei Drittel der Ausgaben der Stiftung (ca. 40,20 Millionen Euro) flossen 2016 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf über 80 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter/innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben wuchsen im Jahr 2016 zwar moderat um 3,4 Prozent, blieben aber im Verhältnis zu den Gesamtausgaben auf gleichem Niveau. Die Ausgaben für Investitionen gingen erwartungsgemäß deutlich zurück, nachdem im Vorjahr die Kosten durch mehrere größere IT-Projekte deutlich über dem Durchschnitt lagen.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2016 *

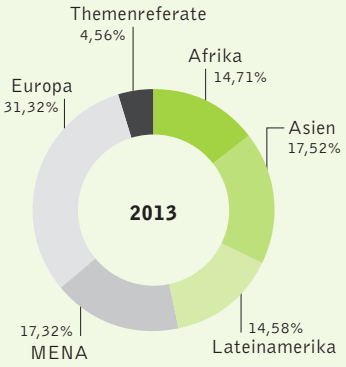
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 (Stand: 14.03.2017)

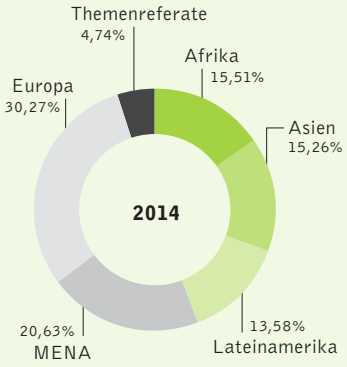
	2016	2015
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	**20.483.833**	**19.580.877**
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	**32.029.262**	**27.988.656**
BMZ	24.988.546	21.945.151
AA	5.061.614	4.880.151
EU	1.979.102	1.163.353
Studienwerk	**9.166.004**	**9.319.828**
BMBF	8.482.433	8.954.136
AA	683.571	738.377
Drittmittel	**367.113**	**111.788**
Sonstiges	**174.976**	**3.005**
Summe der Einnahmen	**62.221.188**	**57.376.839**
Fachausgaben aus Globalmitteln	**1.787.831**	**1.652.627**
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	**2.482.664**	**2.460.813**
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	25.039.003	22.785.678
Studienwerk	9.141.658	9.643.535
EU	1.588.698	913.021
Drittmittel	**160.808**	**22.980**
Personalausgaben	**15.839.600**	**14.022.341**
Sachausgaben	**2.857.916**	**2.762.857**
Investitionen	**271.018**	**645.739**
Sonstiges	**93.066**	**16.725**
Summe der Ausgaben	**59.262.265**	**54.926.316**
Jahresergebnis	**2.958.923**	**2.450.523**
Vereinseinnahmen	96.760	100.640
Vereinsausgaben	54.246	75.704
Vereinsergebnis	**42.514**	**24.935**

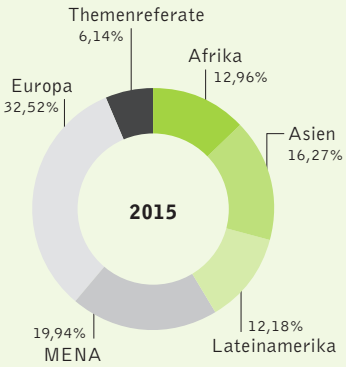
* alle Angaben in Euro

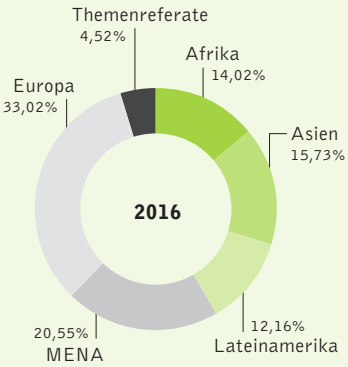
** einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AA: Auswärtiges Amt BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung









Internationale Zusammenarbeit 2016

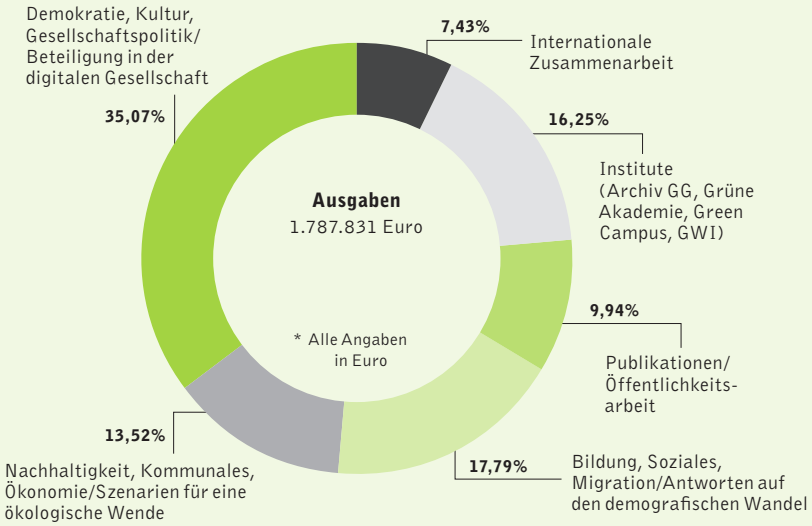
Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betrugen im Berichtsjahr etwas mehr als 31 Millionen Euro. Grafisch dargestellt werden hier die durch die Abteilung Internationale Zusammenarbeit (IZ) bewirtschafteten Mittel.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt ca. 23,4 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für entwicklungswichtige Vorhaben weltweit eingesetzt, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern ca. 945.000 Euro.

Weitere Mittel der Sonderinitiative «Transformationspartnerschaften» in Höhe von ca. 340.000 Euro gingen nach Marokko und Tunesien sowie ca. 190.000 Euro im Rahmen der Sonderinitiative «Eine Welt ohne Hunger» nach Kenia.

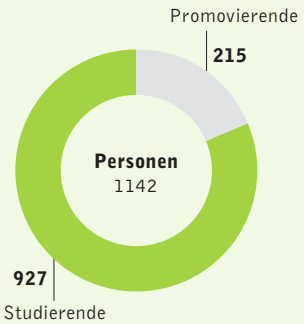
Die Stiftung erhielt wie bereits ein Jahr zuvor vom Auswärtigen Amt (AA) ca. 4,5 Millionen Euro. Zusätzlich wurden der Stiftung AA-Sondermittel für Tunesien und Marokko von insgesamt ca. 540.000 Euro gewährt.

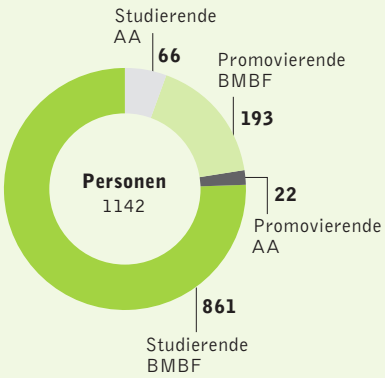
Darüber hinaus wurden EU-Mittel in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro für Projekte in Nahost und Nordafrika (MENA-Region), für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und in Südafrika sowie im Kaukasus eingesetzt.



Politische Bildung Inland 2016

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2016 insgesamt 1.787.831,38 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2016 rund 2,477 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.



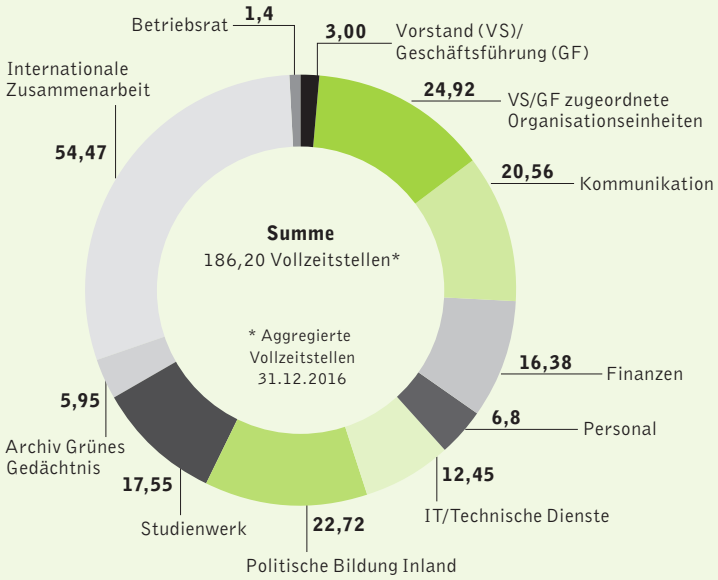


Stipendien und Projektmittel des Studienwerks nach Mittelgebern 2016

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2016 konnten insgesamt 1142 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 927 Studierende und 215 Promovierende. 196 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2016 neu in die Förderung aufgenommen werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2016 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung 256 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren 71 Prozent Frauen. In unseren internationalen Büros werden die 35 entsendeten Mitarbeiter/innen von ca. 245 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden vielgestaltige, zeitgemäße und spannende Arbeitsfelder: in der politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland, in der Studienförderung und in den Unternehmensdiensten. Die Vielfalt unserer Mitarbeitenden, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehört zu den Stärken unserer Stiftung. So haben beispielsweise 12 Prozent unserer Mitarbeitenden im Inland einen Migrationshintergrund.



Beruf und Familie

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik, sei es zur Wahrnehmung von Pflegezeiten oder für die Aufgaben als Eltern – seit 2016 bescheinigt durch das Zertifikat «berufundfamilie». Über oft flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitszeit werden individuelle Lösungen möglich. Teilzeitbeschäftigung und/oder Freistellung (beispielsweise Elternzeit) bieten für einen Großteil der Belegschaft einen Weg, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Auf ca. 60 Telearbeitsplätzen kann einmal wöchentlich auch von zu Hause aus gearbeitet werden. Und es gibt die Möglichkeit von Beurlaubungen. Wir bieten Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Prävention sowie sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze. Soweit dies mit den betrieblichen Belangen vereinbar ist, berücksichtigt die Stiftung bezüglich der Vereinbarkeit die individuellen Interessen von Mitarbeiter/innen.

Personal Teilzeit / Vollzeit 2016 (in absoluten Zahlen)
Beschäftigte am 31.12.2016

	Absolut	in Prozent
VZ- und TZ-Beschäftigte	219	100%
Vollzeitbeschäftigte (VZ)	126	58%
Teilzeitbeschäftigte (TZ) gesamt	93	42%
davon studentische TZ-Beschäftigte	18	19%
davon TZ mit mehr als 50% der vollen Arbeitszeit	65	70%
davon TZ bis 50 % der vollen Arbeitszeit	10	11%

Lebensphasenorientierte Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich am strategischen Bedarf der Stiftung; die Fähigkeiten und Bedürfnissen der Mitarbeiter/innen werden – wo immer möglich – bei der Planung berücksichtigt. Maßnahmen und Instrumente der Personalentwicklung dienen der Auswahl, der Qualifizierung und der Weiterentwicklung von Mitarbeiter/innen und Führungskräften, ihrer Förderung und dem Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Mithilfe einer lebensphasenorientierten Personalentwicklung werden Arbeitsumstände, beispielsweise Arbeitszeitumfänge, möglichst so gestaltet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Potenziale in jeder Lebensphase angemessen abrufen und Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.

	Teilnehmende gesamt 2016*	Teilnehmendentage 2016**
Rechtliches und Verwaltung	95	130
Organisation	141	81
IT-Kenntnisse	187	280
Gender & Diversity	130	87
Kommunikation	32	32
Individuelle Weiterbildungen	153	72
Weiterbildungen gesamt	**738**	**682**

* Anzahl der Teilnehmenden an allen Weiterbildungen
** Anzahl der Teilnehmenden x Weiterbildungstage
(Mehrtägige Seminare werden mit eintägigen und kürzeren verrechnet.)

Gremien (Stand 31. Dezember 2016)

Mitgliederversammlung

Jan Phillip Albrecht - MdEP
Carlos Becker
Martin Berger
Marianne Birthler
Anne Bonfert
Reinhard Bütikofer - MdEP
Dr. Gülay Caglar
Prof. Dr. Claudia Dalbert - MdL
Katja Dörner - MdB
Stefan Gelbhaar - MdL
Leonore Gewessler
Christa Goetsch
Kübra Gümüşay
Dr. Robert Habeck - MdL
Britta Haßelmann - MdB
Joachim Heinlein
Dr. Dietrich Herrmann
Anna Heyer-Stuffer
Michaele Hustedt
Lamya Kaddor
Anetta Kahane
Michael Kellner – Polit. Bundesgeschäftsführer B'90/Grüne
Ulrich Khuon
Leo Klotz
Elisabeth Krausbeck
Lotte Leicht
Chris Ludwig
Christoph Meertens
Uta Meier-Gräwe
Daniel Mittler
Alexander Müller
Mona Neubaur
Katrin Rönicke
Krista Sager
Dirk Scheelje
Norbert Schellberg
Heike Schiller
Gertrud Schmidt
Ute Schmidt
Dr. Frithjof Schmidt - MdB
Dr. Imme Scholz
Ulrich Schreiber
Prof. Dr. Tine Stein
Malti Taneja
Stefan Tidow - Staatssekretär
Prof. Dr. Sabine Toppe
Dr. Konstantin von Notz - MdB
Michael Wedell
Prof. Dr. Michael Zürn

Stipendiatische Vertreter/innen und Stellvertreter/innen

Solveig Selzer
Alaa Alhamwi
Till Gierlich (Stellv.)
Bilal Rana (Stellv.)

Aufsichtsrat

Ute Brümmer
Christa Goetsch
Britta Haßelmann – MdB
Michael Kellner
Christoph Meertens
Alexander Müller
Ingrid Spiller
Prof. Dr. Tine Stein
Malti Taneja

Frauenrat

Dr. Sigrid Arnade
Kattrin Bauer
Birgit Dederichs-Bain
Mechtild M. Jansen
Nina Katzemich
Stefanie Lohaus
Prof. Dr. Cäcilia Rentmeister
Cornelia Sperling
Judith Strohm

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Elisabeth Kiderlen
Dr. Julius Heinicke

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
Tarek Al-Wazir - MdL
Birgitt Bender
Prof. Dr. Mechthild Bereswill
Dr. Thomas Biebricher
Marianne Birthler
Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn
Prof. Dr. Angelo Bolaffi
Prof. Dr. Christina von Braun
Prof. Dr. Claudia von Braunmühl
Prof. Dr. Hubertus Buchstein
Prof. Dr. Heinz Bude
Reinhard Bütikofer - MdEP
Prof. Dr. Thomas Christaller
Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Daxner
Prof. Dr. Simone Dietz
Dr. Thea Dückert
Dr. Petra Eggers
Christoph Dr. Egle
Rainer Emschermann
Jan Engelmann
Anke Erdmann - MdL
Stephan Ertner
Prof. Dr. Adalbert Evers
PD Dr. Rainer Forst
Georgia Franzius
Ralf Fücks
Anna Katharina Gebbers
Kai Gehring - MdB
Prof. Dr. Brigitte Geißel
Karsten Gerlof
Prof. Dr. Arnim von Gleich
Adrienne Goehler
Cristina Gómez Barrio
Prof. Dr. Stefan Gosepath
Prof. Dr. Sigrid Graumann
Prof. Dr. L. Horst Grimme
Melanie Haas
Robert Habeck - Minister
Rebecca Harms - MdEP
Dr. Dietrich Herrmann
Dr. Paula Marie Hildebrandt
Imma Hillerich
Dr. Jeanette Hofmann
Prof. Dr. Rahel Jaeggi
Pico Jordan
Dr. Arne Jungjohann
PD Dr. Otto Kallscheuer
Petra Kirberger
Dipl. -iur, Prof. Dr. Bertram Lomfeld
Sibylle Knapp
Michael Knoll
Dr. Regina Kreide
Prof. Dr. Georg Krücken
Prof. Dr. Rainer Kuhlen
Prof. Dr. Bernd Ladwig
Dr. Birgit Laubach
PD Dr. Susanne Lanwerd
Adriana Lettrari
PD Dr. Reinhard Loske
Dr. Linda-Marie Ludwig
Dr. Willfried Maier
Nicole Maisch - MdB
Christoph Meertens
Dr. Ole Meinefeld
Prof. Dr. Christoph Menke
Dr. Jan C. Minx
Prof. Dr. Christoph Möllers
Dr. des. Melanie Müller
Dr. Michael Münter
Dr. Carsten Neßhöver
Dr. Gero Neugebauer
Juniorprof. Dr. Christian Neuhäuser
Dr. Ralph Obermauer
Prof. Dr. Claus Offe
Dr. Arnd Pollmann
Dr. Andreas Poltermann
Prof. Dr. Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Lothar Probst
Prof. Dr. Dr. Franz J. Radermacher
Prof.Dr. Juliane Rebentisch
Dieter Rulff
Dr. Thomas Rixen
Krista Sager - MdB
Prof. Dr. Thomas Saretzki
Manuel Sarrazin - MdB
Prof. Dr. Birgit Sauer
Joscha Schmierer
PD. Dr. Thomas Schramme
Dr. Christine Schwarz
Stephan Schilling
Dr. Simone Schwanitz
Dr. Kirsten Selbmann-Lobbedy
Prof. Dr. Sandra Seubert
Peter Siller
PD Dr. Rudolf Speth
Prof. Dr. Tine Stein
Prof. Dr. Richard Stöss
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Rena Tangens
Dr. Thorsten Thiel
Stefan Tidow
Dr. Ellen Ueberschär
Prof. Dr. Berthold Vogel
Sybille Volkholz
Prof. Dr. Christiane Voss
Mathias Wagner - MdL
Prof. Dr. Gabriele Wilde
Prof. em. Helmut Wiesenthal

Fachbeirat Europa/Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
Annalena Baerbock
Dr. Annegret Bendiek
Olaf Böhnke
Agnieszka Brugger
Reinhard Bütikofer – MdEP
Rainer Emschermann
Kai-Olaf Lang
Tobias Münchmeyer
Winfried Nachtwei
Dr. Martin Rocholl
Rüdiger Rossig
Dr. Michaele Schreyer
Dr. Daniela Schwarzer
Jan Seifert
Rainder Steenblock
Dr. Sylke Tempel
Viola von Cramon
Elisabeth Weber
Dr. Anna Veronika Wendland

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel Asseburg
Dr. Achim Brunnengräber
Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt
Pegah Edalatian
Prof. Dr. Ulf Engel
Thilo Hoppe
Sebastian Kasack
Uwe Kekeritz
Ska Keller
Dr. Michael Krempin
Lotte Leicht
Melanie Müller
Dr. Roger Peltzer
Dirk Scheelje
Dr. Imme Scholz
Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
PD Dr. Stefan Böschen
Stephan Ertner
Kai Gehring, MdB
Prof. Dr. Kristina Giesel
Andrea Hoops
Prof. Dr. Peer Pasternack
Prof. Dr. Manuel Pietzonka
Eva Plonske
Simone Probst
Prof. Dr. Marco Rieckmann
Krista Sager
Dr. Ruth Seidl, MdL
Dr. Anja Thiem

Auswahlkommission Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
Prof. Dr. Viola Balz
Hartmut Bäumer
Prof. Dr. Hans Peter Benedikt
Dr. Florian Bernstorff
Prof. Dr. Andrea Blunck
Dr. Manuela Böhm
Paula Bradish
Prof. Dr. André Brodocz
Prof. Dr. Holger Buck
Prof. Dr. Stephan Bundschuh
Dr. Sebastian Büttner
Dr. Frieder Dittmar
Anne Dudeck
Sandra Dümer
Prof. Dr. phil. Christine Eifler
Dr. Ellen Euler
Maria Exner
Prof. Dr. Anke Fesenfeld
Prof. Dr. Juliane Filser
Dr. Michaela Geiger
Prof. Dr. Joachim Gessinger
Prof. Dr. Gerd Grözinger
Dr. Katrin Grüber
Fabian Hamák
Prof. Dr. Julia Hauser
Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
Prof. Dr. Julius Heinicke
Dr. Manja Hußner
Prof. Dr. Omar Kamil
Dr. Nele Nicole Kampa
Trudel Karcher
Prof. Dr. Claudia Kraft
Tim Krause
Prof. Dr. Regina Kreide
Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier
Dr. Ilka Lennertz
Dr. Britta Leusing
Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl
Helmuth Lohan
Dr. Alexandra Lübcke
PD Dr. Sandra Maß
Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel
Prof. Dr. Birgit Meyer
Dr. Benno Nietzel
Prof. Dr. Gertrud Oelerich
Dr. Ipek Ölcüm
Dr. Aranka Podhora
Vera Rabelt
PD Dr. Isabel Richter
Prof. Dr. Wolfgang Riedel
Prof. Dr. Thomas Rixen
Prof. Dr. Mieke Roscher
Dr. Renate Ruhne
Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
Dr. Bianca Schemel
Dr. Jens Schneider
Jörg Schreiber
Prof. Dr. Joachim Schulze
Dr. Christine Schwarz
Dr. Rajinder Singh
Steffen Stadler
Prof. Dr. Grit Straßenberger
Judith Strohm
Achim Toennes
Prof. Dr. Sabine Toppe
Nina Turani
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
Andreas Wagner
Prof. Dr. Gerald Warnecke
Dr. René Wildangel

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Aachen Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Martina **Roß-Nickoll**
Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Astrid **Schütz**
Bayreuth Universität Bayreuth, Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan **Peiffer**
Berlin Akademie der Künste, Dr. Angela **Lammert**; Alice Salomon Hochschule, Prof. Dr. Sabine **Toppe**;
Beuth Hochschule für Technik, Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin, Dr. Achim **Brunnengräber**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cilja **Harders**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Freie Universität Berlin, Dr. Eva **Sternfeld**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr Britta **Tietjen**; Hertie School of Governance, Prof. Dr. Jan Christoph **Heemann-Minx**; Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Prof. Dr. Markus **Ziener**; Hochschule für Technik und Wirtschaft, Prof. Dr. Rosemarie **Morana**; Hochschule für Wirtschaft und Recht, Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Binder**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marc **Buggeln**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marianne **Kriszio**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Meffert**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Christoph **Schneider**; Institut für Zeitgeschichte, Dr. Susanne **Heim**; k.A., Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; Siegmund-Freud-Institut, Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**; Technische Universität Berlin, Dr. Nina **Langen**; Technische Universität Berlin Dr. Aranka **Podhora**; Universität der Künste Berlin, Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität der Künste, Mg. Elzbieta **Sternlicht**
Bielefeld Fachhochschule Bielefeld, Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**; Universität Bielefeld, Dr. Benno **Nietzel**; Universität Bielefeld, Dr. Heinz-Peter **Preußer**
Birkenfeld Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Peter **Heck**; Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Stefan **Naumann**
Bochum Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Prof. Dr. Sigrid **Graumann**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Heike **Kahlert**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**
Bonn Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Dr. Isabel **Schäfer**; Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Prof. Dr. Andreas **Pangritz**
Brandenburg Fachhochschule Brandenburg, Prof. Dr. Uwe **Höft**
Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Bettina **Wahrig**
Bremen Universität Bremen, Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Universität Bremen, Dr. Sabine **Horn**; Universität Bremen, Prof. Dr. Michi **Knecht**; Universität Bremen, Prof. Dr. Frank **Nullmeier**; Universität Bremen, Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M.; Universität Bremen, Prof. Dr. Maike **Vollstedt**
Chemnitz Technische Universität Chemnitz, Prof. Dr. Cecile **Sandten**
Cottbus HAW Fachhochschule Coburg, Prof. Dr. Julius **Heinicke**
Dortmund Technische Universität Dortmund, Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
Dresden Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden, Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Uta **Berger**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Anja **Besand**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**
Düsseldorf Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf, Prof. Dr. Ludger **Schwarte**
Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**; Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Prof. Dr. Pierre **Ibisch**
Erfurt Universität Erfurt, Prof. Dr. André **Brodocz**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Jamal **Malik**
Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Kristina **Giesel**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Andrea **Pagni**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Gerd **Sebald**
Essen Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Anne **Schlüter**
Esslingen Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Birgit **Meyer**
Flensburg Universität Flensburg, Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Universität Flensburg, Dr. Christine **Thon**
Frankfurt/M. Fachhochschule Frankfurt am Main, Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Fritz Bauer Institut, Apl. Prof. Dr. Werner **Konitzer**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Helma **Lutz**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Julio **Mendívil**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Christoph **Menke**; Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Prof. Dr. Susanne **Schröter**
Frankfurt/O. Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Timm **Beichelt**
Freiburg im Breisgau Albert-Ludwigs-Universität Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**; Albert-Ludwigs-Universität Dr. Sylvia **Kruse**; Albert-Ludwigs-Universität PD. Dr. Lena **Partzsch**; Albert-Ludwigs-Universität Prof. Dr. Britta **Schinzel**; Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**; Hochschule für Kunst, Design und Populäre Musik Prof. Karin **Jobst**; k.A. Prof. Dr. Michael Kochen; k.A. Prof. Dr. Carla **Rosendahl**
Friedrichshafen Zeppelin University, Dr. Nadine **Meidert**
Fulda Hochschule Fulda, Prof. Dr. Susanne **Dern**
Gelsenkirchen Westfälische Hochschule, Prof. Dr. Friedrich **Kerka**
Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez **Rodriguez**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Regina **Kreide**
Göttingen Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. med. Nicolai **Miosge**
Greifswald Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**
Halle (Saale) Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Isabell **Hensen**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dr. Christiane **Lähnemann**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Werner **Nell**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Pia **Schmid**
Hamburg HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Ingrid **Breckner**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Gesa **Ziemer**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Prof. Dr. Friedrich von **Borries**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Sina **Farzin**; Universität Hamburg, Dr. Nina **Feltz**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Anke **Strüver**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Wolfram **Weiße**
Hannover Büro für kulturelle Unvernunft, Susanne **Eser**; Fachhochschule Hannover, Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**
Heidelberg Pädagogische Hochschule Heidelberg, Prof. Dr. Havva **Engin**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Hüseyin **Aguicenoglu**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Christiane **Schwieren**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Steffen **Sigmund**
Hildesheim Universität Hildesheim, Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Michael **Corsten**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**
Höxter Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Maas**
Ilmenau Technische Universität Ilmenau, Prof. Dr. Johann **Reger**
Iserlohn Business and Information Technology School gGmbH, Prof. Dr. Thomas **Meuser**
Jena Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**; Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, PD Dr. Stephan **Lorenz**
Kaiserslautern Technische Universität Kaiserslautern, Prof. Dr. Michael **Hassemer**
Karlsruhe Karlsruher Institut für Technologie, Dr. Stefan **Böschen**; Karlsruher Institut für Technologie, Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**
Kassel Universität Kassel, Dr. Manuela **Böhm**; Universität Kassel, Dr. Franziska **Müller**; Universität Kassel, Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Menusch **Khadjavi**; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Uta **Klein**
Kleve Hochschule Rhein-Waal, Prof. Dr. Helmut **Prior**
Köln Universität zu Köln, Prof. Dr. Boris **Braun**
Konstanz Universität Konstanz, Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Universität Konstanz, Dr. Oliver **Trevisiol**
Landau Universität Koblenz-Landau, Dr. Florian **Bernstorff**; Universität Koblenz-Landau, Heide **Gieseke**
Leipzig Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Prof. Dr. Gabriele **Hooffacker**; Umweltforschungszentrum, Dr. Florian **Koch**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Felix **Ekardt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Omar **Kamil**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**
Ludwigsburg Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Prof. Bettina **Heinrich**
Lüneburg Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Dawid Govinda **Friedrich**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Peter **Pez**
Magdeburg Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Mainz Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Peter **Kiefer**; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
Mannheim Universität Mannheim, Prof. Dr. Angela **Keppler**
Marburg Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Susanne **Maurer**
Markt Indersdorf Ludwig-Maximilians-Universität, Prof. Dr. Helga **Bilden**
München Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungsfachhochschule München, Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**; Ludwig-Maximilians-Universität, Prof. Dr. Kerstin **Pinther**; Ludwig-Maximilians-Universität, Dr. Dr. Momme **von Sydow**; Ludwig-Maximilians-Universität, Dr. Verina **Wild**; Technische Universität München, Prof. Dr. Mariacarla **Gadebusch Bondio**
Münster Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Doris **Fuchs**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Dr. Harry **Mönig**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
Neubiberg Universität der Bundeswehr München, Prof. Dr. Franz **Kohout**
Neubrandenburg Hochschule Neubrandenburg, Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**
Offenburg Hochschule für Technik, Wirtschaft und Medien Offenburg, Prof. Dr. Anke **Weidlich**
Oldenburg Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Silke **Wenk**
Osnabrück Hochschule Osnabrück, Prof. Dr. Ursula Eva **Wiese**; Universität Osnabrück, Dr. Jens **Schneider**; Universität Osnabrück, Prof. Dr. Helen **Schwenken**
Passau Universität Passau, Prof. Dr. Christian **Thies**
Potsdam Universität Potsdam, Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Universität Potsdam, Dr. Ines **Sonder**; Universität Potsdam, PD Dr. Gert **Zöller**
Regensburg Hochschule für angewandte Wissenschaften Regensburg, Maike **Berndt-Zürner**
Reutlingen Hochschule Reutlingen, Anna **Goeddeke**; Hochschule Reutlingen, Dr. Karin **Widmayer**
Rostock Universität Rostock, Dr. Gudrun **Heinrich**; Universität Rostock, Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Saarbrücken Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Holger **Buck**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Klaus **Kraimer**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Ulrike **Zöller**
Stendal Hochschule Magdeburg-Stendal, Prof. Dr. Maureen Maisha **Auma**
Stuttgart Universität Stuttgart, PD Dr. Ralph O. **Schill**
Trier Universität Trier, Prof. Dr. Antje **Bruns**; Universität Trier, Prof. Dr. Michael **Schönhuth**; Universität Trier, Dr. Rita **Voltmer**
Tübingen Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Vechta Universität Vechta, Dr. Lucia **Licher**; Universität Vechta, Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
Wiesbaden Hochschule RheinMain, Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**
Witten Universität Witten/Herdecke, Prof. Dr. Martin **Schnell**
Wolfenbüttel Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**
Wuppertal Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Rita **Casale**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Hans. J. **Lietzmann**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Kirchliche Hochschule Wuppertal, Dr. Michaela **Geiger**
Würzburg Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Thomas **Kestler**
Zweibrücken Fachhochschule Kaiserslautern, Prof. Hendrik **Speck**

Ausland

Bern Universität Bern, Dr. Renate **Ruhne**
Linz Johannes Kepler Universität Linz, Dr. Waltraud **Ernst**; Kunstuniversität Linz, Prof. Dr. Angela **Koch**
Luzern Universität Luzern, Prof. Dr. Martin **Hartmann**
Oxford University of Oxford, Dr. Wolfgang **Zumdick**
Utrecht Universiteit Utrecht, Dr. Christoph **Baumgartner**
Wien FHWien der WKW, Prof. Dr. Markus **Scholz**; Universität für Bodenkultur, Prof. Dr. Karsten Schulz

Adressen

Stand: April 2017

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-28 53 40 **F** 030-28 53 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60
E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg
Kernerstr. 43. 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern
Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
Sebastianstr. 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480 **F** 030-308 779 487
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen
Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89
E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de
W www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 06 74
E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt
Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 0825
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Kraftwerk Mitte 32/ Trafohalle, 01067 Dresden
T 0351-85 075 100 **F** 0351-85 075 109
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Leipzig
Hedwigstraße 20, 04315 Leipzig
T 0341-223 717 86
E sejdi@weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt
Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung
Europa und Nordamerika

Frankreich
Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-667-65-76 76
E jens.althoff@fr.boell.org

Bosnien und Herzegowina
Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union
Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)
Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)
Heinrich-Böll-Stiftung
ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika
Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Russland
Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus
Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-238 04 67 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa
Heinrich-Böll-Stiftung
Kralja Milana 6/1, 11000 Belgrad, Serbien
T +381-11/3067 646 **F** +381-11/6303 282
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Türkei
Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
Gümüšsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung, Wolodymyrska Str. 18/2,
Office 3, 01034 Kiev, Ukraine
T +38 044 279 98 58 **F** +38 044 270 52 78
E ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Griechenland
Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Str. 3, 54624 Thessaloniki
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Asien

Afghanistan
Heinrich-Böll-Stiftung
T +93-700-295972
E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

China
Heinrich-Böll-Stiftung
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No.309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Indien
Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha
Heinrich-Böll-Stiftung, #8, Street 476
Sangkat Toul Tompoung I, Khan Chamkar Mon
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Myanmar
Heinrich-Böll-Stiftung
No. 45/A, Kan Lane 3
Kan Road, Kamayut Township
Yangon, Myanmar
T +95-9-3168 5846 **E** info@mm.boell.org
W www.mm.boell.org

Region Pakistan
Heinrich-Böll-Stiftung, House# 5, Street# 90,
G-6/3, Embassy Road, Islamabad
T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548
E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien
Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960-2 **F** +66-2-6627576
E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Afrika

Nigeria
Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayyat Plaza
93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja
T +234-809-99 051 76
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika
Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Region Südliches Afrika
Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika

Afghanistan
Heinrich-Böll-Stiftung
T +93-700-295972
E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

Israel
Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai St. 2nd floor, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten
Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten
Heinrich-Böll-Stiftung
Achrafieh, St. Nicolas' Garden, Selim Boustros Street
Jbeili Building, 4th Floor
P. O. Box 175 510, Mar Mikhael, Beirut, Libanon
T +961-1216073 **F** +961-1216037
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien
Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Marokko
Heinrich-Böll-Stiftung
17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 93 **F** +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika

Brasilien
Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória 190, ap. 701
20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Region Cono Sur
Heinrich-Böll-Stiftung
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72 **F** +56-2-2584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Region Zentralamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Zentralamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)
Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzibar
Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org **W** www.mx.boell.org

Kolumbien
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle 37 No 15-40
Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org

Fördern und spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis
Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstler/innen eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 42). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird. Hier stehen im Herbst 2017 Neuwahlen an.

Und was haben Sie davon?
Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Und Sie haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise teilzunehmen. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit. Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter aktiver Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber/in, als Moderator/in oder Gesprächsteilnehmer/in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

○ dienstlich ○ privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

○ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45 c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin

Elisabeth Kiderlen und Julius Heinicke, Koordinationsgremium des Freundeskreises

Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!
Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2016 führte die Reise von Prag über Brünn und Bratislava bis nach Budapest. Informieren Sie sich über unser Programm:

W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-28534-112 **F** 030-28534-5112
E cichon@boell.de
W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft
BIC BFSWDE33BER
IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ○ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ○ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von _____ €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ○ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ○ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von _____ €

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Zahlungsweise

○ **SEPA*-Lastschriftmandat**
Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend): _____
Kreditinstitut: _____
BIC: ○○○○ ○○ ○○ ○○○○
IBAN: ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift: _____

○ **Ich überweise meinen Beitrag selbst** auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Organisationsplan der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Stand: 30. April 2017
Schumannstraße 8, 10117 Berlin T 030-28534-0 F 030-28534-109
W www.boell.de E info@boell.de, presse@boell.de, besuchergruppen@boell.de Kontakt: *Nachname*@boell.de

Mitgliederversammlung 49 Mitglieder

Aufsichtsrat 9 Mitglieder

Vorstand

Ellen Ueberschär (ab 1. 7. 2017)
Ralf Fücks (bis 30. 6. 2017)
Carmen Herzog
Sekretariat: Tanja Gunkel

Barbara Unmüßig
Lara Wodtke
Sekretariat: Kathrin Klaua

Gemeinschaftsaufgaben

Geschlechterdemokratie
Henning von Bargen

Interkulturelles Management/ Diversity
Mekonnen Mesghena

Geschäftsführung

Dr. Livia Cotta
Eva-Maria Betz
Sekretariat: Martin Berteit/ Christine Zimmermann
Verena Duentsch

Freundinnen und Freunde
Ulrike Cichon

Interne Revision
Rebecca Wagner

Organisationsentwicklung und Wissensmanagement
Dr. Kristina Heße

Gremien und Fachbeiräte

Freundinnen und Freunde
Frauenrat
Fachbeirat Studienwerk
Fachbeirat Nord-Süd
Fachbeirat Europa/Transatlantik

Internationale Zusammenarbeit

Leitung: Steffen Heizmann
Sandra Jackson

Internationale Politik
Dr. Heike Löschmann
Joanna Barelkowska
Simone Zühr

Internationale Umweltpolitik
Lilia Fuhr
Linda Schneider
Björn Ecklundt, Kristin Funke, Janine Korduan, Annette Kraus

Internationale Agrarpolitik
Dr. Christine Chemnitz
Sonja Kundler

Außen- und Sicherheitspolitik
Gregor Enste
Stephanie Mendes Candido

Internationale Geschlechterpolitik/LSBTI
Jana Prosinger

Demokratieförderung
Claudia Rolf
Ulrike Seidel

Regionalreferat Afrika
Leitung: Kirsten Maas-Albert
Claudia Simons, Beate Adolf, Nicola Egelhof, Maria Kind

Büro Dakar: Usha Ziegelmayer

Büro Kapstadt: Layla Al-Zubaidi

Büro Nairobi: Ulf Terlinden

Büro Abuja: Christine K

Regionalreferat Nahost und Nordafrika
Leitung: Dr. Antonie Nord
Jan-Bauke Baumann
Birgit Arnhold
Sandra Nenninger
Niko Pewesin

Büro Tel Aviv: Kerstin Müller

Büro Ramallah: Dr. Bettina Marx

Büro Tunis: Joachim Paul

Büro Rabat:
Dr. Dorothea Rischewski

Büro Beirut: Dr. Bente Scheller

Regionalreferat Asien
Leitung: Katrin Altmeyer
Jost Pachaly, Zia Moballegh
Ella Soesanto
Fabian Heppe
Julia Behrens
Thorsten Volberg

Büro Yangon: Mirco Kreibich

Büro Bangkok: Manfred Hornung

Büro Islamabad (zuständig auch für Afghanistan): Marion Müller

Büro Neu Delhi:
Dr. Axel Harneit-Sievers

Büro Phnom Penh: Ali Al-Nasani

Büro Peking: Christina Sadeler

Regionalreferat Ost- und Südosteuropa
Leitung: Walter Kaufmann
Robert Sperfeld
Gudrun Fischer
Nina Happe
Petra Zimmermann
Katja Giebel
Ulla Niehaus

Büro Belgrad:
Nenad Sebek

Büro Moskau: Johannes Voswinkel

Büro Kiew: Sergej Sumlenny

Büro Tbilisi: Nino Lejava

Büro Sarajevo: Marion Kraske

Regionalreferat Lateinamerika
Leitung: Ingrid Spiller
Petra Tapia
Ines Thomssen
Valentina Rojas Loa
Julia Ziesche

Büro Mexiko-Stadt:
Dr. Dawid Bartelt

Büro Bogotá:
Florian Huber

Büro Rio de Janeiro:
Annette von Schönfeld

Büro Santiago de Chile:
Dr. Ingrid Wehr

Regionalreferat EU/Nordamerika
Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky
Dr. Christine Pütz
Rebecca Bertram
Ewa Peteja
Nina Locher
Claudia Rothe
Sabine Hämmerling

Büro Brüssel: Klaus Linsenmeier

Büro Istanbul: Kristian Brakel

Büro Paris: Jens Althoff

Büro Prag: Eva van de Rakt

Büro Thessaloniki: Olga Drossou

Büro Warschau: Irene Hahn-Fuhr

Büro Washington:
Bastian Hermisson

Steuerung und Evaluierung
Leitung: Julia Scherf
Christiane Dilger
Kirsten Dagane
Murat Pekün
Ruth Kleefisch
Liliya Hontar
Barbara Assheuer
Renate Eisape
Ina Bogusz
Grit Leutzsch
Margarete Tanzmann

Politische Bildung Inland

Leitung: Peter Siller
Petra Stegemann
Benjamin Glück

Programmteam I
(Schwerpunkt: Soziale Teilhabe)

Bildung und Wissenschaft
Philipp Antony
David Handwerker

Sozialpolitik
Dorothee Schulte-Basta
Tmnit Zere

Migration und Diversity
Mekonnen Mesghena
Anke Bremer
Sarah Schwahn
(Website Migration «Heimatkunde»)

Programmteam II
(Schwerpunkt: Ökologische Wende)

Ökologie und Nachhaltigkeit
Dr. Stefanie Groll
Rita Hoppe

Wirtschaft und Finanzen
Ute Brümmer
Monika Steins

Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
Sabine Drewes
Solveig Bartusch
Andrea Meinecke

Programmteam III
(Schwerpunkt: Demokratie und Digitale Gesellschaft)

Demokratie
Dr. Anne Ulrich
Eike Botta-Venhorst

Kulturpolitik und Neue Medien
Christian Römer
Karin Lenski
Christine Weiß

Gesellschaftspolitik
Michael Stognienko

Zeitgeschichte
Marianne Zepp
Annika Magnussen

Grüne Akademie

Zeitdiagnose und Diskursanalyse
Ole Meinefeld
Stephan Depping

Politik- und Parteienforschung
Sebastian Bukow
Jana Heyde

Archiv Grünes Gedächtnis
Leitung: Dr. Christoph Becker-Schaum
Julia Bresgott
Robert Camp
Anne Vechtel
Steffi Rönnefarth
Eva Sander
Steffi Grimm
Dorothea Küttner
Anastasia Surkov

Heinrich Böll Leben und Werk (Köln)
Dr. Jochen Schubert
Markus Schäfer

Haus Langenbroich
Sigrun Reckhaus

Gunda-Werner-Institut

Leitung: Henning von Bargen und Dr. Ines Kappert

Francesca Schmidt
Christiane Bornstedt
Zoha Aghamehdi

Weiterbildungsakademie GreenCampus

Leitung: Christian Neuner-Duttenhofer

Wolfgang Pohl
Paulina Berndt
Simon Oehlers
Maria Pajonk
Barbara Heitkämper

Studienwerk

Leitung: Dr. Ulla Siebert
Iris Längert
Kathrin Hohmann-Mehring

Studienförderung
Christine Dietz
Anja Schleich
Kerstin Simonis
Gabriele Tellenbach
Elsbeth Zylla
Birgit Kahlau
Malgorzata Lewandowska
Christian Polzin
Jana Schickel
Angelika Steinborn

Promotionsförderung
Sevilay Karaduman
Wilma Weber

Auswahlverfahren/Alumni
Dr. Janina Bach
Christina Schmitz

Finanzen
Liette Thill

Unternehmensdienste

Kommunikation

Leitung: Annette Maennel
Natalie Kraneiß

Presse
Michael Alvarez Kalverkamp
Vera Lorenz

Online-Redaktion/Internet
Lukas Fischer
Peggy Marquardt, Mirja Brücker
Sebastian Dörfler

Lektorat
Bernd Rheinberg
Susanne Dittrich

Layout/Marketing
Elke Paul, Lisa Kreutzer
Aygen Schruoffeneger
(Besuchsgruppen)

Adressverwaltung
Sabine König
Ani Matevosyan

Tagungsbüro
Eva Klakl
Julia Reiter, Tini Leonhardt
Sabine König, Soumicha El Homri,
Anna von Tschammer,
Antonia Götte

IT/Technische Dienste

Leitung: Bert Bloss
Martina Kulla (-170)

IT Systeme Zentral
Dietmar Grabbert
Gabriele Holländer
Linh Ngo

IT Systeme Global
Christopher Golze
Ursula Plötze
Dietmar Weber

Technische Dienste
Annett Kretschmann
Mamadou Lamine Hane
Thomas Engelhardt
Rabea Remke

Haushalt und Finanzen

Leitung: Patrick Berg
Florian Remmers

Haushalt und Bilanzierung
Alexander Baasner
Ellen Deuse
Frank Schulz
Munkhzul Togmid
Ünay Özkan
Nisveta Seho
Quincy Birch
Katja Hamel

Operative Finanzbuchhaltung
Michaela Krethe
Jutta Rickmann
Valerian Rautenberg
Hans-Jörg Wilhelm
Evelyn Jaeschke
Angelika Weiland
Silke Richter

Richtlinien
Dr. Gerd Frickenhelm

Personal

Leitung: Petra Nibbe

Personalbetreuung
Marzena Matuschak
Angela Hahn
Sascha Loos
Swetlana Kuzjaev
Nadine Arendt
Friederike Schmidt

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2016 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 196 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Ab 1. Juli 2017 übernimmt Dr. Ellen Ueberschär das Vorstandsamt von Ralf Fücks. Die Geschäftsführung hat Dr. Livia Cotta inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, in Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2016 standen der Stiftung circa 62 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Matiiseto Nong
(Witwe von Samuel Leponesa)

In Südafrika unterstützen wir zusammen mit unserem Projektpartner Sonke Gender Justice eine Sammelklage gegen die Goldbergbauindustrie. 56 Kläger/innen – Bergleute und Witwen – verlangen eine angemessene Entschädigung für die Erkrankung an Silikose, auch «Staublunge» genannt. Es ist eine tödliche Krankheit, die durch Schutzmasken vermeidbar wäre (siehe Seite 35).
Foto: Thom Pierce

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Die grüne politische Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T 030 – 28 53 40 **F** 030 – 28 53 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de